THOMAS BREMER

WUTBUCH

Ein Deutscher erzählt - klar, kritisch, unbequem

50 Jahre Veränderung, Verlust und die Frage:
Was ist aus unserem Land geworden?

Geschichte · Gesellschaft · Politik · Persönliche Erfahrungen

Ein Zeitzeugenbericht mit Haltung - für ein besseres Morgen

Herausgeber: Thomas Bremer

Impressum

WUTBUCH - Ein Deutscher erzählt - klar, kritisch, unbequem

Herausgeber: Thomas Bremer
© 2026 Thomas Bremer. Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Buch ist ein persönliches Zeitzeugnis und eine politische Meinungsäußerung. Historische Daten und aktuelle Zahlen werden, soweit sie für die Argumentation wesentlich sind, im Quellen- und Anmerkungsteil belegt. Wertungen, Zuspitzungen und Schlussfolgerungen geben die persönliche Sicht des Herausgebers wieder.

1. Auflage 2026

Herstellung für den Druck im Print-on-Demand-Verfahren.

ISBN: wird bei Veröffentlichung vergeben.

„Wer sein Land liebt, darf auch wütend darüber sein, wenn es seine Möglichkeiten nicht nutzt.“

Thomas Bremer

Inhalt

Teil I - Das Land, in dem ich politisch erwachsen wurde

Kapitel 1: 1970 - Als Politik noch nach Zukunft klang

Kapitel 2: Willy Brandt - Schuld anerkennen, ohne das Land aufzugeben

Kapitel 3: Helmut Schmidt - Der Mann, der nicht jedem gefallen wollte

Kapitel 4: Friedensbewegung, Raketen und die Angst eines jungen Vaters

Kapitel 5: Arbeit, Leistung und der Stolz auf das selbst Erreichte

Kapitel 6: Familie - Der Ort, an dem Politik plötzlich persönlich wird

Teil II - Die achtziger Jahre: Streit, Wohlstand und neue Bewegungen

Kapitel 7: Die Grünen - Vom Protest zur Macht

Kapitel 8: Kohl, Wohlstand und das Gefühl, dass es immer weiter aufwärts geht

Kapitel 9: 1989 - Der Tag, an dem das Unmögliche möglich wurde

Kapitel 10: Wiedervereinigung - Euphorie, Treuhand und die Narben der Transformation

Kapitel 11: Europa und Globalisierung - Als Deutschland vom offenen Markt gewann

Kapitel 12: Migration - Eine alte Realität, die politisch immer neu überrascht

Teil III - Reformen, Ruhe und die Illusion vom Ende der Geschichte

Kapitel 13: Schröder und die Agenda 2010 - Politik, die sich noch etwas traute

Kapitel 14: Merkel - Sechzehn Jahre Beruhigung

Kapitel 15: Eurokrise - Wenn Solidarität und Verantwortung auseinanderdriften

Kapitel 16: Facebook, Smartphone und der Verlust des Abstandes

Kapitel 17: Energiepolitik - Gute Ziele, schlechte Reihenfolge

Kapitel 18: 2015 - Der Moment, in dem das Land seine Sprachfähigkeit verlor

Teil IV - Krisenrepublik: Von der Pandemie bis zur neuen Unsicherheit

Kapitel 19: Corona - Vertrauen, Angst und die Grenzen des Staates

Kapitel 20: Ukraine - Der Krieg kehrt zurück nach Europa

Kapitel 21: Industrie - Wie ein starkes Land beginnt, an sich selbst zu zweifeln

Kapitel 22: Bürgergeld, Grundsicherung und die Frage nach Fairness

Kapitel 23: Demografie - Die Rechnung, die niemand gewinnen kann

Kapitel 24: Schule, Erziehung und die Angst vor Anforderungen

Teil V - Der Staat, der sich selbst im Weg steht

Kapitel 25: Justiz - Wenn Recht zu langsam wird

Kapitel 26: Bürokratie - Die deutsche Kunst, aus einer guten Idee ein Formular zu machen

Kapitel 27: Berufsdemonstranten - Mein Ärger über die permanente Empörung

Kapitel 28: BUND und Umweltverbände - Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Kapitel 29: Medien - Zwischen Kontrolle der Macht und Verstärkung der Erregung

Kapitel 30: Patriotismus - Warum ich mich nicht in eine rechte Ecke stellen lasse

Teil VI - Was der Alltag über den Zustand des Landes verrät

Kapitel 31: Rente - Ein Versprechen, das sich nicht von allein finanziert

Kapitel 32: Pflege - Die Arbeit, die Millionen Familien unsichtbar leisten

Kapitel 33: Gesundheit - Spitzenmedizin und Wartezimmerrealität

Kapitel 34: Wohnen und Bauen - Alle wollen Wohnungen, kaum jemand will Baustellen

Kapitel 35: Brücken, Bahn und Straßen - Infrastruktur kann man nicht gendern, sie muss funktionieren

Kapitel 36: Digitalisierung - Warum ein Faxgerät zum politischen Symbol wurde

Kapitel 37: Föderalismus - Wenn jeder zuständig und niemand verantwortlich ist

Kapitel 38: Steuern und Abgaben - Der Staat kennt jede Einnahmequelle, aber nicht jede Ausgabegrenze

Kapitel 39: Mittelstand und Handwerk - Die Leute, die nicht jeden Abend in der Talkshow sitzen

Kapitel 40: Teilzeit, Freizeit und die Frage, wer die Rechnung bezahlt

Teil VII - Gesellschaft im Wandel

Kapitel 41: Integration - Rechte, Pflichten und die Frage, was uns verbindet

Kapitel 42: Sicherheit und Polizei - Respekt ist keine Einbahnstraße

Kapitel 43: Sprache - Wenn Wörter wichtiger werden als Wirklichkeit

Kapitel 44: Die neue Moral - Wenn politische Überzeugung zur Identität wird

Kapitel 45: Der Staat als Elternersatz - Wie viel Verantwortung wollen wir abgeben?

Kapitel 46: Generationen - Was meine Generation den Jungen schuldet

Kapitel 47: Ost und West - Eine Einheit, die noch immer Arbeit braucht

Kapitel 48: Europa - Heimat Deutschland, Verantwortung Europa

Kapitel 49: Künstliche Intelligenz - Die nächste Veränderung wartet nicht auf Deutschland

Kapitel 50: Was ich den Jungen sagen möchte

Teil VIII - Was wir verloren haben - und was noch da ist

Kapitel 51: Respekt - Das unsichtbare Fundament

Kapitel 52: Ehrenamt - Das Deutschland, das noch funktioniert

Kapitel 53: Eigentum - Warum Besitz mehr ist als Gier

Kapitel 54: Konsum - Wir besitzen mehr und sind nicht automatisch zufriedener

Kapitel 55: Verantwortung - Das Wort, um das sich dieses Buch dreht

Kapitel 56: Heimat - Ein Wort, das wieder normal werden darf

Kapitel 57: Was der Staat zuerst tun sollte

Kapitel 58: Zehn Reformen, über die wir streiten sollten

Kapitel 59: Warum ich trotz allem optimistisch bin

Kapitel 60: Schluss - Vom Jammerland zum Land der Veränderer

Nachwort: An meine Kinder und Enkel

Anhang I - Deutschland 1970 bis 2026: Eine persönliche Chronik

Anhang II - Deutschland in Zahlen: Was sich hinter dem Gefühl verändert hat

Teil IX - Gegenwartsdiagnosen

Kapitel 61: Der Preis des Wohlstands

Kapitel 62: Stadt und Land - Zwei Deutschlands, die einander zu selten verstehen

Kapitel 63: Kommunen - Dort, wo der Staat ein Gesicht bekommt

Kapitel 64: Der öffentliche Dienst - Zu wenig Personal und zu viel Verwaltung zugleich

Kapitel 65: Unternehmer - Zwischen Heldenerzählung und Feindbild

Kapitel 66: Klimaschutz - Ziel richtig, Methode streitbar

Kapitel 67: Landwirtschaft - Zwischen romantischem Bild und harter Realität

Kapitel 68: Verkehr - Das Auto ist nicht der Feind, aber auch nicht die einzige Antwort

Kapitel 69: Die Rolle der Kirchen - Vom moralischen Zentrum zur Stimme unter vielen

Kapitel 70: Parteien - Vom Mitgliederverein zum professionellen Betrieb

Kapitel 71: Gewerkschaften - Solidarität und Besitzstand

Kapitel 72: Wissenschaft - Expertise braucht Widerspruch

Kapitel 73: Freiheit - Das Recht, auch falsche Entscheidungen zu treffen

Kapitel 74: Deutschland 2035 - Eine Zukunft, die ich noch erleben möchte

Kapitel 75: Ein letzter Wutanfall

Quellen und Anmerkungen

Teil X - Demokratie unter Druck

Kapitel 76: Volksparteien - Wenn die großen Lager ihre Bindung verlieren

Kapitel 77: Das Bundesverfassungsgericht - Stärke des Rechts und Grenze der Politik

Kapitel 78: Eigentumsbildung für junge Menschen - Der verlorene Aufstiegstraum

Kapitel 79: Innovation - Warum Deutschland Erfinder liebt und Gründer misstrauisch macht

Kapitel 80: Die neue Sicherheitsordnung - Europa muss erwachsen werden

Kapitel 81: Die AfD und die Verantwortung der anderen Parteien

Kapitel 82: Meinungsfreiheit - Nicht das Recht auf Widerspruchslosigkeit

Kapitel 83: Der Wert von Ordnung

Kapitel 84: Was konservativ für mich bedeutet

Kapitel 85: Die größte Reform beginnt im Kopf

Teil XI - Wie sich der Alltag verändert hat

Kapitel 86: Das erste Auto und der Wert einer Anschaffung

Kapitel 87: Arbeitswelt - Vom Betrieb zur mobilen Login-Adresse

Kapitel 88: Fernsehen - Als Millionen dieselbe Nachricht sahen

Kapitel 89: Reisen - Wie Europa vom Ausland zum Alltag wurde

Kapitel 90: Nachbarschaft - Vom geliehenen Werkzeug zur Paketstation

Kapitel 91: Vater sein - Was sich verändert hat und was gleich bleibt

Kapitel 92: Die D-Mark und der Euro - Vertrauen auf Münzen und Scheinen

Kapitel 93: Der 11. September - Als Sicherheit global wurde

Kapitel 94: 2006 - Als Deutschland seine Fahne wieder leichter trug

Kapitel 95: 2008 - Wenn Experten plötzlich ratlos wirken

Kapitel 96: Das Smartphone - Die Welt in der Hand und keine Ruhe mehr

Kapitel 97: Die Pandemie im Privaten - Nähe wurde zum Risiko

Kapitel 98: Inflation - Wenn der Kassenbon Politik macht

Kapitel 99: Wenn Eltern alt werden

Kapitel 100: Freundschaft - Ein Wort, das Facebook entwertet hat

Kapitel 101: Der Supermarkt als Spiegel der Welt

Kapitel 102: Bargeld und digitales Bezahlen - Vertrauen in zwei Welten

Kapitel 103: Der Sonntag - Eine Pause, die ihren Wert behält

Kapitel 104: Humor - Die Fähigkeit, sich selbst nicht zu wichtig zu nehmen

Kapitel 105: Was bleiben soll

Vorwort: Warum ich dieses Buch schreibe

Ich bin fast siebzig Jahre alt. Das ist ein Alter, in dem man nicht mehr behaupten kann, man habe nur eine kurze Phase der Geschichte gesehen. Ich habe mehrere politische Generationen erlebt, verschiedene Bundeskanzler kommen und gehen sehen, wirtschaftliche Hochphasen und Krisen miterlebt, die deutsche Teilung gekannt, die Wiedervereinigung gefeiert und beobachtet, wie aus einem analogen, vergleichsweise langsamen Land eine digitale, nervöse und oft erstaunlich gereizte Gesellschaft geworden ist. Dieses Buch ist aus Wut entstanden. Ich sage das ohne Entschuldigung. Wut ist nicht automatisch Hass. Wut kann auch aus Liebe entstehen. Wer einem Land gleichgültig gegenübersteht, regt sich über seinen Zustand nicht auf. Wer aber sein Land liebt, wer erlebt hat, wozu es fähig war, wer gesehen hat, wie Menschen mit Fleiß, Pflichtgefühl, Erfindergeist und einer gehörigen Portion Dickköpfigkeit Wohlstand aufgebaut haben, der darf wütend werden, wenn er den Eindruck

gewinnt, dass genau diese Eigenschaften inzwischen verdächtig geworden sind.

Ich liebe Deutschland. Ich bin stolz darauf, Deutscher zu sein. Dieser Satz ist für mich weder eine Kampfansage noch eine Abwertung anderer Nationen. Er ist eine Feststellung. Ich lebe hier, ich habe hier gearbeitet, meine Familie gegründet, Steuern gezahlt, politische Entscheidungen begrüßt und verflucht, Siege gefeiert und Niederlagen ertragen. Dieses Land ist mein Zuhause. Und ich weigere mich, mir einreden zu lassen, dass man dafür eine Rechtfertigung liefern müsse. Gleichzeitig weiß ich um die deutsche Geschichte. Gerade meine Generation konnte ihr nicht ausweichen. Die Verbrechen des Nationalsozialismus waren nicht irgendeine ferne Epoche, die man in einem Schulbuch abhakte. Sie lagen in den Erinnerungen unserer Eltern und Großeltern, in den zerstörten Städten, in den Lücken vieler Familien, in den Fragen, die oft gar nicht gestellt wurden. Deshalb war Willy Brandts Kniefall in Warschau für mich mehr als eine politische Geste. Er stand für ein Deutschland, das

Verantwortung annimmt, ohne sich selbst für alle Zukunft abzuschaffen.

Ich war begeistert von Helmut Schmidt. Für mich war er, obwohl Sozialdemokrat, manchmal der beste CDU-Kanzler, den die CDU nie hatte. Das meine ich nicht als Parteiwitz, sondern als Beschreibung einer politischen Haltung: nüchtern, pflichtbewusst, staatstragend, manchmal schroff, aber nicht verliebt in das eigene moralische Spiegelbild. Politik war für ihn keine tägliche Selbstdarstellung, sondern die Verwaltung schwieriger Wirklichkeit. Ich habe die frühe Friedensbewegung erlebt. Ich wollte keine Raketen vor meiner Haustür. Ich wollte, dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgeht. Damals wurde ich zum ersten Mal Vater. Wer ein Kind im Arm hält, betrachtet politische Schlagworte plötzlich anders. Frieden ist dann kein Transparent mehr. Frieden bekommt ein Gesicht. Zukunft bekommt einen Namen.

Und heute? Heute sehe ich ein Land, das sich selbst immer häufiger im Weg steht. Wir jammern über zu wenig Wachstum und machen Investitionen komplizierter. Wir beklagen Personalmangel und produzieren immer neue Berichtspflichten.

Wir wollen Wohnungen und finden gleichzeitig hundert Gründe, warum irgendwo nicht gebaut werden darf. Wir wollen Bahnstrecken, Stromtrassen, Windräder, Straßen, Schulen, Brücken und Rechenzentren - und organisieren anschließend jahrelange Genehmigungsverfahren, Einsprüche und Gerichtsverfahren. Wir beklagen überlastete Behörden und beschließen neue Regeln, die genau diese Behörden zusätzlich belasten. Ich sehe einen Sozialstaat, den ich im Grundsatz für eine der großen Errungenschaften unseres Landes halte, und frage mich dennoch, ob wir die Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung verloren haben. Ich sehe Menschen, die jeden Morgen aufstehen, arbeiten, Angehörige pflegen, Kinder erziehen und Steuern zahlen, und ich höre immer häufiger die Frage: Lohnt sich mein Einsatz überhaupt noch? Diese Frage sollte eine politische Elite alarmieren. Stattdessen wird sie manchmal moralisch abgeheftet.

Ich sehe eine Protestkultur, die für eine Demokratie unverzichtbar ist, und zugleich eine Szene, in der Protest für

manche zum dauerhaften Lebensstil geworden zu sein scheint. Ich sage bewusst: scheint. Es gibt keine amtliche Statistik über eine Klasse von „Berufsdemonstranten“, die ausschließlich von Demo zu Demo reist und Bürgergeld bezieht. Wer das als gesicherte Tatsache behauptet, macht es sich zu leicht. Aber der Eindruck, dass ein Teil des politischen Aktivismus sich von konkretem Engagement entfernt und in eine permanente Empörungsökonomie verwandelt hat, ist real genug, um darüber zu sprechen. Ich sehe eine Justiz, deren Mitarbeiter nicht plötzlich unfähig geworden sind, aber in einem System arbeiten, das sich unter Akten, Komplexität und Verfahrensmengen biegt. Ende 2024 lagen bei den deutschen Staatsanwaltschaften rund 950.900 offene Ermittlungsverfahren. Das ist keine Stammtischzahl, sondern amtliche Statistik. Wenn fast eine Million Verfahren offen sind, dann ist es legitim, nach der Leistungsfähigkeit des Systems zu fragen.

Und ich sehe Umweltverbände, deren historische Verdienste ich nicht leugne, deren Einfluss ich aber kritisch betrachte,

wenn wirtschaftlich bedeutende Projekte durch Klagen, Auflagen und jahrelange Verfahren verzögert werden. Dass solche Verbände teilweise öffentliche Projektmittel erhalten, gehört ebenfalls zur Wahrheit. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Umweltverbandsklagen keineswegs überwiegend erfolglos sind. Wer ernsthaft kritisieren will, muss auch den Gegenbefund aushalten: Gerichte geben Umweltverbänden in einem beachtlichen Teil der Fälle ganz oder teilweise recht. Meine Kritik richtet sich deshalb weniger gegen das Recht, zu klagen, als gegen ein System, das politische Entscheidungen, Genehmigungsrecht und gerichtliche Kontrolle so kompliziert gemacht hat, dass am Ende niemand mehr Verantwortung übernehmen will.

Dieses Buch ist kein wissenschaftliches Lehrbuch. Es ist ein persönlicher Blick auf fünf Jahrzehnte Deutschland. Es ist Erinnerung, Analyse, Urteil und manchmal Wutanfall. Es wird Stellen geben, an denen Leser mir widersprechen. Das ist in Ordnung. Ich möchte keine Zustimmung erzwingen. Ich möchte, dass wir wieder lernen, uns zu widersprechen, ohne

einander sofort zu Feinden zu erklären. Deutschland war für mich immer dann am stärksten, wenn es Veränderung nicht gefürchtet hat. Nach dem Krieg musste ein zerstörtes Land neu aufgebaut werden. In den siebziger Jahren musste es lernen, offener mit seiner Geschichte umzugehen. In den achtziger Jahren stritt es über Frieden, Umwelt und Atomkraft. 1989 und 1990 geschah etwas, das Millionen Menschen für unmöglich gehalten hatten: die Mauer fiel, Deutschland wurde wiedervereinigt. Später musste der Arbeitsmarkt reformiert werden, Europa wuchs zusammen, die digitale Revolution veränderte Alltag und Öffentlichkeit.

Veränderung war nie bequem. Aber heute scheint mir Bequemlichkeit zu einer politischen Kategorie geworden zu sein. Jeder will Reformen, solange sie den anderen treffen. Jeder fordert Sparsamkeit, solange im eigenen Bereich nicht gespart wird. Jeder möchte weniger Bürokratie, aber für den eigenen Spezialfall bitte noch eine Schutzvorschrift. Jeder will schnellere Entscheidungen, solange nicht gegen seine eigenen Interessen entschieden wird. Das ist das Jammerland, über das ich schreiben

will. Nicht, weil ich Deutschland verachte. Sondern weil ich überzeugt bin, dass dieses Land mehr kann.

Teil I - Das Land, in dem ich politisch erwachsen wurde

Kapitel 1: 1970 - Als Politik noch nach Zukunft klang

Wenn ich heute versuche, mich in die Atmosphäre der frühen siebziger Jahre zurückzuversetzen, dann erinnere ich mich nicht an eine heile Welt. Deutschland war geteilt. Der Kalte Krieg war Realität. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg lag näher als heute die Wiedervereinigung. Viele gesellschaftliche Strukturen waren steifer, Frauen hatten weniger Möglichkeiten, Homosexualität wurde anders behandelt, Familienbilder waren enger, und manche Autorität wurde nicht hinterfragt, sondern einfach hingenommen. Trotzdem lag etwas in der Luft, das ich heute vermisse: das Gefühl, dass Zukunft gestaltbar ist. Ich begann mich um 1970 ernsthaft für Politik zu interessieren. Willy Brandt war Kanzler, und plötzlich wirkte Politik nicht nur wie die Angelegenheit älterer Herren in dunklen Anzügen. Es ging um Ostpolitik, um Aussöhnung, um die Frage, ob Deutschland nach den Verbrechen seiner

Vergangenheit eine neue Rolle finden konnte. Es ging um Bildungschancen, gesellschaftliche Öffnung und einen Staat, der nicht nur verwaltete, sondern etwas verändern wollte.

Natürlich wurde auch damals geschimpft. Die Vorstellung, Deutschland sei früher ein Land ohne Jammern gewesen, wäre Unsinn. Meine Generation konnte sich ebenso leidenschaftlich aufregen wie die heutige. Der Unterschied lag eher darin, worüber wir stritten. Wir stritten über den richtigen Weg in eine Zukunft, die uns im Grundsatz offen erschien. Heute habe ich oft den Eindruck, wir streiten vor allem darüber, wie viel Vergangenheit jeder behalten darf. Man muss sich die Bundesrepublik jener Zeit wirtschaftlich ebenfalls nüchtern ansehen. Das Wirtschaftswunder der fünfziger und sechziger Jahre hatte Erwartungen geschaffen. Viele Familien erlebten erstmals dauerhaften materiellen Aufstieg. Ein Auto, ein Fernseher, eine Urlaubsreise, eine bessere Wohnung - all das war für breite Bevölkerungsschichten erreichbar geworden, aber noch keineswegs selbstverständlich. Anschaffungen hatten

Gewicht, weil sie oft angespart wurden. Man ersetzte Dinge nicht, weil die nächste Modellgeneration eine neue Farbe hatte, sondern weil sie kaputt waren.

Dieser materielle Aufstieg prägte auch das Selbstverständnis. Arbeit war nicht nur Broterwerb. Arbeit war gesellschaftliche Zugehörigkeit. Wer morgens zur Schicht ging, wer im Handwerk arbeitete, im Büro, auf dem Bau, im Krankenhaus oder in einer Fabrik, hatte nicht das Gefühl, sich dafür rechtfertigen zu müssen. Leistung war kein unanständiges Wort. Sie war die Grundlage dafür, dass man sich verbessern konnte. Das hatte auch Schattenseiten. Manche Menschen wurden von einer Leistungsgesellschaft aussortiert oder überfordert. Arbeitsschutz, Gleichberechtigung und Mitbestimmung mussten weiterentwickelt werden. Wer heute so tut, als sei alles damals besser gewesen, belügt sich selbst. Aber wer umgekehrt behauptet, aus jener Zeit sei nichts zu lernen, macht denselben Fehler.

Was ich gelernt habe, ist eine einfache Wahrheit: Wohlstand fällt nicht vom Himmel. Das klingt banal. Heute ist es das offenbar nicht mehr. Ein Land kann nur

verteilen, was vorher erwirtschaftet wurde. Ein Staat kann dauerhaft nur Leistungen finanzieren, wenn Bürger und Unternehmen genügend Werte schaffen, auf die Steuern und Abgaben erhoben werden können. Man kann sich über die Verteilung dieses Wohlstands streiten - und das muss man sogar. Aber die Reihenfolge lässt sich nicht durch moralische Rhetorik ändern: Erst muss etwas entstehen, dann kann es verteilt werden. In den frühen siebziger Jahren war diese Erkenntnis fast selbstverständlich. Gleichzeitig begann sich die Gesellschaft zu öffnen. Junge Menschen stellten Eltern, Kirchen, Universitäten und staatliche Institutionen infrage. Nicht jede Rebellion war klug. Nicht jeder Protest war sympathisch. Die Radikalisierung eines kleinen Teils der Studentenbewegung führte später in den Terror der RAF. Aber die breite gesellschaftliche Bewegung dahinter zwang die Bundesrepublik, Fragen zu stellen, die sie lange verdrängt hatte.

Was haben unsere Eltern im Nationalsozialismus getan? Warum sitzen noch alte Eliten in Behörden und

Institutionen? Warum sollen Kinder aus Arbeiterfamilien schlechtere Bildungschancen haben? Warum wird eine Frau gesellschaftlich darauf reduziert, Ehefrau und Mutter zu sein? Warum bestimmen gesellschaftliche Konventionen so stark über das Privatleben? Das waren berechtigte Fragen. Ich schreibe das deshalb so deutlich, weil ich mich gegen eine Mode wehre, Geschichte nachträglich nur noch in Lager einzuteilen. Die siebziger Jahre waren weder der Beginn allen linken Übels noch eine goldene Epoche progressiver Erleuchtung. Sie waren eine Zeit harter Auseinandersetzung. Und gerade deshalb waren sie lebendig. Politik war damals ebenfalls weniger professionalisiert. Natürlich gab es Parteiapparate, Machtkämpfe und Taktik. Aber die mediale Maschine lief langsamer. Ein Politiker musste nicht alle drei Minuten auf eine neue Empörungswelle reagieren. Es gab keine sozialen Netzwerke, in denen ein missverständlicher Halbsatz innerhalb von Minuten Millionen Menschen erreichen konnte. Fehler verschwanden nicht, aber sie hatten eine andere Geschwindigkeit.

Vielleicht ist das einer der größten Unterschiede zwischen damals und heute. Wir hatten weniger Informationen und vielleicht mehr Zeit zum Nachdenken. Heute haben wir unendlich viele Informationen und oft kaum noch Geduld, sie einzuordnen. Mein politisches Interesse entstand in einer Zeit, in der Nachrichten noch ein Ereignis waren. Man sah die Tagesschau. Man las Zeitung. Man diskutierte am Arbeitsplatz, in der Familie, in der Kneipe oder im Verein. Heute trägt jeder ein Nachrichtenstudio, eine Gerüchteküche und eine Empörungsmaschine in der Hosentasche. 2025 nutzten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 59 Prozent der 16- bis 74-Jährigen aktiv soziale Medien. Bei jungen Menschen lag der Anteil deutlich höher. Das verändert eine Gesellschaft. Es verändert auch, wie wir einander wahrnehmen.

Damals musste ich jemandem ins Gesicht schauen, wenn ich ihn einen Idioten nannte. Heute reicht ein Kommentar unter einem Beitrag. Das senkt die Hemmschwelle. Und es zerstört etwas, das für Demokratie wichtiger ist als jede

Geschäftsordnung: Respekt. Aber ich greife vor. 1970 glaubte ich, dass Politik etwas verändern kann. Ich glaubte nicht, dass Politiker bessere Menschen seien. Ich war auch damals kein naiver Verehrer jeder Regierung. Aber ich hatte das Gefühl, dass große Fragen tatsächlich als große Fragen behandelt wurden. Deutschland suchte seinen Platz zwischen Vergangenheit und Zukunft. Genau in dieser Spannung lag eine enorme Kraft. Man wusste, was schiefgegangen war. Man wusste, dass man es besser machen musste. Und man glaubte daran, dass man es besser machen konnte.

Diese Kombination - Demut gegenüber der Geschichte und Mut zur Zukunft - ist für mich bis heute der Maßstab.

Kapitel 2: Willy Brandt - Schuld anerkennen, ohne das Land aufzugeben

Es gibt politische Bilder, die sich stärker einprägen als hundert Regierungserklärungen. Willy Brandts Kniefall am 7. Dezember 1970 in Warschau gehört für mich dazu. Ein deutscher Bundeskanzler steht vor dem Denkmal für die Opfer des Aufstands im Warschauer Ghetto - und kniet nieder. Man kann heute kaum noch nachvollziehen, welche Wirkung diese Geste damals hatte. Brandt wurde dafür bewundert und kritisiert. Manche hielten sie für übertrieben, andere für überfällig. Für mich war sie Ausdruck einer Haltung, die Deutschland gutgetan hat: Wir können nur glaubwürdig in die Zukunft gehen, wenn wir uns der Vergangenheit stellen. Die Bundeszentrale für politische Bildung beschreibt den Kniefall bis heute als eine der prägenden Gesten der deutschen Erinnerungspolitik. Dabei war Brandt selbst im Nationalsozialismus im Exil gewesen. Er

hatte persönlich keine Schuld an den Verbrechen des Regimes getragen. Genau deshalb war seine Geste so stark. Er übernahm nicht individuelle Schuld, sondern politische Verantwortung.

Dieser Unterschied ist wichtig. In der heutigen Debatte über Patriotismus habe ich manchmal den Eindruck, als gäbe es nur zwei Extreme. Auf der einen Seite Menschen, die glauben, Deutschland dürfe wegen seiner Geschichte niemals normalen Nationalstolz empfinden. Auf der anderen Seite jene, die am liebsten gar nicht mehr über die Verbrechen sprechen würden. Beides halte ich für falsch. Ein erwachsenes Land kann sagen: Unsere Geschichte enthält unfassbare Verbrechen. Und dasselbe Land kann sagen: Wir haben nach 1945 eine demokratische Gesellschaft aufgebaut, auf die wir stolz sein dürfen. Das eine löscht das andere nicht aus. Brandt verkörperte für mich genau diese Möglichkeit. Er kniete in Warschau nicht nieder, damit Deutschland für immer gebückt durchs Leben geht. Er kniete nieder, damit es aufrecht weitergehen konnte.

Auch seine Ostpolitik war umstritten. Die Idee „Wandel durch Annäherung“ wurde von Gegnern als naiv oder als Preisgabe deutscher Interessen bezeichnet. Verträge mit Moskau und Warschau, die Anerkennung politischer Realitäten, der Versuch, menschliche Erleichterungen zwischen Ost und West zu schaffen - all das war politisches Risiko. Heute klingt vieles davon selbstverständlich. Damals war es das nicht. Und genau das fasziniert mich: Politik war bereit, ein Risiko einzugehen, weil sie eine langfristige Vorstellung hatte. Nicht jede Hoffnung der Ostpolitik erfüllte sich. Man kann im Rückblick darüber streiten, welche späteren deutschen Russlandbilder sich fälschlicherweise auf Brandts Politik beriefen. Aber Brandts Politik entstand in einer Welt, in der deutsche und sowjetische Soldaten sich in einem nuklear bewaffneten Europa gegenüberstanden. Frieden war kein Seminarbegriff.

Brandt war auch kein unfehlbarer Held. Seine Regierung hatte wirtschaftliche Probleme, parteiinterne Konflikte und schließlich die Guillaume-Affäre, die zu seinem Rücktritt führte. Aber ich erwarte

von Politikern keine Heiligen. Ich erwarte Haltung. Haltung bedeutet für mich, dass jemand bereit ist, eine Entscheidung zu begründen, auch wenn sie unpopulär ist. Heute besteht politische Kommunikation zu oft aus dem Versuch, jede Gruppe gleichzeitig zu beruhigen. Man möchte verändern, ohne dass jemand eine Veränderung spürt. Man möchte sparen, ohne jemandem etwas zu nehmen. Man möchte Klimaschutz, ohne über Kosten zu sprechen. Man möchte mehr Verteidigung, ohne erklären zu müssen, dass Sicherheit Geld, Personal und womöglich persönliche Zumutungen verlangt.

Brandt konnte emotional sein. Er konnte Pathos. Das war kein Zeichen von Schwäche. Politik ohne Gefühl wird zu Verwaltung. Gefühl ohne Realität wird zu Ideologie. Gute Politik braucht beides. Ich erinnere mich an eine Bundesrepublik, in der Debatten hart geführt wurden, aber politische Biografien noch stärker zählten. Brandt hatte Flucht, Exil und den Kampf gegen den Nationalsozialismus erlebt. Schmidt hatte Krieg erlebt. Kohl war als Jugendlicher vom Krieg geprägt worden. Diese Generationen trugen Geschichte in

sich. Heute wird Politik zunehmend von Menschen gemacht, deren gesamte berufliche Laufbahn innerhalb politischer Systeme stattgefunden hat. Das ist nicht automatisch schlecht. Politik ist ein Beruf. Aber ich frage mich, ob ein Parlament nicht davon lebt, dass dort auch Menschen sitzen, die außerhalb von Parteien Verantwortung getragen haben - im Handwerk, in Unternehmen, in Pflegeberufen, als Ingenieure, Ärzte, Landwirte oder Selbstständige.

Wer nur politische Prozesse kennt, hält politische Prozesse irgendwann für die Wirklichkeit. Brandts Zeit erinnerte mich daran, dass Politik mehr sein kann. Eine Geste kann Jahrzehnte überdauern. Eine mutige Entscheidung kann gesellschaftliche Räume öffnen. Ein Regierungschef darf zeigen, dass er ein Mensch ist. Vielleicht fehlt mir das heute besonders. Nicht die große Inszenierung. Davon haben wir genug. Mir fehlt die glaubwürdige Verbindung von Emotion und Verantwortung. Wenn ein Politiker heute Tränen zeigt, wird sofort diskutiert, ob sie strategisch waren. Wenn er lacht, wird ein Clip geschnitten. Wenn er einen

Satz falsch formuliert, wird er aus dem Zusammenhang gerissen. Das politische Personal reagiert darauf mit kontrollierter Sprache - und wundert sich anschließend, warum es künstlich wirkt.

Brandt hatte Fehler. Aber er wirkte nicht wie das Produkt einer Kommunikationsagentur. Und wenn ich heute sage, dass er ein Glücksfall für Deutschland war, dann meine ich genau das: Er half diesem Land, erwachsener zu werden.

Kapitel 3: Helmut Schmidt - Der Mann, der nicht jedem gefallen wollte

Wenn Willy Brandt für mich das politische Gefühl verkörperte, dann war Helmut Schmidt die politische Nüchternheit. Ich war ein großer Fan von Schmidt. Bis heute ertappe ich mich dabei, wie ich politische Entscheidungen an einer einfachen Frage messe: Wie hätte Schmidt das Problem betrachtet? Wahrscheinlich hätte er mich in einigen Fragen heftig widersprochen. Das gehört dazu. Ich bewundere keinen Politiker, weil ich mit jeder Entscheidung übereinstimme. Ich bewundere eine Haltung. Schmidt hatte eine Eigenschaft, die heute fast exotisch wirkt: Er schien es ertragen zu können, unbeliebt zu sein. Das ist für einen demokratischen Politiker keine Kleinigkeit. Wer gewählt werden will, braucht Zustimmung. Aber wer jede Entscheidung danach trifft, ob sie am nächsten Morgen in einer Umfrage zwei Punkte bringt, wird zum Getriebenen.

Schmidt regierte in einer schwierigen Zeit. Ölkrisen, Inflation, wirtschaftlicher Strukturwandel, RAF-Terror, Kalter Krieg. Die Bundesrepublik musste lernen, dass das Wachstum der Nachkriegsjahrzehnte nicht selbstverständlich weiterging. 1973 erschütterte die erste Ölkrise das Land. Autofreie Sonntage wurden zum Symbol einer Erkenntnis, die uns heute wieder beschäftigen müsste: Deutschland ist abhängig von Energie, Rohstoffen und funktionierenden internationalen Beziehungen. Man könnte meinen, wir hätten diese Lektion für immer gelernt. Offenbar nicht. Noch Jahrzehnte später bauten wir neue Abhängigkeiten auf und redeten uns ein, wirtschaftliche Vernunft und geopolitische Risiken ließen sich voneinander trennen. Russland lieferte billiges Gas, China wurde zum zentralen Markt und Produktionsstandort, die USA übernahmen einen wesentlichen Teil der militärischen Sicherheitsgarantie. Deutschland konnte sich auf Export, Wohlstand und Sozialstaat konzentrieren.

Das funktionierte erstaunlich lange. Bis es nicht mehr funktionierte. Schmidt hätte vermutlich keine Geduld mit der

Vorstellung gehabt, Politik könne Widersprüche einfach wegmoderieren. Wenn Energie knapp ist, hat das einen Preis. Wenn Sicherheit mehr kostet, muss man Prioritäten setzen. Wenn ein Sozialstaat wächst, muss ihn jemand finanzieren. Wenn Unternehmen international konkurrieren, kann man ihnen nicht unbegrenzt nationale Sonderlasten auferlegen und anschließend überrascht sein, wenn Investitionen anderswo stattfinden. Das meine ich, wenn ich Schmidt scherzhaft den besten CDU-Kanzler der SPD nenne. Er war Sozialdemokrat, aber sein Staatsverständnis war konservativ im ursprünglichen Sinn: Der Staat muss funktionieren. Institutionen müssen belastbar sein. Freiheit braucht Ordnung. Solidarität braucht wirtschaftliche Grundlage.

Seine Haltung im NATO-Doppelbeschluss hat mich damals beschäftigt, weil ich selbst zur Friedensbewegung neigte. Ich wollte keine Raketen. Ich wollte keine Eskalation. Schmidt argumentierte dagegen mit Abschreckung und strategischem

Gleichgewicht. Ich war nicht begeistert. Aber im Rückblick erkenne ich etwas an, das ich heute vermisse: Er erklärte den Bürgern, warum er eine unpopuläre Position für notwendig hielt. Er verlangte nicht, dass man sich dabei gut fühlt. Politik ist nicht dazu da, dass wir uns ständig gut fühlen. Politik muss manchmal zwischen schlechten Möglichkeiten wählen.
Vielleicht ist genau das der Punkt, an dem sich unsere Gesellschaft verändert hat. Wir behandeln politische Zumutungen heute schnell wie moralische Kränkungen. Eine Rentenreform trifft Interessen. Eine Steuerreform trifft Interessen. Eine Infrastrukturtrasse trifft Interessen. Eine militärische Entscheidung trifft Überzeugungen. Eine Migrationsreform trifft Humanitätsvorstellungen und Sicherheitsbedenken gleichzeitig.

Wer regiert, kann nicht alle Interessen gleichzeitig erfüllen. Wenn er so tut, produziert er Schulden, Bürokratie oder Enttäuschung. Schmidt war kein gemütlicher Kanzler. Aber ein Staat ist kein Wellnesshotel. Diese Feststellung führt direkt zu einer meiner größten heutigen Sorgen: Wir haben den Bürger

über Jahrzehnte daran gewöhnt, dass der Staat für immer mehr Lebensbereiche zuständig sein soll. Gleichzeitig misstrauen wir ihm, wenn er Regeln durchsetzt. Wir verlangen Leistung, aber akzeptieren Zumutungen immer weniger. Wir fordern individuelle Freiheit, möchten aber kollektive Risiken möglichst vollständig abgesichert wissen. Das ist ein Widerspruch. In den siebziger Jahren war die Bundesrepublik keineswegs ein Nachtwächterstaat. Der Sozialstaat war bereits stark. Arbeitnehmerrechte wurden ausgebaut, Mitbestimmung gestärkt, soziale Sicherung erweitert. Aber das gesellschaftliche Grundgefühl war nach meinem Eindruck anders. Unterstützung war Hilfe in einer schwierigen Situation, nicht ein dauerhaftes Lebensmodell, das politisch mit derselben Selbstverständlichkeit diskutiert wurde wie Erwerbsarbeit.

Ich sage ausdrücklich: Wer Hilfe braucht, muss sie bekommen. Eine zivilisierte Gesellschaft erkennt man daran, wie sie mit Kranken, Behinderten, Alten, Kindern und Menschen in echten Notlagen umgeht. Aber man erkennt sie

ebenfalls daran, ob sie von Menschen, die leisten können, auch Leistung erwartet. Schmidt hätte diese Spannung verstanden. Er wusste außerdem, dass Sprache eine Grenze hat. Man kann Probleme nicht wegformulieren. Wenn eine Brücke marode ist, wird sie nicht stabiler, weil ein Ministerium ein „Transformationsprogramm resilienter Verkehrsinfrastruktur“ ankündigt. Sie wird stabiler, wenn geplant, finanziert, genehmigt und gebaut wird. Diese Banalität erscheint mir heute revolutionär.

Kapitel 4: Friedensbewegung, Raketen und die Angst eines jungen Vaters

Wenn ich an die frühen achtziger Jahre denke, höre ich Parolen, sehe Transparente und erinnere mich an eine Angst, die heute wieder erstaunlich aktuell wirkt: die Angst, dass politische Fehlentscheidungen in einen Krieg führen könnten, den niemand mehr kontrolliert. Ich ging damals für Frieden auf die Straße. Ich wollte keine Raketen in meiner Nähe. Ich wollte nicht, dass Deutschland wieder zum Schlachtfeld wird. Der NATO-Doppelbeschluss, sowjetische SS-20-Raketen, amerikanische Pershing-II und Cruise Missiles - all diese Begriffe gehörten plötzlich zum Alltag. Meine Haltung war emotional und einfach: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Zur gleichen Zeit wurde ich Vater. Vielleicht kann nur jemand, der selbst Kinder hat, nachvollziehen, wie sehr sich politische Wahrnehmung dadurch

verändert. Plötzlich ist Zukunft nicht mehr abstrakt. Man schaut ein Kind an und denkt nicht nur darüber nach, wie die Welt in fünf Jahren aussieht, sondern in zwanzig, vierzig oder sechzig.

Jeder Vater und jede Mutter wünschen sich, dass es den Kindern einmal besser geht. Nicht unbedingt, dass sie reicher werden. Besser bedeutet auch: freier, sicherer, friedlicher, gesünder, mit mehr Chancen und weniger Angst. Dafür arbeitet man. Dafür verzichtet man. Dafür denkt man weiter als bis zum nächsten Wochenende. Diese Erfahrung ist ein Grund, warum mich manche heutige Debatten so ärgern. Politik scheint zunehmend in Legislaturperioden, Talkshowzyklen und Empörungswellen zu denken. Familien denken in Generationen. Ein Vater weiß: Eine falsche Entscheidung kann Jahre später Folgen haben. Das gilt auch für Staatsfinanzen, Bildung, Energieversorgung oder Infrastruktur. Wenn eine Brücke zwanzig Jahre nicht saniert wird, merkt man es vielleicht lange nicht. Irgendwann wird sie gesperrt. Wenn ein Schulsystem jahrelang Leistungserwartungen senkt, ist der Effekt

nicht am nächsten Morgen sichtbar. Er zeigt sich eine Generation später. Wenn ein Land zu wenige Kinder bekommt und gleichzeitig ein immer größeres Versprechen an Renten und Pflegeleistungen abgibt, entsteht kein sofortiger Knall. Es entsteht eine Rechnung.

2025 lag die zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland bei etwa 1,32 Kindern je Frau. Ende 2025 waren bereits 31 Prozent der Bevölkerung mindestens sechzig Jahre alt. Das sind keine politischen Meinungen, sondern demografische Tatsachen. Man kann über Lösungen streiten, aber man kann die Mathematik nicht wegdiskutieren. Als ich Vater wurde, war Deutschland ebenfalls kein Land mit hoher Geburtenrate. Schon Mitte der siebziger Jahre lag sie unter dem Bestandserhaltungsniveau. Aber die Bevölkerung war im Durchschnitt jünger, die Babyboomer standen im Erwerbsleben, die Sozialkassen hatten eine andere Altersstruktur vor sich. Heute wissen wir seit Jahrzehnten, was kommt. Trotzdem tun wir regelmäßig überrascht. Die Friedensbewegung hat mich auch deshalb

geprägt, weil sie mir zeigte, wie legitim Protest sein kann. Wenn Menschen wegen einer Überzeugung auf die Straße gehen, friedlich, sichtbar und bereit, Argumente auszuhalten, ist das Demokratie.

Ich habe deshalb kein Problem mit Demonstrationen. Im Gegenteil. Wer aus Überzeugung an einem Samstag auf einen Platz geht, wer Transparente malt, wer eine Rede hält, wer Unterschriften sammelt, wer sich in einer Bürgerinitiative engagiert - das ist gesellschaftliche Beteiligung. Mein Problem beginnt dort, wo Protest zum Selbstzweck wird. Wo die nächste Demonstration wichtiger ist als das Ergebnis. Wo eine professionelle Empörungsroutine entsteht, die jedes Thema in dieselbe moralische Dramaturgie presst. Wo andere Menschen nicht mehr überzeugt, sondern beschämt werden sollen. Damals ging ich auf die Straße, weil mir etwas konkret Angst machte. Ich wollte anschließend wieder in mein Leben zurück. Arbeiten. Familie. Verantwortung. Genau diese Verbindung ist für mich entscheidend: Protest und Verantwortung dürfen keine Gegensätze sein.

Wenn ich heute das Wort „Aktivist“ höre, denke ich manchmal: Aktiv wofür? Nur gegen etwas zu sein, ist noch keine Leistung. Eine Straße zu blockieren ist schneller getan, als eine neue Bahnstrecke zu planen. Ein Transparent ist schneller geschrieben, als ein Unternehmen aufzubauen. Eine Parole ist einfacher als ein Haushaltsplan. Das heißt nicht, dass Unternehmen moralisch überlegen sind oder Demonstranten grundsätzlich im Unrecht. Es heißt nur: Eine Gesellschaft lebt davon, dass Menschen nicht nur Forderungen stellen, sondern auch Dinge tragen. Meine Friedensüberzeugung ist bis heute geblieben. Aber sie ist komplizierter geworden. Der russische Angriff auf die Ukraine hat mir erneut gezeigt, dass Frieden nicht allein dadurch entsteht, dass man ihn will. Ein angegriffenes Land kann sich nicht mit einem Transparent verteidigen. Abschreckung, Verteidigungsfähigkeit und militärische Bündnisse sind unangenehme Realitäten.

Das schmerzt mich, weil ein Teil von mir noch immer der junge Vater ist, der keine Raketen sehen will. Aber erwachsen

werden bedeutet auch politisch,
Widersprüche auszuhalten.

Kapitel 5: Arbeit, Leistung und der Stolz auf das selbst Erreichte

Wenn ich einen Begriff nennen müsste, bei dem sich Deutschland in den letzten fünfzig Jahren besonders verändert hat, würde ich „Leistung“ nennen. Früher war Leistung fast automatisch positiv besetzt. Heute wird das Wort oft mit Leistungsdruck, Ausbeutung oder sozialer Kälte verbunden. Natürlich kann Leistung überfordern. Natürlich haben Menschen unterschiedliche Voraussetzungen. Natürlich ist der Wert eines Menschen nicht identisch mit seiner wirtschaftlichen Produktivität. Aber aus diesen richtigen Sätzen ist eine gefährliche Schieflage entstanden: Wir reden so viel darüber, was Leistung Menschen zumutet, dass wir manchmal vergessen, was Leistung einer Gesellschaft ermöglicht. Meine Generation musste sich vieles erarbeiten. Das ist keine Heldensage. Wir bekamen keine Medaille dafür. Es war einfach normal.

Wer ein Auto wollte, sparte. Wer ein Haus bauen wollte, nahm einen Kredit auf und wusste, dass er Jahrzehnte dafür arbeiten würde. Wer Urlaub machen wollte, plante. Nicht jedes Kind hatte jedes Gerät. Nicht jeder Erwachsene konnte sich jeden Wunsch sofort erfüllen. Heute ist materiell vieles besser. Das ist Fortschritt. Ich möchte nicht zurück in eine Zeit, in der ein Farbfernseher Luxus war oder ein Ferngespräch Geld kostete. Aber mit dem Wohlstand ist eine Erwartungshaltung gewachsen, die politisch gefährlich werden kann. Wenn ein Lebensstandard nicht mehr als Ergebnis, sondern als Anspruch verstanden wird, verschiebt sich etwas. Das gilt auch für den Staat. Deutschland hat ein starkes soziales Netz. Darauf können wir stolz sein. Aber dieses Netz wird von Menschen finanziert, die arbeiten und Unternehmen betreiben. Es gibt keinen anonymen Geldautomaten namens „Staat“. Jeder Euro, den der Staat ausgibt, wurde zuvor durch Steuern, Abgaben oder Schulden mobilisiert. Schulden wiederum sind zukünftige Steuern oder zukünftige Einschränkungen.

Ende 2025 lag die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei rund 2,66 Billionen Euro. Pro Kopf entsprach das knapp 31.900 Euro. Natürlich ist eine Volkswirtschaft kein Privathaushalt. Staaten können investieren, konjunkturell stabilisieren und Schulden über lange Zeiträume tragen. Aber die Vorstellung, Schulden seien deshalb bedeutungslos, ist genauso falsch wie die Behauptung, jeder Kredit sei grundsätzlich schlecht. Entscheidend ist, wofür Geld ausgegeben wird. Wenn wir Schulden aufnehmen und damit eine Brücke bauen, die fünfzig Jahre genutzt wird, kann das vernünftig sein. Wenn wir Schulden aufnehmen, um dauerhaft konsumtive Versprechen zu finanzieren, ohne die strukturellen Probleme zu lösen, verschieben wir Konflikte lediglich in die Zukunft.

Meine Wut richtet sich deshalb nicht gegen Sozialausgaben als solche. Sie richtet sich gegen eine politische Kultur, die den Zusammenhang zwischen Leistung und Verteilung verschleiert. 2024 lag die gewöhnliche Wochenarbeitszeit aller

Erwerbstätigen in Deutschland bei 34,3 Stunden. 1991 waren es noch 38,4 Stunden. Ein wesentlicher Grund ist der stark gestiegene Teilzeitanteil: von 14,1 Prozent 1991 auf 30,8 Prozent 2024. Das ist nicht automatisch Faulheit. Teilzeit kann Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, gesundheitliche Gründe oder bewusste Lebensgestaltung bedeuten. Aber gesamtwirtschaftlich bleibt eine einfache Wahrheit: Wenn eine alternde Gesellschaft mehr Pflege, Gesundheit, Verteidigung und Infrastruktur finanzieren will, während pro Kopf weniger Arbeitsstunden geleistet werden, entsteht Spannung. Diese Spannung löst man nicht mit moralischen Vorwürfen. Man löst sie mit Anreizen, Kinderbetreuung, besseren Arbeitsbedingungen, Technologie, qualifizierter Zuwanderung und einer ehrlichen Debatte über Lebensarbeitszeit.

Was mich stört, ist die Weigerung, diese Rechnung überhaupt auszusprechen. Arbeit ist außerdem mehr als Einkommen. Arbeit strukturiert Zeit. Sie verbindet Menschen. Sie gibt vielen das Gefühl, gebraucht zu werden. Arbeitslosigkeit ist deshalb nicht nur finanziell belastend. Sie

kann soziale Isolation und Verlust von Selbstwert bedeuten. Ein guter Sozialstaat sollte Menschen auffangen und gleichzeitig so schnell wie möglich wieder in Selbstständigkeit führen. Genau deshalb darf man über Mitwirkungspflichten sprechen, ohne als herzlos zu gelten. Seit Juli 2026 heißt das Bürgergeld wieder „Grundsicherung für Arbeitsuchende“, verbunden mit verschärften Regeln. Schon die politische Rückkehr zu diesem Begriff zeigt, dass die Debatte über Fördern und Fordern nicht beendet ist.

Ich werde später ausführlich darauf eingehen. An dieser Stelle geht es mir um etwas Grundsätzlicheres: Ich möchte, dass meine Enkel in einem Land leben, in dem sich Anstrengung lohnt. Nicht jeder muss Unternehmer werden. Nicht jeder muss sechzig Stunden arbeiten. Nicht jeder muss Karriere machen. Aber wer Verantwortung übernimmt, wer mehr arbeitet, wer Risiken eingeht, wer sich weiterbildet oder ein Unternehmen gründet, sollte am Ende nicht das Gefühl haben, der Dumme zu sein. Eine Gesellschaft, die Leistung nur noch besteuert, reguliert und moralisch

relativiert, sägt an dem Ast, auf dem ihr Sozialstaat sitzt.

Kapitel 6: Familie - Der Ort, an dem Politik plötzlich persönlich wird

Politik wird oft in großen Begriffen verhandelt: Wachstum, Sicherheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Klima, Rente. Familie übersetzt all diese Begriffe in Alltag. Wenn ein Kind geboren wird, ist Wachstum plötzlich die Frage, ob es später einen guten Arbeitsplatz findet. Sicherheit bedeutet, ob es nachts ohne Angst nach Hause kommt. Bildung bedeutet nicht ein Kultusministerpapier, sondern eine konkrete Schule und eine konkrete Lehrerin. Rente bedeutet, ob die Generationen noch miteinander solidarisch sein können. Pflege bedeutet irgendwann vielleicht die eigene Mutter oder den eigenen Vater. Deshalb hat meine erste Vaterschaft meine politische Sicht verändert. Ich wollte, dass es meinen Kindern besser geht. Das ist ein Satz, der heute fast altmodisch klingt. Denn inzwischen fragen sich viele Eltern nicht mehr, ob es ihren Kindern besser, sondern

ob es ihnen überhaupt noch genauso gut gehen wird.

Das ist ein gewaltiger psychologischer Unterschied. Nach dem Krieg und in den Jahrzehnten des Wiederaufbaus war Aufstieg ein gesellschaftliches Grundmotiv. Die Wohnung wurde besser. Das Auto moderner. Die Ausbildung der Kinder höher. Reisen wurden weiter. Medizin wurde leistungsfähiger. Die Lebenserwartung stieg. Viele Familien konnten glauben, dass jede Generation ein Stück weiterkommt. Heute ist Fortschritt technisch überall sichtbar, gesellschaftlich aber weniger selbstverständlich. Ein Smartphone kann mehr als ein Großrechner meiner Jugend. Gleichzeitig wird Wohneigentum für viele junge Familien schwer erreichbar. Infrastruktur wirkt in Teilen verschlissen. Schulen kämpfen mit Sanierungsstau und Personalproblemen. Renten- und Pflegefinanzierung stehen unter dem Druck der Demografie. Deutschland hatte Ende 2023 rund 5,7 Millionen Pflegebedürftige. 86 Prozent wurden zu Hause versorgt, ein großer Teil überwiegend von Angehörigen. Das ist eine

stille Leistungsgesellschaft, über die wir zu wenig sprechen. Menschen gehen arbeiten und pflegen danach Eltern oder Partner. Sie organisieren Arzttermine, Medikamente und Behörden. Diese Menschen demonstrieren selten. Sie haben keine Zeit.

Vielleicht erklärt das einen Teil meiner Ungeduld mit einer politischen Kultur, in der Sichtbarkeit häufig mit Bedeutung verwechselt wird. Wer laut ist, bekommt Aufmerksamkeit. Wer jeden Tag still Verantwortung übernimmt, erscheint kaum in den Nachrichten. Familie ist aber auch der Ort, an dem sich gesellschaftlicher Wandel positiv zeigt. Väter beteiligen sich heute stärker an Erziehung. Frauen haben berufliche Möglichkeiten, die für frühere Generationen kaum vorstellbar waren. Unterschiedliche Familienformen sind gesellschaftlich akzeptierter. Viele dieser Veränderungen begrüße ich ausdrücklich. Ich möchte keine Rückkehr in die fünfziger Jahre. Was ich möchte, ist eine Gesellschaft, die Familie nicht durch Bürokratie und Kosten unnötig erschwert. Wer Kinder großzieht, leistet etwas für die

Zukunft des gesamten Landes. Das darf keine romantische Sonntagsrede bleiben.

2025 wurden in Deutschland nur rund 654.000 Kinder geboren - der niedrigste Stand der Nachkriegszeit. Die Geburtenziffer lag bei 1,32 Kindern je Frau. Gleichzeitig wird die Bevölkerung älter. Das heißt: Wir müssen entweder produktiver werden, mehr arbeiten, länger arbeiten, qualifizierte Zuwanderung organisieren oder Leistungsversprechen verändern. Wahrscheinlich brauchen wir von allem etwas. Es gibt keine schmerzfreie Lösung. Genau hier zeigt sich wieder mein Grundthema: Wir sind Besitzstandswahrer geworden. Jeder weiß, dass sich etwas ändern muss. Aber jeder hofft, dass die Änderung zuerst bei jemand anderem beginnt. Eltern kennen diese Logik aus dem Alltag. Wenn niemand den Müll rausbringt, weil jeder wartet, dass der andere es tut, bleibt der Müll stehen.

Deutschland steht vor sehr viel größeren Mülltonnen.

Teil II - Die achtziger Jahre: Streit, Wohlstand und neue Bewegungen

Kapitel 7: Die Grünen - Vom Protest zur Macht

Ich habe die Entstehung der Grünen miterlebt. Das ist wichtig, weil man heute leicht vergisst, wie fremd diese Partei am Anfang wirkte. Lange Haare, Wollpullover, Turnschuhe im Parlament, basisdemokratische Experimente, Friedensbewegung, Anti-Atomkraft, Ökologie - all das war für die politische Bundesrepublik ein Kulturschock. Ich stand damals nicht allem ablehnend gegenüber. Im Gegenteil. Wer die Umweltbewegung der siebziger und achtziger Jahre nur als ideologischen Irrweg beschreibt, macht es sich zu einfach. Flüsse waren verschmutzt, Wälder litten unter Luftschadstoffen, Industrieabgase wurden mit einer Selbstverständlichkeit akzeptiert, die heute niemand mehr hinnähme. Umweltschutz war notwendig. Dass Umweltfragen überhaupt zu einem politischen Hauptthema wurden, ist auch ein Verdienst dieser Bewegung.

Und ja, ich demonstrierte für Frieden. Es gab Überschneidungen. Viele Menschen, die gegen Atomraketen auf die Straße gingen, engagierten sich auch gegen Atomkraft oder für eine andere Energiepolitik. Die Grünen gaben diesen Strömungen eine parlamentarische Stimme. Mein Problem mit Teilen der heutigen grünen Politik beginnt nicht dort, wo Umwelt geschützt wird. Es beginnt dort, wo aus einer berechtigten ökologischen Frage eine moralische Rangordnung entsteht: Wir sind die Guten, ihr seid die Rückständigen. Wer gegen eine konkrete Maßnahme ist, gilt nicht einfach als jemand mit anderer Kosten-Nutzen-Abwägung, sondern schnell als Gegner des Planeten. Diese moralische Überhöhung verändert politische Debatten. Früher stritt man darüber, ob eine Maßnahme funktioniert. Heute streitet man oft darüber, was die Haltung zur Maßnahme über den Charakter eines Menschen aussagt. Wer einen Verbrennungsmotor fährt, wird zum Symbol. Wer ein Einfamilienhaus besitzt, erscheint als Problem. Wer gegen eine Windkraftanlage in seiner Nähe ist, wird als egoistischer

NIMBY beschimpft. Umgekehrt werden Klimaaktivisten als Verrückte oder Feinde der Wirtschaft abgetan.

Beides hilft nicht. Umweltpolitik muss wirksam, bezahlbar und technisch machbar sein. Wenn sie nur moralisch richtig klingt, aber Industrie vertreibt, Strompreise erhöht und gesellschaftliche Akzeptanz zerstört, scheitert sie politisch - selbst wenn ihre Ziele vernünftig sind. Die frühen Grünen lebten von der Idee, dass Bürger sich einmischen sollen. Darin steckte etwas Demokratisches. Aber jede Bewegung verändert sich, sobald sie Institution wird. Wer Ämter besetzt, Ministerien führt und über Milliarden entscheidet, ist nicht mehr nur Protestpartei. Er trägt Verantwortung für Folgen. Das ist ein entscheidender Punkt meines Buches: Wer Verantwortung übernimmt, verliert das Privileg, nur gute Absichten zu bewerten. Gute Absichten bauen keine Stromnetze. Gute Absichten beschleunigen keine Planfeststellungsverfahren. Gute Absichten ersetzen keine Kraftwerksleistung. Gute Absichten bezahlen keine Facharbeiter.

In den achtziger Jahren konnte man fordern, aus der Kernenergie auszusteigen, ohne selbst einen bundesweiten Energiehaushalt verantworten zu müssen. Jahrzehnte später wurde der Ausstieg umgesetzt. Gleichzeitig sollte Kohle verschwinden, Gas galt lange als Brücke, erneuerbare Energien sollten massiv ausgebaut werden. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wurde deutlich, wie riskant ein Teil dieser Abhängigkeiten war. Ich behaupte nicht, dass es eine einfache Alternative gegeben hätte. Jede Energieform hat Kosten und Risiken. Aber ich behaupte, dass deutsche Politik dazu neigt, Ziele zu beschließen, bevor sie die Infrastruktur dafür gebaut hat. Das ist die Krankheit der Besitzstandsgesellschaft in grüner Variante: Wir wollen eine neue Energiewelt, aber Stromtrassen sollen möglichst nicht durch die eigene Landschaft führen. Wir wollen Windenergie, aber das Windrad bitte woanders. Wir wollen Bahn statt Auto, aber wenn eine neue Strecke gebaut wird, entsteht sofort Widerstand. Wir wollen Naturschutz, aber auch Wohnungsbau. Wir wollen Industriearbeitsplätze, aber

Produktionsanlagen sollen möglichst emissionsfrei, geräuschlos, unsichtbar und ohne zusätzliche Verkehrsbelastung entstehen.

Die Realität erfüllt solche Wunschzettel nicht. Trotz meiner Kritik würde ich die Grünen aus der deutschen Geschichte nicht herausstreichen wollen. Sie haben Themen gesetzt, die andere Parteien verschlafen hatten. Aber aus dem berechtigten Stachel der Umweltbewegung ist teilweise ein politischer Apparat geworden, der genauso an seinen eigenen Gewissheiten hängt wie jene alten Parteien, gegen die er einst angetreten war. Auch Revolutionäre werden irgendwann Besitzstandswahrer.

Kapitel 8: Kohl, Wohlstand und das Gefühl, dass es immer weiter aufwärts geht

Die achtziger Jahre waren für viele Westdeutsche eine Zeit relativer Stabilität. Helmut Kohl wurde 1982 Bundeskanzler und blieb es sechzehn Jahre. Wer heute unter fünfzig ist, kann kaum nachvollziehen, wie dauerhaft politische Führung damals wirken konnte. Eine ganze Generation wuchs mit demselben Kanzler auf. Kohl wurde oft unterschätzt. Er galt manchen als provinziell, unbeholfen, altmodisch. Später wurde er zum Kanzler der Einheit und zu einer zentralen Figur der europäischen Integration. Auch hier zeigt sich, wie schlecht Tagesurteile altern können. Wirtschaftlich war die Bundesrepublik stark. „Made in Germany“ stand weltweit für Qualität. Maschinenbau, Chemie, Automobile, Elektrotechnik - deutsche Unternehmen besaßen einen Ruf, der über

Jahrzehnte aufgebaut worden war. Der Mittelstand war kein modisches Wort, sondern Rückgrat vieler Regionen.

Für viele Familien wurde Wohlstand normaler. Urlaubsreisen ins Ausland, mehrere Autos im Haushalt, bessere Wohnungen, moderne Unterhaltungselektronik - das, was in den sechziger Jahren noch nach Aufstieg aussah, wurde zunehmend zum Standard. Mit dem Wohlstand veränderte sich auch die Mentalität. Das ist menschlich. Wer in Unsicherheit lebt, denkt an Sicherheit. Wer Sicherheit erreicht hat, denkt an Komfort. Wer Komfort gewohnt ist, verteidigt ihn. Genau dort begann aus meiner Sicht schleichend die Entwicklung zum Besitzstandswahrer. Nicht in einem bestimmten Gesetz, nicht durch eine einzelne Partei, sondern kulturell. Eine Generation, die Mangel erlebt hatte, war bereit, für Verbesserung zu arbeiten. Eine Generation, die Wohlstand als Normalzustand erlebt, hält Verschlechterung für Skandal.

Das Problem ist nicht, dass Menschen ihren Lebensstandard erhalten wollen. Das will ich auch. Das Problem entsteht, wenn

eine Gesellschaft glaubt, Wohlstand könne unabhängig von Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und Arbeit politisch garantiert werden. Deutschland konnte sich diese Illusion lange leisten, weil die wirtschaftliche Basis stark war. Unsere Unternehmen exportierten. Die D-Mark war stabil. Die industrielle Wertschöpfung schuf hohe Einkommen. Sozialversicherungen wurden von einer großen Erwerbsbevölkerung getragen. Und weil es gut lief, wurden die Systeme komplexer. Neue Leistungen kamen hinzu. Neue Standards. Neue Vorschriften. Jede einzelne Regel hatte einen Grund. Kaum eine Regel wurde erfunden, nur um Menschen zu ärgern. Genau darin liegt das Problem moderner Bürokratie: Sie entsteht meistens aus nachvollziehbaren Einzelentscheidungen und wird in der Summe unerträglich.

Ein Unfall führt zu einer neuen Sicherheitsvorschrift. Ein Missbrauchsfall zu einer neuen Dokumentationspflicht. Eine Benachteiligung zu einem neuen Prüfverfahren. Ein Umweltproblem zu einer neuen Genehmigung. Eine Finanzkrise zu einer neuen Berichtspflicht.

Jede Reaktion ist einzeln erklärbar. Zusammen entsteht ein Staat, der sich selbst mit Regeln fesselt. In den achtziger Jahren war diese Entwicklung noch nicht so weit. Man konnte in Deutschland vergleichsweise schnell bauen, investieren und verändern. Genehmigungsverfahren waren auch damals nicht immer einfach, aber die heutige Dichte an Rechtsgebieten, Beteiligungsverfahren, Prüfpflichten und Klagemöglichkeiten gab es in dieser Form nicht. Ich sage nicht, dass wir alle Schutzstandards abschaffen sollten. Ich sage, dass Schutz selbst zum Risiko werden kann, wenn ein Staat nichts mehr zustande bringt.

Eine Brücke, die nicht ersetzt wird, weil Planung zwanzig Jahre dauert, schützt niemanden. Eine Stromleitung, die nicht gebaut wird, hilft dem Klima nicht. Eine Wohnung, die wegen Kosten und Auflagen nicht entsteht, nützt keinem Mieter. Eine Fabrik, die in einem anderen Land gebaut wird, weil Genehmigung und Energie dort einfacher sind, zahlt hier keine Löhne und Steuern. Der Wohlstand der achtziger Jahre war deshalb Geschenk und Gefahr zugleich. Er gab uns Sicherheit. Und

Sicherheit machte uns irgendwann
glauben, sie sei selbstverständlich.

Kapitel 9: 1989 - Der Tag, an dem das Unmögliche möglich wurde

Es gibt Abende, an die man sich auch Jahrzehnte später erinnert. Der 9. November 1989 gehört dazu. Die Berliner Mauer, dieses Beton gewordene Symbol der deutschen Teilung, öffnete sich. Ich hatte die Teilung als politische Realität kennengelernt. Die DDR existierte. Berlin war geteilt. Familien waren getrennt. Grenzanlagen, Schießbefehl, Stacheldraht und Mauer gehörten zur deutschen Wirklichkeit. Und plötzlich fiel sie. Nicht durch einen großen Krieg. Nicht durch einen geheimen Masterplan. Sondern durch eine Mischung aus jahrzehntelangem Druck, wirtschaftlichem Versagen des Ostblocks, Gorbatschows Reformpolitik, mutigen Bürgern in der DDR und einer historischen Verkettung von Ereignissen. Menschen gingen in Leipzig und anderen Städten auf die Straße. „Wir sind das Volk“ wurde zum Satz einer friedlichen Revolution. Hier

zeigte Protest seine stärkste Form: Menschen riskierten etwas. Sie wussten nicht, ob der Staat schießen lassen würde. Sie gingen trotzdem.

Wenn ich heute von Protestkultur spreche, denke ich oft an diesen Unterschied. Wer in einer Diktatur demonstriert, riskiert Freiheit oder Leben. Wer in einer Demokratie demonstriert, nutzt ein geschütztes Grundrecht. Beides ist legitim, aber es ist nicht dasselbe. Die Menschen in der DDR wollten Veränderung. Nicht symbolisch. Radikal real. Sie wollten Reisefreiheit, politische Freiheit, wirtschaftliche Chancen. Sie wollten keinen weiteren runden Tisch über die perfekte Reform des Mangels. Sie wollten ein anderes System. Diese Bereitschaft zur Veränderung beeindruckt mich bis heute. Die deutsche Einheit wurde anschließend schnell vollzogen. Zu schnell, sagen manche. Für die Menschen, die nicht mehr warten wollten, wahrscheinlich nicht schnell genug. Am 3. Oktober 1990 wurde Deutschland wiedervereinigt. Ich empfand das als historisches Glück. Vielleicht klingt das pathetisch. Dann soll es pathetisch klingen.

Ein geteiltes Land wurde friedlich wieder eins. Heute wird oft vor allem über die Kosten, Fehler und Enttäuschungen der Einheit gesprochen. Das ist notwendig. Aber ich weigere mich, das Wunder darin zu vergessen. Europa hatte im 20. Jahrhundert zwei Weltkriege erlebt, Deutschland war geteilt worden, und nur 45 Jahre nach Kriegsende gelang eine friedliche Wiedervereinigung in einem zusammenwachsenden Europa. Das war kein normaler Verwaltungsakt. Es war Geschichte.

Kapitel 10: Wiedervereinigung - Euphorie, Treuhand und die Narben der Transformation

Die Freude der Einheit darf die Härte der wirtschaftlichen Transformation nicht verdecken. Für viele Ostdeutsche bedeutete 1990 Freiheit - und kurz darauf Arbeitslosigkeit, Statusverlust und das Gefühl, dass das eigene bisherige Leben entwertet wurde. Die Treuhandanstalt übernahm Tausende volkseigene Betriebe. Nach Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung waren es zunächst ungefähr 8.000 Betriebe mit rund vier Millionen Beschäftigten; später umfasste das Portfolio deutlich mehr Gesellschaften. Betriebe wurden privatisiert, saniert oder stillgelegt. Aus marktwirtschaftlicher Sicht waren viele DDR-Betriebe nicht konkurrenzfähig. Maschinen waren veraltet, Produkte auf westlichen Märkten

schwer verkäuflich, Absatzbeziehungen in den Osten brachen zusammen. Die schnelle Einführung der D-Mark erhöhte den Kostendruck zusätzlich. Aber volkswirtschaftliche Erklärungen trösten keinen Menschen, der mit fünfzig seinen Arbeitsplatz verliert.

Das ist eine Lektion, die Politik immer wieder vergisst: Eine Reform kann statistisch sinnvoll und menschlich brutal sein. Wer nur auf Kennzahlen schaut, versteht den politischen Zorn nicht. Wer nur auf den Zorn schaut, versteht die wirtschaftliche Notwendigkeit nicht. Beides muss zusammen gedacht werden. Die Einheit kostete enorme Summen. Infrastruktur musste modernisiert, Rentensysteme angepasst, Verwaltungen umgebaut, Unternehmen transformiert werden. Gleichzeitig verließen viele junge Menschen Ostdeutschland. Regionen verloren Bevölkerung und wirtschaftliche Substanz. Bis heute prägt diese Erfahrung politische Einstellungen. Wenn Menschen das Gefühl haben, über ihre Köpfe werde entschieden, bleibt Misstrauen. Wenn sie erleben, dass westdeutsche Manager und Institutionen ihnen erklären, wie alles zu

funktionieren hat, entsteht Kränkung. Nicht jede heutige politische Unzufriedenheit im Osten lässt sich auf 1990 zurückführen. Aber wer diesen Hintergrund ignoriert, versteht Deutschland nur halb.

Für mich steckt darin eine weitere Warnung an die Gegenwart. Transformation ist kein Zauberwort. Heute reden wir wieder von Transformation - der Industrie, der Energieversorgung, der Mobilität. Das klingt in Strategiepapieren sauber. In Wirklichkeit bedeutet Transformation, dass Geschäftsmodelle verschwinden, Berufe sich verändern und Regionen verlieren können. Wer Menschen zu Veränderung auffordert, muss ihnen zeigen, wo die neue Perspektive liegt. Man kann nicht gleichzeitig ein Werk schließen, den Arbeitsplatz für historisch überholt erklären und erwarten, dass der Betroffene begeistert von „Transformation“ spricht. Genau deshalb ärgert mich politische Sprache. Sie vernebelt Folgen. Ein Arbeitsplatzabbau wird zur „Anpassung von Kapazitäten“. Eine Steuererhöhung zur

„Einnahmeverbesserung“. Eine Kürzung zur „Priorisierung“. Eine Niederlage zur „Herausforderung“. Eine Werksschließung zur „Standortkonsolidierung“.

Die Menschen sind nicht dumm. Sie merken, wenn Sprache ihnen die Realität verkaufen soll. Die Einheit war großartig. Ihre Fehler waren real. Beides gleichzeitig zu sagen, sollte möglich sein.

Kapitel 11: Europa und Globalisierung - Als Deutschland vom offenen Markt gewann

Die neunziger Jahre waren von einer Idee geprägt, die heute viel zerbrechlicher wirkt: Grenzen verlieren an Bedeutung, Handel schafft Wohlstand, Demokratie breitet sich aus, Europa wächst zusammen. Für Deutschland war diese Entwicklung wirtschaftlich ein Geschenk. Unsere Industrie war stark. Neue Märkte öffneten sich. Mittel- und Osteuropa integrierten sich zunehmend in europäische Lieferketten. China wurde zum gigantischen Produktionsstandort und Absatzmarkt. Der europäische Binnenmarkt vereinfachte Handel. Später kam der Euro. Deutschland wurde Exportweltmeister - ein Begriff, auf den man damals stolz war. Heute klingt „Exportabhängigkeit“ eher wie eine Warnung. Beides ist richtig. Offener Handel machte Deutschland reich.

Abhängigkeiten machten Deutschland verletzlich. Unternehmen optimierten Lieferketten auf Effizienz. Produktion wanderte dorthin, wo sie günstiger war. Just-in-time ersetzte Lagerhaltung. Energie kam günstig aus Russland. Vorprodukte kamen aus Asien. Sicherheit garantierten weitgehend die USA.

Das war rational, solange das Umfeld stabil blieb. Aber Effizienz ohne Resilienz ist wie ein Auto ohne Ersatzreifen: wunderbar, solange nichts passiert. Heute reden alle von Resilienz. Auch das ist ein Modewort, hinter dem eine alte Wahrheit steckt: Man darf nicht alles auf eine Karte setzen. Deutschland war in der Globalisierung enorm erfolgreich. Deshalb ist es zu einfach, heute so zu tun, als seien offene Märkte ein Fehler gewesen. Millionen Arbeitsplätze, hohe Steuereinnahmen und unser Wohlstand hängen am Handel. Aber wir müssen uns fragen, ob wir geglaubt haben, wirtschaftliche Verflechtung mache politische Konflikte unmöglich. Russland widerlegte diese Hoffnung. China stellt sie ebenfalls infrage. Die USA verfolgen ihre Interessen zunehmend härter.

Ein Land, das fast keine eigenen Rohstoffe hat und industriell stark ist, muss strategischer denken. Das bedeutet nicht Autarkie. Deutschland kann sich nicht abschotten. Es bedeutet Diversifizierung, Energieversorgung, Infrastruktur, Innovation und vor allem Geschwindigkeit. Wenn wir in einer geopolitisch härteren Welt zehn Jahre brauchen, um eine Fabrik, eine Stromleitung oder eine Bahntrasse zu genehmigen, verlieren wir. Nicht moralisch. Wirtschaftlich.

Kapitel 12: Migration - Eine alte Realität, die politisch immer neu überrascht

Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland, auch wenn die Politik lange so tat, als sei das nur ein vorübergehender Zustand. Gastarbeiter kamen seit den fünfziger und sechziger Jahren. Viele blieben. Ihre Kinder und Enkel wurden Teil Deutschlands. Später kamen Aussiedler und Spätaussiedler, Flüchtlinge aus den Balkankriegen, Menschen aus der Europäischen Union, Fachkräfte aus aller Welt und Schutzsuchende aus Krisenregionen. Migration hat Deutschland verändert - kulturell, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Vieles davon ist Erfolg. Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte arbeiten, gründen Unternehmen, behandeln Patienten, bauen Häuser, forschen, fahren Busse, unterrichten Kinder oder pflegen

Alte. Wer all das ignoriert, beschreibt Deutschland falsch. Aber auch die Probleme sind real. Integration gelingt nicht automatisch. Sprache, Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, kulturelle Normen, Kriminalität einzelner Gruppen, religiöser Extremismus und die Frage, wie viele Menschen ein Gemeinwesen in kurzer Zeit integrieren kann - all das darf diskutiert werden.

Ich störe mich an zwei Arten von Unehrlichkeit. Die eine behauptet, Migration sei grundsätzlich Bedrohung. Die andere behandelt jede Kritik an Migrationspolitik wie moralisches Versagen. Beides verhindert Lösungen. Eine Gesellschaft braucht Grenzen. Das ist keine rechte Erkenntnis, sondern Grundlage von Staatlichkeit. Gleichzeitig braucht ein alterndes Deutschland Zuwanderung, wenn es seine Wirtschaft und sozialen Systeme stabilisieren will. Die Frage lautet also nicht „Migration ja oder nein?“. Die Frage lautet: Welche Migration, in welchem Umfang, nach welchen Regeln, mit welchen Pflichten und welchen realistischen Integrationskapazitäten? Diese Debatte wurde viel zu lange

emotionalisiert. Später, 2015, sollte sie explodieren. Aber die Vorgeschichte begann Jahrzehnte früher.

Teil III - Reformen, Ruhe und die Illusion vom Ende der Geschichte

Kapitel 13: Schröder und die Agenda 2010 - Politik, die sich noch etwas traute

Gerhard Schröder war nie der Politiker, den ich wie Helmut Schmidt bewundert hätte. Aber eines muss man ihm lassen: Mit der Agenda 2010 hat er etwas getan, das heutige Regierungen häufig vermeiden - er hat die eigene Wählerschaft mit einer Reform konfrontiert, von der er überzeugt war, dass sie wirtschaftlich notwendig sei. Am 14. März 2003 stellte Schröder die Agenda 2010 vor. Ein Kern war die Reform des Arbeitsmarktes. Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden später im Arbeitslosengeld II zusammengeführt, Vermittlung und Zumutbarkeitsregeln verändert, Minijobs und flexible Beschäftigung ausgeweitet. Für die SPD war das politisch verheerend. Teile ihrer traditionellen Basis fühlten sich verraten. Die Linke gewann Zulauf. Schröders Kanzlerschaft endete wenige Jahre später.

Man kann die Reformen hart kritisieren. Sie schufen einen großen Niedriglohnsektor, erhöhten den Druck auf Arbeitslose und führten zu einem System, das Menschen teilweise als entwürdigend empfanden. Die Bundeszentrale für politische Bildung beschreibt die Folgen der Agenda auch als „Dualisierung“ sozialer Rechte. Diese Kritik gehört zur Wahrheit. Zur Wahrheit gehört aber ebenso, dass Deutschland Anfang der 2000er Jahre als „kranker Mann Europas“ galt. Arbeitslosigkeit war ein Massenproblem. Strukturen waren festgefahren. Die Wettbewerbsfähigkeit stand unter Druck. Politik musste handeln. Was mich an der Agenda 2010 heute fasziniert, ist weniger jede einzelne Maßnahme als der Mut, überhaupt zu sagen: So wie bisher kann es nicht weitergehen. Dieser Satz fehlt mir.

Heute wird ein Reformvorschlag oft schon im Entwurfsstadium so lange mit Ausnahmen, Übergängen, Besitzständen, Härtefallklauseln und Kompensationen versehen, bis die Reform kaum noch etwas verändert. Jeder Verband meldet Bedenken. Jedes Bundesland fordert

Sonderregeln. Jeder Koalitionspartner markiert rote Linien. Am Ende entsteht ein Gesetz mit hundert Seiten Begründung und zehn Seiten Wirkung. Schröder ging ein politisches Risiko ein. Ich muss nicht jede Folge gut finden, um das anzuerkennen. Eine Demokratie braucht Regierungen, die nicht nur Wohltaten verteilen. Manchmal muss Politik auch sagen: Wir müssen etwas ändern, weil wir uns den bisherigen Zustand nicht mehr leisten können. Das gilt heute für Rente, Pflege, Bürokratie, Steuern, Verteidigung und Infrastruktur gleichzeitig.

Genau deshalb ist die politische Lage schwieriger als 2003. Damals konnte man sich auf ein großes Reformfeld konzentrieren. Heute haben wir mehrere strukturelle Probleme übereinander gestapelt. Ein alternder Staat trifft auf schwaches Wachstum. Eine anspruchsvolle Bevölkerung trifft auf Fachkräftemangel. Klimaziele treffen auf energieintensive Industrie. Verteidigungsbedarf trifft auf hohe Sozialausgaben. Investitionsbedarf trifft auf Planungsrecht. Digitalisierung trifft auf föderale Zuständigkeiten. Politik reagiert darauf gern mit Sondervermögen,

Förderprogrammen und Kommissionen. Was mir fehlt, ist eine Agenda 2030 oder 2040, die den Bürgern ehrlich erklärt, was nicht mehr gleichzeitig geht. Wir können nicht unbegrenzt früher in Rente, weniger Stunden arbeiten, mehr staatliche Leistungen erhalten, Verteidigung hochfahren, Infrastruktur erneuern, Klimaneutralität finanzieren und gleichzeitig Steuern sowie Schulden senken. Irgendwo muss die Rechnung aufgehen.

Die Mathematik hat keine Parteifarbe. Schröders Agenda war schmerzhaft, vielleicht in Teilen unfair, sicher nicht perfekt. Aber sie zeigte: Eine Regierung kann den Mut haben, den Bürgern etwas zuzumuten. Heute scheint Zumutung fast ein Schimpfwort zu sein.

Kapitel 14: Merkel - Sechzehn Jahre Beruhigung

Angela Merkel war sechzehn Jahre Bundeskanzlerin. Sie prägte Deutschland stärker, als es ihre nüchterne Art manchmal vermuten ließ. Ihre große politische Fähigkeit bestand darin, Konflikte zu absorbieren. Sie nahm Themen auf, entpolitisierte sie, verschob Positionen und vermittelte den Eindruck, die Dinge seien unter Kontrolle. Viele Menschen mochten genau das. Nach den heftigen Reformjahren unter Schröder wirkte Merkel wie politische Beruhigung. Deutschland ging es wirtschaftlich lange gut. Die Arbeitslosigkeit sank, Unternehmen exportierten, der Haushalt entwickelte sich positiv, die Eurozone überstand ihre Krisen, und viele Bürger hatten das Gefühl, dass Stabilität vielleicht doch eine dauerhafte deutsche Eigenschaft sei. Im Rückblick frage ich mich, ob diese Stabilität nicht teilweise geliehene Zeit war.

Während Deutschland gute Jahre erlebte, alterte die Infrastruktur. Die Bundeswehr wurde über Jahre reduziert. Die Digitalisierung des Staates kam nur langsam voran. Die Abhängigkeit von russischem Gas wuchs. China wurde für deutsche Industrieunternehmen immer wichtiger. Gleichzeitig wurden energiepolitische Entscheidungen getroffen, deren langfristige Konsequenzen später schmerzhafter sichtbar wurden. Merkels Stil passte perfekt zu einem Land der Besitzstandswahrer. Große Veränderungen wurden nicht frontal angekündigt, sondern moderiert. Konflikte wurden nicht gelöst, sondern häufig befriedet. Das war politisch brillant und strukturell riskant. Man kann Merkel nicht für jedes heutige Problem verantwortlich machen. Deutschland besteht aus Bund, Ländern, Kommunen, Gerichten, Verbänden, Unternehmen und Millionen Bürgern. Verantwortung verteilt sich. Aber Kanzlerschaften prägen Prioritäten.

Die Jahre des billigen Geldes nach der Finanzkrise wären eine Gelegenheit gewesen, Infrastruktur massiv zu modernisieren. Stattdessen wurde die

„schwarze Null“ zum Symbol solider Haushaltspolitik. Haushaltsdisziplin ist grundsätzlich richtig. Aber ein Staat kann auch kaputtsparen, wenn er notwendige Investitionen verschiebt. Ich habe kein grundsätzliches Problem mit Schuldenbremsen. Ich habe ein Problem mit Buchhaltungstricks und einer Politik, die Investitionen und Konsum nicht sauber unterscheidet. Wer Kredite für dauerhafte Wahlgeschenke aufnimmt, belastet die Zukunft. Wer eine Brücke, Schiene, Schule oder digitale Infrastruktur finanziert, schafft Vermögen für kommende Generationen. Merkels Deutschland lebte lange von der Substanz und vom Erfolg seiner Unternehmen. Die Politik konnte dadurch vieles gleichzeitig versprechen.

Das Ende dieser Komfortphase kam nicht an einem Tag. Es kam in Etappen: Eurokrise, Fluchtmigration 2015, Brexit, Trump, Pandemie, russischer Angriff auf die Ukraine, Energiekrise, Inflation und industrielle Schwäche. Die Welt wurde härter. Deutschland blieb lange im Beruhigungsmodus.

Kapitel 15: Eurokrise - Wenn Solidarität und Verantwortung auseinanderdriften

Die Einführung des Euro war ein historisches Projekt. Eine gemeinsame Währung sollte Europa enger verbinden. Für Deutschland, eine exportstarke Volkswirtschaft im Herzen Europas, brachte sie große Vorteile. Wechselkursrisiken innerhalb der Eurozone verschwanden, Handel wurde einfacher, der Binnenmarkt vertiefte sich. Aber eine gemeinsame Währung verbindet Länder mit sehr unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen. Die Eurokrise ab 2010 legte diesen Widerspruch offen. Griechenland stand im Zentrum, später wurden auch Irland, Portugal, Spanien und Zypern zu Krisenfällen. Rettungspakete, Europäischer Stabilitätsmechanismus, EZB-Maßnahmen und harte Sparprogramme bestimmten die Debatte. Deutschland stritt über eine alte Frage in neuer Form: Was

bedeutet Solidarität? Für mich gehört zu Solidarität immer Verantwortung. Wenn ein Mitglied einer Gemeinschaft in Not gerät, sollte man helfen. Aber Hilfe ohne Bedingungen kann falsche Anreize schaffen. Umgekehrt kann eine rein buchhalterische Sparpolitik Gesellschaften zerstören.

Auch hier gibt es keine bequeme Wahrheit. Mich störte damals wie heute, dass europäische Debatten schnell moralisch aufgeladen werden. Wer auf Regeln pocht, gilt als herzlos. Wer Transfers fordert, als verantwortungslos. Dabei braucht eine Währungsunion beides: Solidarität und Verlässlichkeit. Die Eurokrise war auch ein Vorbote der heutigen deutschen Debatte. Politische Systeme neigen dazu, Risiken zu vergemeinschaften und Verantwortung zu vernebeln. Wenn am Ende „Europa“ verantwortlich ist, fühlt sich niemand zuständig. Wenn „der Bund“ zahlt, glauben Kommunen, das Geld komme von woanders. Wenn ein Sondervermögen geschaffen wird, klingt die Ausgabe weniger nach Schulden. Aber am Ende zahlen Bürger. Nicht immer heute.

Manchmal morgen. Ich bin überzeugter Europäer. Gerade deshalb möchte ich ein Europa, das stark genug ist, Fehler zu benennen. Die Europäische Union ist keine Wohltätigkeitsveranstaltung. Sie ist eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft, die nur funktioniert, wenn Regeln nicht nur gelten, solange sie angenehm sind.

Deutschland wiederum darf Europa nicht als Ausrede benutzen. Viele Regeln, über die wir uns beschweren, haben deutsche Regierungen in Brüssel mit beschlossen oder sogar vorangetrieben. Die beliebte Erzählung „Brüssel zwingt uns“ ist häufig zu bequem. Besitzstandswahrung gibt es auch auf europäischer Ebene. Jeder Mitgliedstaat möchte Vorteile der Gemeinschaft, aber nationale Empfindlichkeiten möglichst vollständig behalten. Jeder verlangt Solidarität in den eigenen Krisen und Disziplin bei den anderen. Das ist menschlich. Aber kein Zukunftsmodell.

Kapitel 16: Facebook, Smartphone und der Verlust des Abstandes

Es gibt technologische Veränderungen, die einen Alltag verbessern, ohne die Gesellschaft grundlegend zu verändern. Eine bessere Waschmaschine gehört dazu. Das Smartphone gehört nicht dazu. Als Facebook und später andere soziale Netzwerke groß wurden, klang das Versprechen wunderbar: Menschen verbinden sich. Freunde finden sich wieder. Jeder kann seine Meinung veröffentlichen. Informationen werden demokratisiert. Vieles davon ist wahr. Ich kann heute mit Menschen kommunizieren, die hunderte Kilometer entfernt leben. Informationen sind in Sekunden verfügbar. Familien teilen Fotos. Kleine Unternehmen erreichen Kunden ohne großen Werbeetat. Bürger können Missstände sichtbar machen, die früher niemand beachtet hätte. Aber jede Technologie verändert Verhalten. Facebook machte aus Bekannten

„Freunde“. Das klingt banal, ist aber kulturell interessant. Ein Freund ist für mich jemand, den ich kenne, dessen Gesicht ich gesehen habe, dessen Geschichte mir nicht völlig egal ist. Mit einem Freund rede ich anders als mit einem Fremden.

Im Netz verschwand diese Grenze. Wir sprechen mit Fremden in einem Ton, den viele im persönlichen Gespräch niemals verwenden würden. Wir beurteilen Menschen anhand eines Satzes. Wir bilden moralische Urteile in Sekunden. Wir teilen Nachrichten, deren Überschrift unsere Meinung bestätigt, ohne den Text zu lesen. Die Plattformen belohnen Aufmerksamkeit. Empörung erzeugt Aufmerksamkeit. Damit entsteht eine gefährliche Rückkopplung: Je wütender der Beitrag, desto größer die Reaktion. Je härter die Formulierung, desto mehr Reichweite. Nuancen sind schlecht teilbar. „Ich sehe das anders und verstehe trotzdem dein Argument“ wird selten viral. 2025 nutzten 59 Prozent der 16- bis 74-Jährigen in Deutschland aktiv soziale Medien. Bei den 16- bis 24-Jährigen waren es 85 Prozent. Gleichzeitig berichtete das

Statistische Bundesamt, dass ein erheblicher Teil der Internetnutzer auf Hassrede stößt.

Die politische Debatte hat sich dadurch verändert. Parteien reagieren auf Trends, bevor sie wissen, ob eine Empörungswelle überhaupt die Mehrheit repräsentiert. Journalisten beobachten soziale Medien und verstärken Themen, die dort laut sind. Politiker schreiben für Plattformen, nicht für Parlamente. Das Ergebnis ist ein permanenter Erregungszustand. Ich glaube nicht, dass die Deutschen heute grundsätzlich extremistischer sind als früher. Forschung zur Polarisierung weist sogar darauf hin, dass die Wahrnehmung gesellschaftlicher Spaltung stärker sein kann als die tatsächliche ideologische Distanz vieler Menschen. Das ist eine wichtige Erkenntnis. Wir könnten uns weniger weit auseinander befinden, als unsere Timelines uns glauben lassen. Aber Wahrnehmung hat Folgen. Wenn ich jeden Tag lese, dass „die anderen“ gefährlich, dumm oder moralisch verdorben seien, beginne ich irgendwann, ihnen genau das zuzutrauen.

So geht Respekt verloren. Früher stritt man am Stammtisch und musste sich am nächsten Tag wieder begegnen. Heute blockiert man sich. Früher hatte eine Beleidigung soziale Kosten. Heute kann ein anonymer Account hunderte Menschen am Tag beschimpfen. Ich will das Internet nicht zurückdrehen. Das wäre lächerlich. Ich möchte, dass wir wieder lernen, Abstand zu halten. Nicht jede Nachricht braucht sofort eine Meinung. Nicht jeder politische Gegner ist ein Feind. Nicht jeder Fehler ist ein Skandal. Nicht jeder missverständliche Satz beweist einen Charakterfehler. Demokratie braucht langsamere Gedanken als ein Algorithmus.

Kapitel 17: Energiepolitik - Gute Ziele, schlechte Reihenfolge

Kaum ein Feld zeigt deutsche Politik so deutlich wie die Energiepolitik. Wir formulieren große Ziele, beschließen ambitionierte Ausstiege, schaffen komplizierte Förder- und Abgabensysteme - und wundern uns anschließend, wenn die physikalische und wirtschaftliche Realität nicht im gleichen Tempo folgt. Ich bin kein Energieingenieur. Ich werde deshalb nicht so tun, als gäbe es eine einfache technische Wahrheit, die nur Politiker nicht verstehen. Kernenergie hat Risiken und ungelöste Fragen. Kohle verursacht erhebliche Emissionen. Gas macht abhängig. Wind und Solar brauchen Netze, Speicher, Flexibilität und Flächen. Jede Option hat einen Preis. Genau deshalb halte ich ideologische Sicherheit in Energiefragen für gefährlich. Deutschland beschloss nach Fukushima 2011 den beschleunigten Atomausstieg. Die gesellschaftliche Unterstützung war groß.

Gleichzeitig wuchs die Bedeutung von Erdgas. Russland war Lieferant. Nord Stream wurde zu einem Symbol dieser Strategie.

Dann kam 2022 der Angriff auf die Ukraine. Plötzlich war Gas nicht nur Energie, sondern Geopolitik. Deutschland musste in kürzester Zeit LNG-Terminals bauen, Lieferquellen diversifizieren und Verbraucher sowie Unternehmen gegen explodierende Preise schützen. Interessanterweise zeigte die Krise auch, dass Deutschland schnell sein kann, wenn politischer Druck groß genug ist. LNG-Infrastruktur, die unter normalen Bedingungen jahrelang diskutiert worden wäre, entstand in bemerkenswert kurzer Zeit. Das ist für mich ein Schlüsselerlebnis. Wenn wir wollen, können wir. Die Frage ist, warum wir dafür immer erst eine Krise brauchen. Heute stehen wir vor einer gewaltigen Aufgabe. Industrie, Verkehr und Wärme sollen zunehmend elektrifiziert werden. Gleichzeitig müssen Netze ausgebaut, Erzeugungskapazitäten geschaffen und Versorgungssicherheit garantiert werden.

Das kann gelingen. Deutschland besitzt Ingenieure, Kapital und Technologie. Aber es gelingt nicht mit Wunschdenken. Energiepreise sind Standortpolitik. Wenn ein Chemiewerk in Deutschland dauerhaft deutlich höhere Energiepreise zahlt als ein Konkurrent in den USA oder Asien, wird ein Vorstand irgendwann nicht aus Patriotismus investieren. Er trägt Verantwortung für sein Unternehmen. 2025 lag die Produktion energieintensiver Industriezweige nach Angaben des Statistischen Bundesamtes noch rund 17,8 Prozent unter dem Niveau von 2021. Das ist ein Warnsignal. Nicht jeder Rückgang ist Folge deutscher Energiepolitik. Weltkonjunktur, China, Technologie, Nachfrage und geopolitische Risiken spielen ebenfalls eine Rolle. Aber wer Standortpolitik macht, muss sich fragen, welchen Anteil er selbst beeinflussen kann.

Meine Kritik lautet deshalb: Erst Infrastruktur, dann Verbote. Erst Alternativen, dann Abschaltung. Erst Netze, dann vollständige Elektrifizierung. Eine Politik, die die Reihenfolge vertauscht, produziert Widerstand.

Kapitel 18: 2015 - Der Moment, in dem das Land seine Sprachfähigkeit verlor

—

2015 war ein Wendepunkt. Nicht nur wegen der Zahl der Menschen, die nach Deutschland kamen, sondern wegen der Art, wie wir darüber diskutierten. Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wurden 2015 rund 476.600 Asylanträge gestellt. Das EASY-System registrierte zunächst über eine Million Zugänge von Asylsuchenden, wobei Doppelregistrierungen und Weiterreisen die Zahl verzerrten. Das Statistische Bundesamt schätzte den Wanderungsüberschuss ausländischer Personen 2015 auf rund 1,14 Millionen. Das war außergewöhnlich. Deutschland reagierte mit einer Mischung aus beeindruckender Hilfsbereitschaft und organisatorischer Überforderung. Freiwillige standen an Bahnhöfen, sammelten Kleidung, halfen bei

Übersetzungen und begleiteten Menschen zu Behörden. Diese Zivilgesellschaft verdient Anerkennung. Gleichzeitig waren Behörden vielerorts überlastet. Registrierung, Unterbringung, Schulen, Sprachkurse, Sicherheitsprüfungen und Integrationsangebote mussten in kurzer Zeit massiv erweitert werden.

Angela Merkels Satz „Wir schaffen das“ wurde zum Symbol. Für die einen war er Ausdruck von Humanität und Zuversicht. Für die anderen klang er wie eine Verweigerung, Grenzen der Aufnahmefähigkeit anzuerkennen. Mein Problem war weniger der Satz als die Debatte danach. Deutschland verlor seine Fähigkeit, gleichzeitig zwei Dinge zu sagen: Wir müssen Menschen in Not helfen. Und ein Staat muss kontrollieren, wer einreist und wer bleiben darf. Diese Sätze widersprechen sich nicht. Trotzdem wurden sie politisch wie Gegensätze behandelt. Wer vor Überforderung warnte, wurde schnell in die rechte Ecke gestellt. Wer Flüchtlinge verteidigte, wurde als naiver Gutmensch verspottet. Die Mitte der Debatte brach weg. Das rächt sich bis heute.

Migration ist ein Bereich, in dem Vertrauen entscheidend ist. Bürger akzeptieren großzügige Regeln eher, wenn sie glauben, dass der Staat Regeln tatsächlich durchsetzt. Wenn abgelehnte Asylbewerber jahrelang bleiben, Verfahren sich ziehen oder Kommunen erklären, sie seien überfordert, sinkt Vertrauen. Gleichzeitig ist es unehrlich, so zu tun, als bestünde Migration nur aus Problemen. Deutschland braucht Arbeitskräfte. Viele Menschen, die seit 2015 kamen, arbeiten heute, zahlen Steuern, gründen Familien und Unternehmen. Eine seriöse Bilanz muss beides zeigen. Meine Wut richtet sich gegen jene, die aus Migration eine moralische Identitätsfrage gemacht haben. Politik muss steuern. Sie darf weder Menschen pauschal verdächtigen noch staatliche Steuerung als unmenschlich diffamieren. 2015 zeigte mir zum ersten Mal besonders deutlich, wie gefährlich es ist, wenn politische Lager einander nicht mehr zuhören.

Diese Entwicklung sollte sich später beschleunigen.

Teil IV - Krisenrepublik: Von der Pandemie bis zur neuen Unsicherheit

Kapitel 19: Corona - Vertrauen, Angst und die Grenzen des Staates

Als 2020 die Corona-Pandemie begann, war Deutschland wie fast alle Länder schlecht vorbereitet auf eine Situation, in der medizinische Unsicherheit, wirtschaftliche Folgen und politische Entscheidungen innerhalb von Tagen zusammenfielen. Ich erinnere mich noch gut an die ersten Bilder. Leere Straßen. Geschlossene Geschäfte. Menschen mit Masken. Unsicherheit darüber, wie gefährlich das Virus ist. Bilder aus Bergamo. Diskussionen über Intensivbetten. Politiker, die Entscheidungen treffen mussten, während sich wissenschaftliche Einschätzungen laufend veränderten. Ich mache es mir nicht so einfach, im Rückblick jede Fehlentscheidung als Beweis von Dummheit oder Bosheit darzustellen. Wer im März 2020 Verantwortung trug, wusste vieles nicht, was wir heute wissen.

Regierungen mussten unter Unsicherheit handeln.

Aber genau deshalb hätte der Staat später offener mit Fehlern umgehen müssen. Stattdessen entstand eine Atmosphäre, in der Zweifel an einzelnen Maßnahmen schnell als Zweifel an Wissenschaft oder Solidarität behandelt wurden. Umgekehrt radikalisierten sich Teile der Maßnahmengegner und erklärten praktisch jede staatliche Entscheidung zur Diktatur. Wieder zerfiel die Debatte in Lager. Ich hielt Schutzmaßnahmen am Anfang für nachvollziehbar. Gleichzeitig fragte ich mich zunehmend, ob die Verhältnismäßigkeit immer sauber geprüft wurde. Schulschließungen, Einschränkungen für Kinder, Besuchsverbote in Pflegeheimen, wirtschaftliche Existenzen von Selbstständigen - all das hatte Folgen, die sich nicht mit einer Inzidenzzahl vollständig erfassen lassen. Besonders hart fand ich, wie alte Menschen teilweise isoliert wurden. Wir wollten sie vor dem Virus schützen und nahmen ihnen dafür

Nähe, Besuch und manchmal den Abschied von Angehörigen.

Politik ist tragisch, wenn jede Option Schaden verursacht. Das Problem war nicht, dass Fehler gemacht wurden. Fehler sind in einer solchen Lage unvermeidlich. Das Problem war der Umgang mit Kritik. Ein demokratischer Staat muss Kritik aushalten, gerade in der Krise. Er muss erklären, Daten veröffentlichen, Entscheidungen revidieren und eingestehen, wenn Annahmen falsch waren. Vertrauen entsteht nicht dadurch, dass Regierungen so tun, als lägen sie immer richtig. Vertrauen entsteht, wenn Bürger erleben, dass Irrtümer korrigiert werden. Die Pandemie legte auch die Schwächen der deutschen Digitalisierung offen. Gesundheitsämter arbeiteten teilweise mit Faxgeräten. Daten lagen verspätet vor. Schulen improvisierten digitalen Unterricht, obwohl seit Jahren über Digitalisierung gesprochen worden war.

Das war kein Virusproblem. Das war ein Deutschlandproblem. Wir hatten jahrelang Geld, Zeit und Warnungen. Trotzdem fehlten vielerorts Systeme, Schnittstellen

und Standards. Wieder zeigte sich: Deutschland ist hervorragend darin, Strategiepapiere zu erstellen, und erstaunlich schwach darin, sie praktisch umzusetzen. Corona war außerdem ein gesellschaftlicher Stresstest. Nachbarn stritten über Masken. Familien über Impfungen. Freundschaften zerbrachen an politischen Bewertungen. Begriffe wie „Covidiot“, „Schlafschaf“ oder „Impfgegner“ ersetzten Argumente. Die sozialen Medien verschärften alles. In dieser Zeit verlor unsere Gesellschaft noch mehr von dem Respekt, dessen Verlust ich schon vorher beobachtet hatte. Wir verlernten, Unsicherheit auszuhalten. Wer sagte „Ich weiß es nicht“, wirkte schwach. Also wusste jeder alles. Virologen wurden zu Fernsehstars, Laien zu Virologen und Politiker zu Epidemiologen. Später wurden dieselben Experten beschimpft, wenn Prognosen nicht eintrafen.

Ich wünsche mir aus dieser Zeit keine einfache Abrechnung. Ich wünsche mir eine ehrliche Aufarbeitung. Welche Maßnahmen waren wirksam? Welche verursachten mehr Schaden als Nutzen? Welche Regeln waren nachvollziehbar,

welche widersprüchlich? Was lernen wir für die nächste Krise? Ein Staat, der nicht aus Fehlern lernt, wird beim nächsten Mal wieder dieselben machen.

Kapitel 20: Ukraine - Der Krieg kehrt zurück nach Europa

Am 24. Februar 2022 griff Russland die Ukraine in großem Maßstab an. Für meine Generation war dieser Tag ein Schock. Jahrzehntelang hatte ich geglaubt, dass ein großer Angriffskrieg in Europa zwar theoretisch möglich, praktisch aber kaum noch vorstellbar sei. Ich hatte mich geirrt. Die Bilder von Panzern, zerstörten Städten, Flüchtlingen und Massengräbern rissen eine alte Gewissheit weg. Frieden ist kein Zustand, den man einmal erreicht und danach verwaltet. Frieden muss geschützt werden. Für jemanden, der in der Friedensbewegung demonstriert hat, ist diese Erkenntnis bitter. Meine alte Überzeugung, dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen darf, bleibt richtig. Aber daraus folgt nicht, dass Deutschland wehrlos sein sollte. Ein Land, das sich nicht verteidigen kann, überlässt die Entscheidung über Krieg und Frieden im Zweifel anderen.

Die sogenannte Zeitenwende sollte die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik verändern. Plötzlich war von Sondervermögen, Munitionsbeständen, Luftverteidigung und Truppenstärke die Rede. Dabei hätte uns vieles nicht überraschen dürfen. Jahrelang war bekannt, dass die Bundeswehr erhebliche Ausrüstungsprobleme hatte. Jahrelang verließen wir uns darauf, dass die USA einen großen Teil europäischer Sicherheit garantieren. Jahrelang wollten wir Friedensdividende konsumieren. Das war bequem. Es war Besitzstandswahrung in sicherheitspolitischer Form: Wir wollten die Vorteile einer stabilen Ordnung, ohne die vollen Kosten ihrer Absicherung zu tragen. Der Krieg machte außerdem die Energieabhängigkeit sichtbar. Russland war nicht nur geopolitischer Gegner, sondern wichtiger Lieferant. Deutschland musste seine Energieversorgung in kürzester Zeit umstellen. Auch hier zeigte sich ein Muster: In der Krise geht plötzlich, was vorher jahrelang unmöglich schien.

LNG-Terminals wurden beschleunigt. Genehmigungen verkürzt. Behörden arbeiteten pragmatischer. Politik setzte

Prioritäten. Warum braucht Deutschland immer erst einen Schock, um handlungsfähig zu werden? Diese Frage zieht sich durch dieses Buch. Ich möchte Frieden. Aber ich habe gelernt, dass Friedenswunsch keine Sicherheitsstrategie ersetzt. Ich möchte Diplomatie. Aber Diplomatie funktioniert nur, wenn die andere Seite ebenfalls Kosten eines Scheiterns spürt. Ich möchte keine Aufrüstungsspirale. Aber ich möchte ebenso wenig, dass Diktaturen daraus schließen, Demokratien seien zu müde, ihre Freiheit zu verteidigen. Das ist kein schöner Gedanke. Aber Politik ist nicht dazu da, schöne Gedanken zu produzieren.

Kapitel 21: Industrie - Wie ein starkes Land beginnt, an sich selbst zu zweifeln

Deutschland ist eine Industrienation. Dieser Satz klingt selbstverständlich, ist aber keine Garantie für die Zukunft. Unsere Industrie entstand über Generationen. Maschinenbau, Chemie, Automobilindustrie, Elektrotechnik, Stahl, Pharma, spezialisierte Zulieferer - ein dichtes Netzwerk aus Großkonzernen, Mittelständlern, Handwerk und Forschung. Dieses Modell machte Deutschland reich. Heute gerät es unter Druck. 2025 ging die Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt erneut zurück. Besonders energieintensive Industriezweige lagen deutlich unter dem Niveau von 2021. Unternehmensinsolvenzen stiegen 2025 auf gut 24.000 Fälle und damit auf den höchsten Stand seit mehr als einem Jahrzehnt. Nicht jede Insolvenz ist ein politisches Versagen. Unternehmen

scheitern. Geschäftsmodelle altern. Weltmärkte verändern sich. China ist nicht mehr nur Werkbank, sondern Konkurrent. Elektroautos verändern die Autoindustrie. Künstliche Intelligenz verändert Dienstleistungen und Produktion. Die USA locken Investitionen mit Energiepreisen und Förderprogrammen.

Aber Politik kann Bedingungen verschlechtern oder verbessern. Energiepreise, Steuern, Genehmigungsdauer, Infrastruktur, Fachkräfte, Rechtssicherheit - all das beeinflusst Investitionen. Mich ärgert, wenn Politiker Werksschließungen kommentieren, als seien sie Wetterereignisse. Ein Unternehmen kündigt Stellenabbau an. Die Regierung erklärt, man nehme die Sorgen ernst. Es folgen Gespräche, ein Runder Tisch und ein Strategiepapier. Was häufig fehlt, ist die Frage: Warum wird anderswo investiert und hier nicht? Deutschland kann nicht der billigste Standort der Welt sein. Das sollte auch nicht unser Ziel sein. Wir müssen besser sein: produktiver, innovativer, verlässlicher, schneller. Aber genau bei Geschwindigkeit versagen wir.

Ein Unternehmer kann mit hohen Löhnen leben, wenn die Produktivität stimmt. Er kann Umweltstandards akzeptieren, wenn Verfahren planbar sind. Er kann Steuern zahlen, wenn Infrastruktur funktioniert. Was Investoren abschreckt, ist Unberechenbarkeit.

Wenn ein Projekt acht Jahre auf eine Genehmigung wartet, ist der Zinssatz fast zweitrangig. Wenn sich Regeln während der Planung ändern, wird jeder Businessplan unsicher. Wenn Stromkosten dauerhaft höher sind als beim Konkurrenten, muss die Produktivität das ausgleichen. Ich habe kein Mitleid mit jedem Konzern. Management macht Fehler. Vorstände kassieren hohe Gehälter. Unternehmen nutzen Subventionen, wenn der Staat sie anbietet. Aber industrielle Wertschöpfung ist kein moralischer Verdacht. Wer gute Industriearbeitsplätze verliert, verliert nicht nur Löhne. Er verliert Steuereinnahmen, Ausbildungsplätze, Zulieferer, Forschung und regionale Stabilität. Man kann eine Fabrik nicht durch einen Förderbescheid ersetzen.

Kapitel 22: Bürgergeld, Grundsicherung und die Frage nach Fairness

Kaum ein Thema wird so emotional diskutiert wie die Grundsicherung. Vielleicht weil es direkt an das Gerechtigkeitsempfinden rührt. Ich sage es klar: Ein Mensch, der unverschuldet arbeitslos wird, krank ist, alleinerziehend in einer schwierigen Lage steckt oder aus anderen Gründen vorübergehend nicht für sich sorgen kann, braucht Hilfe. Dafür ist ein Sozialstaat da. Aber Hilfe und Dauerzustand sind nicht dasselbe. Das Bürgergeld, das 2023 Hartz IV ablöste, sollte stärker auf Vertrauen, Qualifizierung und Respekt setzen. 2026 wurde es politisch erneut umgebaut und wieder stärker als Grundsicherung für Arbeitsuchende bezeichnet. Allein diese Entwicklung zeigt, wie unruhig das Verhältnis zwischen Unterstützung und Verpflichtung geworden ist. 2025 und 2026 lag der Regelbedarf für alleinstehende Erwachsene bei 563 Euro im Monat,

zuzüglich angemessener Kosten für Unterkunft und Heizung. Wer nur diese Zahl betrachtet, kann sie je nach politischer Haltung als großzügig oder knapp darstellen.

Entscheidend ist der Vergleich mit Arbeit. Wenn ein Mensch jeden Morgen früh aufsteht, im unteren Lohnbereich arbeitet, Fahrtkosten trägt, Beiträge zahlt und am Monatsende nur wenig mehr zur Verfügung hat als jemand ohne Erwerbsarbeit, entsteht Frust. Dieser Frust ist politisch gefährlich. Die Antwort kann nicht darin bestehen, Bedürftige ärmer zu machen. Die Antwort muss lauten, Arbeit attraktiver zu machen. Höhere Nettoentlastung bei kleinen und mittleren Einkommen, bessere Kinderbetreuung, weniger Transferentzugsraten, bezahlbarer Wohnraum und klare Mitwirkungspflichten gehören zusammen. Was ich ablehne, ist die Vorstellung eines bedingungslosen Anspruchs auf eine umfassende staatliche Versorgung, wenn jemand gesund und arbeitsfähig ist und zumutbare Arbeit dauerhaft verweigert. Das hat nichts mit Menschenverachtung zu tun. Es ist eine Frage der Fairness

gegenüber denen, die das System finanzieren.

Gleichzeitig muss ich meiner eigenen Wut eine Grenze setzen. In der öffentlichen Debatte entsteht leicht das Bild, ein riesiger Teil der Leistungsbezieher verweigere grundsätzlich Arbeit. Dafür gibt es so pauschal keinen Beleg. In regionalen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit betreffen Sanktionen nur einen kleinen Teil der Leistungsberechtigten, und viele Sanktionen entstehen wegen Meldeversäumnissen, nicht wegen kompletter Arbeitsverweigerung. Das muss in einem ehrlichen Buch stehen. Aber daraus folgt nicht, dass Fehlanreize unwichtig sind. Ein System kann auch dann falsche Anreize setzen, wenn nur eine Minderheit sie ausnutzt. Politik muss Missbrauch begrenzen, ohne Millionen Menschen unter Generalverdacht zu stellen. Mein eigentlicher Vorwurf lautet ohnehin tiefer: Der Sozialstaat ist so kompliziert geworden, dass Bürger, Jobcenter und Gerichte enorme Energie in Verwaltung statt in Integration stecken.

Mietkosten, Mehrbedarfe, Anrechnung, Freibeträge, Sanktionen, Widersprüche,

Rückforderungen - jedes Detail hat Gründe. Zusammen entsteht ein System, das kaum jemand vollständig versteht. Und wieder landen Konflikte vor Gericht. Es ist dieselbe deutsche Krankheit: Wir ersetzen Vertrauen durch Regeln und wundern uns über Bürokratie.

Kapitel 23: Demografie - Die Rechnung, die niemand gewinnen kann

Deutschland wird älter. Dieser Satz ist seit Jahrzehnten bekannt. Trotzdem behandeln wir jede neue Renten- oder Pflegeprognose wie eine Überraschung. Ende 2025 lebten rund 83,5 Millionen Menschen in Deutschland. 31 Prozent waren mindestens sechzig Jahre alt. Die Zahl der Menschen zwischen zwanzig und neunundfünfzig ging zurück, während die geburtenstarken Jahrgänge weiter in den Ruhestand wechseln. 2025 kamen nur rund 654.000 Kinder zur Welt. Die Geburtenziffer lag bei 1,32 Kindern je Frau. Das bedeutet nicht, dass Deutschland automatisch schrumpfen muss. Zuwanderung kann Bevölkerungsrückgang ausgleichen. Aber sie löst nicht jedes Problem. Entscheidend sind Qualifikation, Erwerbsbeteiligung, Integration und Produktivität. Eine Gesellschaft kann älter werden und trotzdem wohlhabend bleiben. Aber sie muss sich anpassen.

Mehr ältere Menschen bedeuten höhere Ausgaben für Rente, Gesundheit und Pflege. Gleichzeitig verlassen mehr Beschäftigte den Arbeitsmarkt. Das ist Mathematik. Wenn weniger Erwerbstätige mehr Rentner finanzieren sollen, gibt es nur begrenzte Stellschrauben: höhere Beiträge, höhere Steuern, niedrigere Leistungen, höheres Rentenalter, mehr Zuwanderung, höhere Erwerbsquote oder höhere Produktivität. Politik versucht gern, jede dieser Stellschrauben einzeln zu vermeiden. Genau deshalb wird die Lösung teuer. Ich bin selbst fast siebzig. Es wäre bequem für mich zu sagen: Lasst meine Generation in Ruhe, wir haben eingezahlt. Und natürlich haben wir eingezahlt. Aber das Umlagesystem funktioniert nicht wie ein persönliches Sparkonto. Die Beiträge von heute finanzieren im Wesentlichen die Renten von heute.

Das muss meine Generation akzeptieren. Besitzstandswahrung ist auch dann Besitzstandswahrung, wenn sie die eigenen Interessen betrifft. Wer von jüngeren Menschen Veränderungsbereitschaft fordert, muss

selbst bereit sein, über Privilegien und Lasten zu sprechen. Das fällt mir nicht leicht. Aber Ehrlichkeit beginnt dort, wo sie weh tut.

Kapitel 24: Schule, Erziehung und die Angst vor Anforderungen

Wenn eine Gesellschaft ihre Zukunft sichern will, gibt es kaum etwas Wichtigeres als Bildung. Trotzdem führen wir Bildungsdebatten häufig wie Kulturkämpfe. Noten ja oder nein. Hausaufgaben. Ganztag. Digitalisierung. Inklusion. Rechtschreibung. Lehrermangel. Migration. Handys im Unterricht. Jede Frage wird schnell ideologisch. Meine einfache Erwartung an Schule lautet: Kinder sollen lesen, schreiben, rechnen, denken und lernen, mit anderen Menschen zusammenzuleben. Das klingt lächerlich bescheiden. Ist es aber nicht. Wer nicht gut lesen kann, hat in einer modernen Wissensgesellschaft ein Problem. Wer Grundrechenarten nicht beherrscht, wird im Alltag abhängig. Wer sich nicht konzentrieren kann, hat Schwierigkeiten in fast jedem Beruf. Ich habe den Eindruck, dass wir Anforderungen manchmal mit Ungerechtigkeit verwechseln.

Natürlich starten Kinder mit unterschiedlichen Voraussetzungen. Genau deshalb braucht es Förderung. Aber Förderung bedeutet nicht, Maßstäbe abzuschaffen. Ein Hochsprung wird nicht fairer, wenn man die Latte auf den Boden legt. Schule muss Kinder ermutigen und fordern. Fehler gehören dazu. Eine schlechte Note ist kein Urteil über den Wert eines Menschen. Sie ist eine Information: Hier reicht es noch nicht. Diese Haltung fehlt mir auch in der Gesellschaft insgesamt. Wir möchten niemandem das Gefühl geben, gescheitert zu sein. Das ist menschlich. Aber wer nie scheitern darf, lernt auch nicht, wieder aufzustehen. Ich wünsche meinen Enkeln eine Schule, die ihnen nicht erzählt, sie seien perfekt, sondern ihnen zeigt, was in ihnen steckt.

Dazu gehören Lehrer, die Autorität ausüben dürfen, ohne bei jeder Konsequenz einen Elternanwalt fürchten zu müssen. Dazu gehören Eltern, die Schule nicht als Dienstleister betrachten. Und dazu gehört ein Staat, der Schulen funktionsfähig ausstattet. Bildung ist der Bereich, in dem Deutschland am wenigsten

Besitzstandswahrung brauchen kann.
Kinder leben morgen.

Teil V - Der Staat, der sich selbst im Weg steht

Kapitel 25: Justiz - Wenn Recht zu langsam wird

Ich habe Respekt vor Richtern, Staatsanwälten, Rechtspflegern, Polizisten und allen, die in unserem Rechtsstaat arbeiten. Gerade deshalb macht mir der Zustand der Justiz Sorgen. Meine Kritik lautet nicht: Die Menschen dort seien unfähig. Meine Kritik lautet: Wir haben ein System geschaffen, das selbst fähige Menschen überfordert. Ende 2024 lagen bei den Staatsanwaltschaften in Deutschland rund 950.900 offene Ermittlungsverfahren. Das Statistische Bundesamt bezeichnete diesen Bestand als Höchststand der Zeitreihe seit 2014. Im selben Jahr gingen etwa 5,49 Millionen neue Ermittlungsverfahren ein, rund 5,46 Millionen wurden erledigt. Der Berg wurde trotzdem größer. Fast eine Million offene Verfahren sind kein abstraktes Problem. Hinter jedem Verfahren stehen Menschen: Beschuldigte, die möglicherweise lange auf Klarheit warten. Opfer, die Gerechtigkeit erwarten. Unternehmen, deren Verfahren

wirtschaftliche Folgen haben. Familien, Nachbarn, Behörden.

Recht, das zu spät kommt, verliert Wirkung. Ein Staat kann die schönsten Gesetze schreiben. Wenn ihre Durchsetzung Jahre dauert, schwindet Vertrauen. Warum ist die Justiz so belastet? Es gibt nicht die eine Ursache. Personalmangel spielt eine Rolle. Komplexere Gesetze spielen eine Rolle. Digitalisierung läuft vielerorts zu langsam. Organisierte Kriminalität, Cybercrime und umfangreiche Wirtschaftsstrafverfahren erfordern enorme Ressourcen. Gleichzeitig hat der Gesetzgeber immer neue Tatbestände und Verfahren geschaffen. Und wir Bürger klagen ebenfalls gern. Deutschland hat ein starkes Rechtsschutzsystem. Das ist grundsätzlich gut. Wer sich von einer Behörde ungerecht behandelt fühlt, soll vor Gericht ziehen können. Wer einen Vertrag verletzt sieht, soll klagen dürfen. Wer staatliche Entscheidungen für rechtswidrig hält, braucht eine unabhängige Justiz.

Aber ein Rechtssystem kann an seiner eigenen Dichte ersticken. Jeder neue Rechtsanspruch erzeugt potenziell neue

Streitigkeiten. Jede komplizierte Förderregel, jeder differenzierte Sozialleistungsbescheid, jedes umfangreiche Planungsrecht kann zum Gegenstand eines Verfahrens werden. Man kann Gerichte nicht einfach schneller machen, indem man ihnen sagt, sie sollen sich beeilen. Man muss das Recht einfacher machen. Dieser Satz ist fast revolutionär, weil Deutschland das Gegenteil liebt. Wir reagieren auf Ungerechtigkeit mit neuen Paragrafen. Dann reagieren wir auf die Nebenwirkungen dieser Paragrafen mit weiteren Ausnahmen. Anschließend brauchen wir Verwaltungsvorschriften, Kommentare und Rechtsprechung, um die Ausnahmen auszulegen. Am Ende braucht ein normaler Bürger einen Fachanwalt, um zu verstehen, was der Staat von ihm will.

Das kann nicht der Sinn des Rechtsstaats sein. Rechtssicherheit bedeutet nicht nur, dass es für alles eine Regel gibt. Rechtssicherheit bedeutet, dass Menschen Regeln verstehen und Verfahren in vernünftiger Zeit abgeschlossen werden. Wenn ein Bauprojekt nach zehn Jahren vor Gericht gestoppt wird, haben nicht nur

Investoren ein Problem. Dann hat der Staat ein Planungsproblem. Wenn Asylverfahren und anschließende Gerichtsverfahren jahrelang dauern, leiden sowohl Schutzsuchende als auch der Staat. Wenn Sozialgerichte mit hochkomplexen Leistungsfragen beschäftigt sind, weil Bescheide kaum verständlich sind, ist das nicht nur ein Justizproblem. Es ist ein Gesetzgebungsproblem. Ich möchte weniger Gesetze, die klarer sind. Mehr Personal dort, wo Verfahren wirklich nicht weiter beschleunigt werden können. Digitalisierung, die Akten nicht nur scannt, sondern Prozesse verändert. Und eine Politik, die vor jeder neuen Regel fragt: Wie viele neue Verfahren produzieren wir damit?

Manchmal habe ich den Eindruck, wir messen politische Aktivität an der Zahl neuer Gesetze. Vielleicht sollten wir einen Minister einmal dafür feiern, hundert Vorschriften abgeschafft zu haben.

Kapitel 26: Bürokratie - Die deutsche Kunst, aus einer guten Idee ein Formular zu machen

Bürokratie ist ein merkwürdiges Wesen. Niemand will sie, und trotzdem wächst sie. Kein Minister tritt an und sagt: Ich möchte Unternehmen mit zusätzlichen Formularen belasten. Kein Beamter wacht morgens mit dem Wunsch auf, Bürger drei Monate auf eine Genehmigung warten zu lassen. Und trotzdem entsteht am Ende genau dieses Ergebnis. Warum? Weil Bürokratie selten als Ganzes beschlossen wird. Sie wächst in Schichten. Eine neue Schutzpflicht hier. Eine Dokumentation dort. Ein zusätzliches Beteiligungsverfahren. Eine Datenschutzanforderung. Ein Nachweis für Fördermittel. Eine Berichtspflicht für Nachhaltigkeit. Eine neue europäische Vorgabe. Eine nationale Verschärfung. Ein Landesgesetz. Eine kommunale Satzung. Jede Schicht ist erklärbar. Zusammen

entsteht Beton. Ich habe nichts gegen Regeln. Eine moderne Industriegesellschaft braucht Regeln. Lebensmittelkontrolle, Arbeitsschutz, Bauvorschriften, Umweltrecht, Verbraucherschutz - all das verhindert reale Schäden.

Mein Problem beginnt dort, wo der Staat nicht mehr zwischen Risiko und Formalität unterscheidet. Ein Handwerksbetrieb mit zehn Mitarbeitern wird mit Anforderungen konfrontiert, die in ähnlicher Logik für einen Konzern gelten. Ein Verein braucht Datenschutzkonzepte. Ein kleiner Vermieter liest Energie- und Mietrecht. Ein Arzt dokumentiert immer mehr und behandelt dadurch weniger. Die Reaktion der Politik lautet häufig: Wir schaffen ein Entlastungsgesetz. Dann kommt ein neues Gesetz. Das ist deutscher Humor. Bürokratie hat außerdem eine politische Funktion: Sie verteilt Verantwortung. Wenn fünf Stellen zustimmen müssen, ist niemand allein schuld, wenn etwas schiefgeht. Für einen Staat ist das verführerisch. Für den Bürger ist es tödlich. Ein Unternehmer möchte wissen: Darf ich bauen oder nicht? Die

Verwaltung antwortet: Es kommt darauf an.

Ein Investor möchte wissen: Wann bekomme ich eine Genehmigung? Antwort: Das Verfahren hängt von Stellungnahmen ab. Ein Bürger möchte wissen: Welche Leistung steht mir zu? Antwort: Bitte füllen Sie zunächst diese Unterlagen aus. Irgendwann verliert ein Land Geschwindigkeit. Geschwindigkeit ist heute ein Wettbewerbsvorteil. Digitale Unternehmen können Produkte weltweit ausrollen. Fabriken entstehen in anderen Ländern in Zeiträumen, in denen Deutschland noch Gutachten abstimmt. Wir werden unseren Wohlstand nicht halten, wenn wir Entscheidungen mit der Geschwindigkeit der neunziger Jahre treffen und in einer Welt konkurrieren, die sich in Monaten verändert. Ich fordere nicht, Umwelt- oder Sicherheitsstandards abzuschaffen. Ich fordere Fristen, klare Zuständigkeiten und Entscheidungen. Auch eine Ablehnung kann besser sein als jahrelange Unsicherheit.

Das ist etwas, was Bürokratien ungern hören: Nicht jedes Risiko lässt sich auf null

reduzieren. Wer null Risiko will, bekommt null Veränderung.

Kapitel 27: Berufsdemonstranten - Mein Ärger über die permanente Empörung

Dieses Kapitel wird manchen ärgern. Das ist in Ordnung. Ich habe demonstriert. Ich habe für Frieden auf der Straße gestanden. Deshalb lasse ich mir nicht erzählen, ich hätte grundsätzlich etwas gegen Protest. Demonstrationen gehören zur Demokratie. Was mich stört, ist etwas anderes: die Entstehung einer politischen Szene, in der Demonstrieren nicht mehr die Ausnahme für eine konkrete Sache ist, sondern Teil einer dauerhaften Identität wird. Ich nenne das zugespitzt „Berufsdemonstranten“. Damit behaupte ich nicht, es gebe eine amtlich definierte Berufsgruppe, die morgens ihre Protestweste anzieht, von Demo zu Demo fährt und kollektiv Bürgergeld kassiert. Dafür gibt es keine belastbare Statistik. Wer es als pauschale Tatsache behauptet,

liefert seinen Gegnern eine leichte Angriffsfläche.

Aber ich beschreibe eine Beobachtung und ein Gefühl, das viele Menschen teilen: Es gibt Aktivisten, die bei fast jedem gesellschaftlichen Konflikt auftauchen, ihre politische Existenz aus Mobilisierung ziehen und für die der Protest selbst zum Lebensinhalt geworden ist. Dagegen wäre noch nichts einzuwenden, wenn der Protest konstruktiv bliebe. Mein Ärger beginnt dort, wo Störung als Erfolg gilt. Eine Straße blockiert? Erfolg. Eine Veranstaltung verhindert? Erfolg. Ein Politiker niedergebrüllt? Erfolg. Ein Unternehmen öffentlich unter maximalen moralischen Druck gesetzt? Erfolg. Was wurde aufgebaut? Welche Lösung funktioniert morgen? Wer trägt die Kosten? Diese Fragen kommen oft später. Ich kenne die Gegenposition: Ohne störenden Protest hätte es viele gesellschaftliche Fortschritte nicht gegeben. Frauenwahlrecht, Arbeiterrechte, Bürgerrechtsbewegungen, Friedensbewegung und Umweltbewegung waren nicht immer bequem. Das stimmt.

Protest soll unbequem sein dürfen. Aber unbequem ist nicht dasselbe wie verantwortungslos. Wenn Rettungswege blockiert werden, Infrastruktur beschädigt wird oder andere Menschen systematisch an ihrem Alltag gehindert werden, endet mein Verständnis. Freiheit der Demonstration beinhaltet nicht das Recht, jede andere Freiheit beliebig außer Kraft zu setzen. Und dann ist da die soziale Frage. Mich stört der Gedanke, dass Menschen, die selbst keine Verantwortung für wirtschaftliche Wertschöpfung tragen, anderen permanent vorschreiben wollen, wie sie arbeiten, fahren, heizen oder produzieren sollen. Das klingt hart. Natürlich darf jeder Bürger unabhängig von seinem Beruf politische Forderungen stellen. Demokratie kennt keinen Einkommensnachweis für Meinungsfreiheit. Aber Glaubwürdigkeit hat für mich etwas mit Verantwortung zu tun.

Wer den Kohlearbeiter auffordert, seinen Arbeitsplatz aufzugeben, sollte eine Idee haben, wovon dessen Familie lebt. Wer eine Straße blockiert, sollte verstehen, dass dort vielleicht eine Pflegekraft nach

einer Nachtschicht sitzt. Wer ein Unternehmen zum Feind erklärt, sollte wissen, wer Löhne, Steuern und Sozialbeiträge finanziert. Ich möchte eine Protestkultur, die Probleme sichtbar macht und Lösungen mitdenkt. Nicht permanente Empörung als Lebensmodell.

Kapitel 28: BUND und Umweltverbände - Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Ich weiß, dass dieses Kapitel Widerspruch provozieren wird. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und andere Umweltverbände haben wichtige Arbeit geleistet. Ohne Umweltbewegung wären viele Natur- und Artenschutzfragen politisch später oder schwächer behandelt worden. Anerkannte Umweltverbände besitzen Klagerechte, weil Umweltrecht sonst häufig nur auf dem Papier stünde. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist mein Ärger darüber, dass wirtschaftlich und infrastrukturell wichtige Projekte in Deutschland oft über Jahre durch Einwendungen, Klagen und komplexe Umweltprüfungen verzögert werden. Ich sehe den BUND deshalb mit in der Verantwortung für ein Klima, in dem Verhindern leichter geworden ist als

Machen. Aber wenn ich das schreibe, muss ich die Fakten danebenlegen.

Das Umweltbundesamt hat Umweltverbandsklagen untersucht. Für die Jahre 2021 bis 2023 lag die Erfolgsquote nach seinen Angaben bei ungefähr 51 Prozent. Das heißt: Rund jede zweite dieser Klagen war ganz oder teilweise erfolgreich. Das ist wichtig. Es bedeutet, dass man Umweltverbände nicht seriös als bloße Klageindustrie darstellen kann, die regelmäßig ohne rechtliche Grundlage Projekte blockiert. Wenn ein Gericht einer Klage stattgibt, war die angegriffene Entscheidung zumindest in einem relevanten Punkt rechtlich fehlerhaft. Meine Kritik verschiebt sich dadurch. Das eigentliche Problem ist ein System, in dem Planungen so komplex und fehleranfällig geworden sind, dass Großprojekte jahrelang juristisch verwundbar bleiben. Wenn Behörden immer wieder Fehler machen, muss man die Verfahren verbessern.

Wenn Umweltrecht so komplex ist, dass ein Projekt nach Jahren wegen formaler oder materieller Mängel scheitert, müssen Gesetzgeber und Verwaltung

Verantwortung übernehmen. Auch die Finanzierung von Umweltverbänden gehört zur Debatte. Der BUND finanziert sich zu erheblichen Teilen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Gleichzeitig erhält er für bestimmte Projekte öffentliche Zuschüsse. Im Lobbyregister des Deutschen Bundestages sind für 2024 und 2025 verschiedene Zuwendungen von Bundesbehörden ausgewiesen. Eine Bundestagsantwort dokumentierte ebenfalls mehrjährige Haushaltsmittel für Projekte. Ich finde es politisch legitim, darüber zu diskutieren, ob und in welchem Umfang der Staat Organisationen finanziert, die denselben Staat oder staatlich genehmigte Projekte anschließend gerichtlich herausfordern. Das ist für mich ein Interessenkonflikt, zumindest politisch.

Juristisch ist die Lage anders: Projektförderung für Naturschutz bedeutet nicht automatisch, dass der Staat eine konkrete Klage bezahlt. Diese Unterscheidung muss sauber bleiben. Trotzdem stelle ich die Frage: Wie viel staatlich geförderte Gegenmacht soll der Staat organisieren? Eine Demokratie

braucht Zivilgesellschaft. Aber Zivilgesellschaft darf ebenfalls kritisiert werden. NGO ist kein moralischer Adelstitel. Verbände verfolgen Interessen. Das ist legitim. Unternehmen tun es, Gewerkschaften tun es, Umweltverbände tun es. Entscheidend ist Transparenz. Ich will wissen, wer finanziert, wer entscheidet, wer klagt und welche Folgen entstehen. Und ich möchte, dass Deutschland endlich lernt, Interessen abzuwägen, ohne jedes Großprojekt in eine zehnjährige juristische Reise zu schicken. Naturschutz und wirtschaftliche Entwicklung sind kein Nullsummenspiel. Aber wenn jede Seite maximalistische Rechte beansprucht, verlieren am Ende beide.

Kapitel 29: Medien - Zwischen Kontrolle der Macht und Verstärkung der Erregung

Eine Demokratie braucht freie Medien. Das ist nicht verhandelbar. Journalisten decken Missstände auf, kontrollieren Regierungen, erklären komplexe Themen und geben unterschiedlichen Stimmen Raum. Ohne freie Presse wäre dieses Buch selbst Ausdruck einer Freiheit, die es nicht gäbe. Trotzdem habe ich Vertrauen verloren. Nicht in „die Medien“ als verschwörerischen Block. Diese Vorstellung halte ich für Unsinn. Redaktionen konkurrieren, Journalisten haben unterschiedliche Meinungen, öffentlich-rechtliche und private Medien arbeiten anders. Mein Misstrauen richtet sich gegen Mechanismen. Aufmerksamkeit ist die Währung moderner Medien. Online wird gemessen, was geklickt wird. Empörung klickt gut. Angst klickt gut. Konflikt klickt gut. So entstehen

Überschriften, die stärker formuliert sind als der Inhalt. Aus einer umstrittenen Äußerung wird ein „Eklat“. Aus einer Umfrage wird ein „Absturz“. Aus einer internen Debatte wird eine „Rebellion“.

Politik passt sich daran an. Ein Politiker weiß, dass ein Satz aus einer Stunde Interview herausgeschnitten werden kann. Also spricht er vorsichtiger. Je vorsichtiger er spricht, desto künstlicher wirkt er. Dann beschweren wir uns über Politikersprech. Auch Medien bewegen sich in Milieus. Journalisten leben überwiegend in Städten, haben bestimmte Bildungsbiografien und gesellschaftliche Erfahrungen. Das muss keine bewusste Parteilichkeit erzeugen. Es kann aber beeinflussen, welche Themen selbstverständlich erscheinen und welche Fragen als verdächtig gelten. Genau deshalb ist Vielfalt wichtig. Ich möchte öffentlich-rechtliche Medien, die nicht erziehen, sondern informieren. Ich möchte private Medien, die unterscheiden zwischen Nachricht und Kommentar. Und ich möchte Leser, die bereit sind, mehr als die Überschrift zu lesen.

Auch wir Bürger tragen Verantwortung. Wir klicken den Skandal und beschweren

uns anschließend über Skandaljournalismus. Wir teilen den empörenden Satz und beklagen Polarisierung. Wir wollen schnelle Nachrichten und erwarten perfekte Einordnung. Medien spiegeln eine Gesellschaft, die aufgeregter geworden ist.

Kapitel 30: Patriotismus - Warum ich mich nicht in eine rechte Ecke stellen lasse

—

Ich liebe Deutschland. Ich schreibe diesen Satz bewusst allein in eine Zeile. Weil ich möchte, dass er stehen darf. Ich liebe dieses Land nicht, weil ich glaube, Deutsche seien bessere Menschen. Ich liebe es, weil es mein Zuhause ist. Weil meine Erinnerungen hier liegen. Weil meine Familie hier lebt. Weil ich seine Sprache spreche, seine Landschaften kenne, seine Geschichte mit all ihren Abgründen und Erfolgen als Teil meiner politischen Identität empfinde. Patriotismus bedeutet für mich Verantwortung, nicht Überlegenheit. Wer sein Haus liebt, darf sagen, dass das Dach kaputt ist. Wer sein Land liebt, darf seine Regierung kritisieren. Im Gegenteil: Gleichgültigkeit wäre das Gegenteil von Patriotismus.

Trotzdem erlebe ich eine Atmosphäre, in der der Satz „Ich bin stolz, Deutscher zu

sein“ schnell Misstrauen erzeugt. Natürlich hat das historische Gründe. Nationalismus führte Deutschland in die Katastrophe. Symbole wurden missbraucht. Rechtsextreme versuchen bis heute, nationale Identität für Ausgrenzung zu besetzen. Aber gerade deshalb dürfen Demokraten das Feld nicht räumen. Wenn nur Extremisten unbefangen eine Deutschlandfahne tragen, haben wir etwas falsch gemacht. Ich möchte einen Patriotismus, der Willy Brandts Kniefall und die deutsche Einheit gleichermaßen einschließt. Einen Patriotismus, der Auschwitz nicht relativiert und trotzdem stolz auf das Grundgesetz ist. Einen Patriotismus, der Einwanderer nicht fragt, ob ihre Großeltern schon hier lebten, sondern ob sie dieses Land als gemeinsame politische Heimat annehmen.

Einen Patriotismus, der Pflichten kennt. Dazu gehört, Gesetze zu respektieren. Steuern zu zahlen. Andere Meinungen auszuhalten. Im Zweifel Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen. Deutschland ist nicht nur ein Verwaltungsraum mit Sozialversicherungsnummer. Eine

Gesellschaft braucht gemeinsame Geschichten und Symbole. Die deutsche Einheit ist eine solche Geschichte. Das Grundgesetz ist eine. Der Wiederaufbau ist eine. Die europäische Einigung ist eine. Auch die Aufnahme von Menschen, die hier ein neues Leben aufgebaut haben, gehört dazu. Wenn wir diese Geschichten nicht erzählen, bleibt Identität anderen überlassen. Ich weigere mich, zwischen Erinnerungskultur und Vaterlandsliebe wählen zu müssen. Ich will beides.

Teil VI - Was der Alltag über den Zustand des Landes verrät

Kapitel 31: Rente - Ein Versprechen, das sich nicht von allein finanziert

Kaum ein Thema zeigt den deutschen Hang zur Besitzstandswahrung so deutlich wie die Rente. Das ist verständlich. Wer vierzig oder fünfundvierzig Jahre gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, betrachtet seine Rente nicht als Geschenk des Staates, sondern als verdienten Anspruch. So empfinde ich es selbst. Und trotzdem müssen wir ehrlich über die Konstruktion sprechen. Die gesetzliche Rente ist im Wesentlichen ein Umlagesystem. Die heutigen Beiträge finanzieren die heutigen Renten. Es gibt keinen großen persönlichen Tresor, in dem meine jahrzehntelangen Beiträge mit meinem Namen darauf liegen. Das bedeutet: Das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern ist entscheidend. Genau dieses Verhältnis verändert sich. Die geburtenstarken Jahrgänge verlassen den Arbeitsmarkt. Nachrückende Jahrgänge sind kleiner.

Zuwanderung kann die Lücke teilweise schließen, aber nur, wenn Menschen schnell in qualifizierte Beschäftigung kommen und genügend Beiträge zahlen. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung langfristig.

Das sind Erfolge. Niemand sollte sich wünschen, Menschen mögen früher sterben, damit das Rentensystem einfacher wird. Aber längeres Leben kostet in einem umlagefinanzierten System Geld. Die politische Versuchung ist groß, diese Wahrheit hinter Haltelinien, Zuschüssen und Sonderregeln zu verstecken. Der Bund überweist jedes Jahr hohe Milliardenbeträge in die Rentenversicherung. Damit werden nicht nur versicherungsfremde Leistungen ausgeglichen, sondern auch Beitragssätze und Rentenniveau stabilisiert. Am Ende zahlt dieselbe Gesellschaft. Ob über Beitrag oder Steuer, das Geld kommt von Bürgern und Unternehmen. Deshalb halte ich die immer gleiche Debatte „Rente kürzen oder nicht“ für zu klein. Wir müssen über Lebensarbeitszeit, flexible Übergänge, Zuwanderung, Produktivität und private Vorsorge reden.

Es kann sinnvoll sein, Menschen in körperlich schweren Berufen früher aussteigen zu lassen. Gleichzeitig gibt es Akademiker und Angestellte, die mit siebzig noch arbeiten könnten und vielleicht sogar wollen. Warum behandeln wir alle gleich? Warum ist Hinzuverdienst im Alter nicht maximal unkompliziert und attraktiv? Warum schaffen wir so viele Anreize, den Arbeitsmarkt früh zu verlassen, obwohl überall Fachkräfte fehlen? Besitzstandswahrung bedeutet auch, dass jede Reform sofort als Angriff auf Lebensleistung dargestellt wird. Aber die größte Gefahr für Lebensleistung ist ein System, das langfristig nicht finanzierbar ist. Eine ehrliche Rentenpolitik würde meiner Generation sagen: Ja, eure Leistungen werden anerkannt. Aber auch ihr könnt nicht verlangen, dass jede demografische Veränderung ausschließlich von euren Kindern und Enkeln bezahlt wird.

Das ist unangenehm. Genau deshalb ist es notwendig.

Kapitel 32: Pflege - Die Arbeit, die Millionen Familien unsichtbar leisten

Pflege ist eine der Themenwelten, in denen Sonntagsreden und Alltag besonders weit auseinanderliegen. Politiker bedanken sich gern bei Pflegekräften. Angehörige werden als „Stütze der Gesellschaft“ gelobt. Pflegeeinrichtungen sollen hohe Qualitätsstandards erfüllen. Alles richtig. Aber wer einmal Pflege organisiert hat, weiß, wie kompliziert das System ist. Pflegegrad beantragen. Gutachten. Widerspruch. Pflegedienst suchen. Termine koordinieren. Medikamente. Arztbesuche. Hilfsmittel. Wohnraumanpassung. Kurzzeitpflege. Verhinderungspflege. Rechnungen. Formulare. Deutschland hatte Ende 2023 rund 5,7 Millionen Pflegebedürftige. 86 Prozent wurden zu Hause versorgt. Millionen Angehörige tragen damit einen erheblichen Teil der Pflegeleistung. Diese

Menschen erscheinen selten in politischen Debatten. Sie stehen morgens auf, gehen vielleicht zur Arbeit, kaufen für die Eltern ein, helfen beim Waschen, koordinieren Medikamente und verbringen Abende mit Papierkram.

Wenn ich von Leistungsgesellschaft spreche, meine ich auch sie. Pflege zeigt zugleich die demografische Herausforderung in ihrer härtesten Form. Mehr alte Menschen benötigen mehr Personal. Gleichzeitig gehen Pflegekräfte selbst in Rente. Ausländische Arbeitskräfte sind längst unverzichtbar. Wer Migration grundsätzlich ablehnt, muss erklären, woher künftig Pflegekräfte kommen sollen. Wer Migration fordert, muss erklären, wie Sprache, Qualifikation, Wohnraum und Integration organisiert werden. Wieder gibt es keine einfache Parole. Ich wünsche mir weniger Formulare und mehr Zeit am Menschen. Digitale Dokumentation sollte Pflege erleichtern, nicht verdoppeln. Qualitätskontrolle ist notwendig, aber sie darf nicht dazu führen, dass eine Pflegekraft mehr Zeit am Bildschirm als am Bett verbringt. Und wir müssen darüber reden, was Pflege kosten darf.

Eine Gesellschaft, die immer höhere Standards fordert, muss bereit sein, sie zu bezahlen. Man kann nicht Pflegekräfte besser bezahlen, mehr Personal vorhalten, Gebäude modernisieren und gleichzeitig Beiträge sowie Eigenanteile einfrieren. Auch hier gilt: Wünsche brauchen Finanzierung.

Kapitel 33: Gesundheit - Spitzenmedizin und Wartezimmerrealität

Deutschland besitzt ein leistungsfähiges Gesundheitssystem. Wer ernsthaft krank wird, kann auf hochqualifizierte Medizin, spezialisierte Kliniken und moderne Therapien zugreifen. Das sollte in jeder Kritik gesagt werden. Gleichzeitig erleben viele Bürger einen Alltag aus überfüllten Praxen, langen Wartezeiten und komplizierter Terminorganisation. Wie passt das zusammen? Wir geben viel Geld aus und haben trotzdem Engpässe. Das liegt unter anderem an einer alternden Bevölkerung, medizinischem Fortschritt, Personalmangel und Fehlsteuerungen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung. Jeder Sektor verteidigt eigene Strukturen. Krankenhäuser kämpfen ums Überleben, gleichzeitig werden manche Leistungen stationär erbracht, die ambulant günstiger wären. Hausärzte fehlen in ländlichen Regionen. Notaufnahmen werden von Menschen

genutzt, die keine echte Notfallversorgung benötigen, weil andere Zugänge fehlen oder zu langsam sind.

Das System reagiert mit Reformen. Und jede Reform erzeugt neue Bürokratie. Ich möchte keine amerikanischen Verhältnisse, in denen medizinische Versorgung zu stark vom Geldbeutel abhängt. Solidarische Krankenversicherung ist eine Errungenschaft. Aber Solidarität bedeutet nicht, dass Ressourcen unbegrenzt sind. Auch Medizin braucht Prioritäten, Effizienz und Verantwortung. Wenn jemand wegen jeder Kleinigkeit in eine Notaufnahme fährt, trägt er zur Überlastung bei. Wenn Ärzte aus Angst vor Haftung überdiagnostizieren, steigen Kosten. Wenn Krankenhäuser Leistungen aus finanziellen Gründen anbieten, die medizinisch nicht optimal organisiert sind, läuft etwas falsch. Wir müssen Gesundheit wieder stärker als gemeinsame Verantwortung begreifen. Der Staat kann nicht jede gesundheitliche Folge von Lebensstil verhindern. Gleichzeitig darf er Menschen nicht moralisch abwerten, weil sie krank sind.

Auch hier liegt die vernünftige Position zwischen den Lagern.

Kapitel 34: Wohnen und Bauen - Alle wollen Wohnungen, kaum jemand will Baustellen

Deutschland braucht Wohnungen. Darüber herrscht bemerkenswerte Einigkeit. Sobald konkret gebaut werden soll, endet die Einigkeit. Dann geht es um Höhe, Dichte, Verkehr, Bäume, Schatten, Parkplätze, Artenschutz, Lärm, Baustellen, Denkmalschutz und Nachbarschaft. Jeder Einwand kann berechtigt sein. In der Summe entsteht Stillstand. Das ist Besitzstandswahrung in Reinform: Wir möchten, dass sich die Stadt verändert - aber bitte nicht vor unserem Fenster. Bauen ist teuer geworden. Grundstücke, Zinsen, Material, Löhne und energetische Anforderungen spielen zusammen. Hinzu kommen lange Verfahren. Ein privater Bauherr oder Projektentwickler kalkuliert Zeit als Geld. Jeder Monat Verzögerung kostet Zinsen. Jede zusätzliche Anforderung erhöht die Kosten. Am Ende

wundern wir uns über Mieten. Politik reagiert mit Mietregulierung, Förderung und neuen Programmen.

Ich frage mich: Warum beginnen wir nicht radikaler bei den Baukosten? Einfachere Standards. Typengenehmigungen. Schnellere Verfahren. Weniger Stellplatzpflichten, wo sie nicht gebraucht werden. Klare Fristen. Mehr Bauland. Natürlich müssen Gebäude sicher sein. Aber muss jede Wohnung ein technisches Gesamtkunstwerk sein? Meine Generation lebte in Wohnungen, die nach heutigen Standards teilweise als unzumutbar gelten würden. Ich möchte nicht dorthin zurück. Aber vielleicht haben wir bei manchen Anforderungen den Punkt überschritten, an dem zusätzliche Qualität noch bezahlbar ist. Wenn ein Standard dazu führt, dass überhaupt nicht gebaut wird, schützt er den zukünftigen Mieter nicht. Er verhindert seine Wohnung.

Kapitel 35: Brücken, Bahn und Straßen - Infrastruktur kann man nicht gendern, sie muss funktionieren

Deutschland redet gern über große Zukunftsthemen. Künstliche Intelligenz, klimaneutrale Industrie, digitale Verwaltung. Dann fährt man über eine Brücke mit Tempolimit, weil der Beton ermüdet ist. Oder man steht am Bahnhof, weil ein Signal gestört ist. Infrastruktur ist unsexy. Genau deshalb wurde sie zu lange vernachlässigt. Eine neue Brücke gewinnt keine Wahl wie eine neue Sozialleistung. Der Nutzen verteilt sich über Jahrzehnte. Die Baustelle dagegen nervt sofort. Politik liebt kurzfristige Belohnungen. Infrastruktur verlangt langfristige Disziplin. Bei der Bahn zeigt sich das besonders. Jahrzehntelang wurde über Verkehrswende gesprochen, während Strecken, Stellwerke und Knoten an

Grenzen kamen. Wer Menschen vom Auto in den Zug bringen will, braucht keine moralischen Appelle, sondern Züge, die fahren.

Ich benutze bewusst eine zugespitzte Formulierung: Infrastruktur kann man nicht gendern, sie muss funktionieren. Damit meine ich nicht, dass Sprache unwichtig wäre oder Gleichberechtigung lächerlich sei. Ich meine, dass ein Staat Prioritäten verwechseln kann. Wenn ein Bahnhof barrierefrei umgebaut wird, ist das konkrete Inklusion. Wenn eine Bahnstrecke zuverlässiger wird, profitieren alle. Wenn eine Brücke ersetzt wird, ist das gesellschaftliche Teilhabe in Beton. Daran sollte staatliche Leistungsfähigkeit gemessen werden. Nicht an der Zahl seiner Leitfäden.

Kapitel 36: Digitalisierung - Warum ein Faxgerät zum politischen Symbol wurde

—

Deutschland ist ein Hightech-Land mit Behörden, die lange Zeit Faxgeräte als unverzichtbare Infrastruktur behandelten. Das ist lustig, solange man nicht auf eine Genehmigung wartet. Digitalisierung wurde in Deutschland jahrelang angekündigt. E-Government, digitale Identität, Onlinezugangsgesetz, elektronische Akte - die Begriffe wechselten, die Erfahrung vieler Bürger blieb ähnlich: PDF herunterladen, ausdrucken, unterschreiben, einscannen oder per Post schicken. Das ist keine Digitalisierung. Das ist digitalisiertes Papier. Ein echter digitaler Staat denkt Prozesse neu. Daten, die eine Behörde bereits besitzt, sollten nicht zehnmal abgefragt werden. Bürger sollten nicht selbst Boten zwischen Ämtern spielen. Register müssten miteinander

kommunizieren, natürlich unter klaren Datenschutzregeln. Deutschland hat Datenschutz teilweise wie Datennichtnutzung behandelt. Datenschutz ist wichtig. Gesundheitsdaten, Steuerdaten und persönliche Informationen müssen geschützt werden. Aber ein System, das aus Angst vor Missbrauch sinnvolle Nutzung verhindert, produziert andere Schäden.

Estland wird oft als digitales Vorbild genannt. Natürlich ist ein kleiner Staat nicht eins zu eins mit Deutschland vergleichbar. Aber die Grundhaltung unterscheidet sich: digital first statt Papier first. Unser Föderalismus erschwert zusätzlich Standardisierung. Bund, Länder und Kommunen entwickeln Systeme, Schnittstellen und Zuständigkeiten. Wieder schützt jeder seinen Bereich. Besitzstandswahrung in Softwareform.

Kapitel 37: Föderalismus - Wenn jeder zuständig und niemand verantwortlich ist

—

Der deutsche Föderalismus hat historische Gründe. Nach der nationalsozialistischen Zentraldiktatur sollte Macht verteilt werden. Länder besitzen eigene Kompetenzen, der Bundesrat kontrolliert Bundesgesetzgebung, regionale Besonderheiten können berücksichtigt werden. Das ist demokratisch wertvoll. Aber Föderalismus kann zur Verantwortungsmaschine werden. In der Pandemie sah man sechzehn verschiedene Regelwerke. In der Bildung konkurrieren sechzehn Systeme. Bei Digitalisierung entstehen unterschiedliche Lösungen. Bei Planungsverfahren mischen mehrere Ebenen mit. Wenn etwas gut läuft, erklärt jede Ebene ihren Anteil. Wenn es schlecht läuft, war jemand anderes zuständig. Ich will den Föderalismus nicht abschaffen.

Aber ich möchte klare Verantwortung. Wer entscheidet, muss sich messen lassen. Bildung könnte bundesweit stärker vergleichbare Standards haben. Digitale Infrastruktur braucht gemeinsame Schnittstellen. Große Verkehrsprojekte dürfen nicht an Zuständigkeitsgrenzen zerschellen.

Föderalismus sollte Wettbewerb um die beste Lösung erzeugen, nicht sechzehn Versionen desselben Problems.

Kapitel 38: Steuern und Abgaben - Der Staat kennt jede Einnahmequelle, aber nicht jede Ausgabegrenze

Deutschland ist kein Niedrigsteuerland. Arbeitnehmer sehen jeden Monat, was vom Bruttolohn übrig bleibt. Unternehmen kalkulieren nicht nur Löhne, sondern Sozialbeiträge, Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer, Energieabgaben und administrative Kosten. Steuern sind notwendig. Ein moderner Staat kostet Geld. Ich möchte Polizei, Gerichte, Schulen, Straßen, soziale Sicherung und Verteidigung. All das muss finanziert werden. Aber die Höhe von Steuern verändert Verhalten. Wenn zusätzliche Arbeit netto kaum spürbar ist, sinkt der Anreiz. Wenn ein Unternehmer einen großen Teil des zusätzlichen Gewinns abgibt und gleichzeitig das volle Risiko trägt, überlegt er genauer, ob sich

Investition lohnt. Das ist keine moralische Bewertung. Es ist menschliches Verhalten. Deutschland diskutiert Umverteilung oft isoliert von Leistungsanreizen.

Wer viel verdient, kann mehr beitragen. Das finde ich richtig. Aber ein Steuersystem sollte Erfolg nicht wie einen Verdachtsfall behandeln. Es sollte außerdem einfach sein. Unser Steuerrecht ist so komplex, dass eine ganze Branche davon lebt, es zu erklären. Das ist Arbeitsbeschaffung, aber keine Produktivität. Vereinfachung würde zwangsläufig Sonderregeln streichen. Genau daran scheitert sie. Jede Ausnahme hat eine Interessengruppe. Jede Interessengruppe ist Besitzstandswahrer.

Kapitel 39: Mittelstand und Handwerk - Die Leute, die nicht jeden Abend in der Talkshow sitzen

Deutschland spricht gern von seinem Mittelstand. Politiker besuchen Betriebe, ziehen Sicherheitswesten an, lassen sich vor Maschinen fotografieren und erklären anschließend, wie wichtig kleine und mittlere Unternehmen sind. Dann schicken sie ihnen neue Formulare. Der deutsche Mittelstand ist besonders, weil viele Unternehmen langfristig denken. Familienbetriebe investieren nicht nur für das nächste Quartal. Sie bilden aus, sind in Regionen verwurzelt und tragen soziale Verantwortung. Handwerker wiederum halten den Alltag am Laufen. Elektriker, Installateure, Dachdecker, Bäcker, Metzger, Kfz-Meister, Bauunternehmen. Ohne sie funktioniert keine Energiewende. Man kann hunderttausend Wärmepumpen

fördern. Irgendjemand muss sie einbauen. Man kann Glasfaserausbau beschließen. Irgendjemand muss Straßen öffnen, Kabel legen und Anschlüsse montieren. Man kann Wohnungen planen. Irgendjemand muss sie bauen.

Trotzdem wurde berufliche Bildung lange gesellschaftlich gegenüber dem Studium abgewertet. Gymnasium und Universität galten als Königsweg. Das war ein Fehler. Ein guter Handwerker kann für eine Gesellschaft wertvoller sein als ein mittelmäßiger Akademiker. Bildung ist nicht die Zahl von Zertifikaten. Bildung ist Fähigkeit.

Kapitel 40: Teilzeit, Freizeit und die Frage, wer die Rechnung bezahlt

Ich gönne jedem Menschen Freizeit. Ich habe selbst nicht gearbeitet, damit Arbeit zum einzigen Sinn des Lebens wird. Aber eine Gesellschaft muss ehrlich über Arbeitsvolumen reden. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist seit 1991 stark gestiegen. Gründe sind vielfältig: Kinderbetreuung, Pflege, Gesundheit, persönliche Lebensplanung und Arbeitsmarktstrukturen. Viele Menschen würden sogar gern mehr arbeiten, finden aber keine passende Betreuung oder verlieren durch Steuern und Transferentzug einen großen Teil des zusätzlichen Einkommens. Deshalb wäre es falsch, Teilzeit pauschal als Faulheit zu beschimpfen. Aber genauso falsch wäre es, den gesamtwirtschaftlichen Effekt zu ignorieren. Wenn wir mehr Lehrer, Pflegekräfte, Ärzte, Ingenieure, Handwerker und Soldaten benötigen,

spielt es eine Rolle, wie viele Stunden Menschen arbeiten.

Deutschland diskutiert gleichzeitig Vier-Tage-Woche und Fachkräftemangel. Beides kann in einzelnen Unternehmen zusammenpassen, wenn Produktivität steigt. Aber volkswirtschaftlich lässt sich weniger Arbeitszeit nicht vollständig durch Wünsche kompensieren. Der Satz „Ich möchte weniger arbeiten“ ist individuell legitim. Der Satz „Der Staat soll trotzdem alle bisherigen und zusätzlichen Leistungen garantieren“ erzeugt eine Rechnung. Auch hier brauche ich keinen moralischen Zeigefinger. Ich brauche Ehrlichkeit.

Teil VII - Gesellschaft im Wandel

Kapitel 41: Integration - Rechte, Pflichten und die Frage, was uns verbindet

Deutschland ist heute vielfältiger als das Land meiner Jugend. Das ist eine Tatsache, keine politische Position. Menschen mit Familiengeschichten aus Italien, der Türkei, Polen, Griechenland, Vietnam, Syrien, der Ukraine und vielen anderen Ländern gehören selbstverständlich zu unserem Alltag. Sie sind Nachbarn, Kollegen, Ärzte, Unternehmer, Lehrer, Handwerker, Soldaten und Eltern. Die Frage ist deshalb nicht, ob Deutschland vielfältig ist. Die Frage ist, wie aus Vielfalt Zusammenhalt entsteht. Ich glaube nicht an ein Land, in dem jeder nur in seiner kulturellen Blase lebt und der Staat lediglich dafür sorgt, dass sich niemand gegenseitig stört. Eine Gesellschaft braucht mehr als Koexistenz. Sie braucht eine gemeinsame Sprache, gemeinsame Regeln und ein Mindestmaß gemeinsamer Loyalität.

Deutschkenntnisse sind deshalb keine Schikane. Sie sind Voraussetzung für Teilhabe. Wer hier dauerhaft leben möchte, sollte die Rechtsordnung respektieren. Dazu gehören Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit und das Gewaltmonopol des Staates. Diese Forderungen sind nicht „deutscher Leitkulturkitsch“. Sie sind Grundlagen unserer Verfassungsordnung. Integration funktioniert außerdem in beide Richtungen. Wer Menschen jahrelang den Zugang zu Arbeit erschwert, Sprachkurse nicht ausreichend bereitstellt oder Berufsabschlüsse in bürokratischen Verfahren festhält, darf sich später nicht über schlechte Integration wundern. Der Staat muss fordern und ermöglichen. Genau diese Balance fehlt mir häufig. Auf der einen Seite gibt es eine politische Sprache, die jede Forderung nach Anpassung als problematisch empfindet. Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die Migration grundsätzlich als kulturelle Bedrohung sehen.

Ich lehne beides ab. Ein Einwanderungsland ohne Erwartungen

zerfällt in Gruppen. Ein Einwanderungsland ohne Offenheit verschwendet Potenzial. Deutschland braucht klare Regeln, schnelle Entscheidungen und den Mut, erfolgreiche Integration auch als Erfolg Deutschlands zu erzählen. Wer hier arbeitet, Verantwortung übernimmt, die Sprache lernt und dieses Land als Heimat annimmt, gehört dazu. So einfach sollte es eigentlich sein.

Kapitel 42: Sicherheit und Polizei - Respekt ist keine Einbahnstraße

Ich bin mit einem anderen Verhältnis zu Autorität aufgewachsen. Polizei, Lehrer, Behörden - man widersprach ihnen vielleicht privat, aber ein grundlegender Respekt war verbreitet. Nicht jede Autorität war diesen Respekt wert. Missbrauch, Willkür und Diskriminierung müssen kontrolliert werden. Polizei braucht unabhängige Aufsicht und Gerichte. Aber eine Gesellschaft kann nicht funktionieren, wenn diejenigen, die Regeln durchsetzen sollen, grundsätzlich verachtet werden. Polizisten werden bei Einsätzen beleidigt, angegriffen und gefilmt, während kurze Ausschnitte später im Netz ein vollständiges Urteil ersetzen sollen. Gleichzeitig gibt es Fälle problematischen Polizeiverhaltens, die konsequent aufgeklärt werden müssen. Auch hier verweigere ich die Lagerlogik. „Die Polizei“ ist weder Feind noch unfehlbar. Sie ist eine staatliche

Institution, die gefährliche und schwierige Aufgaben übernimmt.

Wer nachts zu einer Schlägerei gerufen wird, eine häusliche Gewaltlage klärt oder einen bewaffneten Täter festnimmt, verdient gesellschaftlichen Rückhalt. Wer Befugnisse missbraucht, verdient Konsequenzen. Beides passt zusammen. Sicherheit ist außerdem eine soziale Voraussetzung. Wohlhabende Menschen können sich in bessere Wohnlagen zurückziehen, private Sicherheitsdienste bezahlen oder Risiken vermeiden. Menschen mit wenig Geld sind stärker auf funktionierende öffentliche Ordnung angewiesen. Deshalb ist Sicherheit keine rechte Forderung. Sie ist Sozialpolitik.

Kapitel 43: Sprache - Wenn Wörter wichtiger werden als Wirklichkeit

Sprache verändert sich. Sie hat sich immer verändert. Begriffe, die in meiner Jugend normal waren, gelten heute teilweise zu Recht als verletzend oder ungenau. Gesellschaftlicher Fortschritt zeigt sich auch darin, wie wir über andere Menschen sprechen. Ich habe kein Problem damit, dazuzulernen. Mein Problem beginnt dort, wo Sprache zum Gesinnungstest wird. Genderstern, Doppelpunkt, Binnen-I, neue Begriffe für gesellschaftliche Gruppen - darüber kann man streiten. Was mich stört, ist die moralische Schärfe, mit der solche Fragen teilweise behandelt werden. Ein Mensch kann für Gleichberechtigung sein und trotzdem keinen Genderstern verwenden. Ein Mensch kann Respekt vor Minderheiten haben und sprachliche Neuerungen unpraktisch finden. Nicht jede sprachliche Skepsis ist Menschenfeindlichkeit.

Genauso wenig ist jeder, der gendert, ein ideologischer Fanatiker. Warum müssen wir aus allem Lager machen? Sprache sollte Verständigung ermöglichen. Wenn Menschen Angst haben, das falsche Wort zu verwenden, sprechen sie irgendwann gar nicht mehr ehrlich. Das ist für eine Demokratie gefährlich. Ich möchte eine Sprache, die respektvoll und klar ist. Klarheit ist ebenfalls Respekt. Behörden, Universitäten und Unternehmen produzieren zunehmend Texte, die kein normaler Mensch lesen möchte. Dabei wäre einfache Sprache eine echte demokratische Reform. Vielleicht sollten wir weniger darüber streiten, wie viele Zeichen zwischen einem Wort stehen, und mehr darüber, ob der Satz überhaupt verständlich ist.

Kapitel 44: Die neue Moral - Wenn politische Überzeugung zur Identität wird

—

Politik war immer moralisch. Wer für soziale Gerechtigkeit, Freiheit, nationale Einheit oder Frieden kämpft, tut das nicht nur wegen Tabellen. Neu erscheint mir die Intensität, mit der politische Positionen zur persönlichen Identität geworden sind. Früher konnte man sagen: Ich bin in dieser Frage anderer Meinung. Heute klingt die Reaktion manchmal: Dann bist du ein anderer Menschentyp. Wer bestimmte Migrationsregeln fordert, ist rechts. Wer strengere Klimapolitik fordert, ist links-grün. Wer gegen Waffenlieferungen ist, gilt als Putinfreund. Wer dafür ist, als Kriegstreiber. Wer Corona-Maßnahmen kritisierte, wurde als Leugner bezeichnet. Wer sie unterstützte, als Systemschaf. Das sind keine Argumente. Es sind Identitätsstempel. Sie sparen Denken. Wenn ich weiß, in welche Schublade

jemand gehört, muss ich seinen Satz nicht mehr prüfen.

Diese Entwicklung wird von sozialen Medien verstärkt, aber sie existiert auch in klassischen Institutionen. Moralische Gewissheit ist angenehm. Sie gibt das Gefühl, auf der richtigen Seite zu stehen. Demokratie ist unangenehmer. Sie zwingt uns, mit Menschen zusammenzuleben, deren Ansichten wir falsch finden. Vielleicht sogar abstoßend. Solange sie sich innerhalb der Rechtsordnung bewegen, müssen wir das aushalten. Ich möchte kein Deutschland, in dem jede Meinung gleich gut ist. Ich möchte ein Deutschland, in dem schlechte Meinungen mit besseren Argumenten bekämpft werden.

Kapitel 45: Der Staat als Elternersatz - Wie viel Verantwortung wollen wir abgeben?

Der moderne Staat regelt sehr viel. Er schützt Arbeitnehmer, Verbraucher, Mieter, Kinder, Umwelt, Anleger und Patienten. Viele dieser Regeln entstanden, weil Machtungleichgewichte real sind. Aber Schutz kann in Bevormundung kippen. Wenn der Staat jedes Risiko reguliert, gewöhnen sich Bürger daran, Verantwortung abzugeben. Dann wird bei jedem Problem gefragt: Warum hat der Staat das nicht verhindert? Ein Mensch investiert in ein hochriskantes Produkt und verliert Geld. Der Staat hätte warnen müssen. Jemand baut unvernünftig und bekommt Probleme. Die Behörde hätte es verhindern müssen. Ein Produkt wird falsch benutzt. Der Hersteller hätte deutlicher warnen müssen. Natürlich gibt es Fälle, in denen Kontrolle notwendig ist.

Aber ein freier Bürger muss auch Fehler machen dürfen.

Freiheit ohne Risiko gibt es nicht. Das Grundproblem ist philosophisch: Wollen wir erwachsene Bürger oder betreute Staatskunden? Ein Staat, der alles verspricht, muss alles kontrollieren. Wer maximale Sicherheit verlangt, bekommt maximale Regeln. Dann beklagen wir Bürokratie. Wir können nicht beides haben.

Kapitel 46: Generationen - Was meine Generation den Jungen schuldet

Es wäre billig, dieses ganze Buch als Abrechnung eines Älteren mit der Jugend zu schreiben. Das wäre auch falsch. Meine Generation hat vom wirtschaftlichen Aufstieg profitiert. Viele von uns konnten Immobilien zu Preisen erwerben, die heute für junge Familien schwer vorstellbar sind. Wir erlebten Jahrzehnte relativer Sicherheit. Wir haben politische Entscheidungen unterstützt oder hingenommen, deren Kosten teilweise später sichtbar wurden. Wir haben Infrastruktur genutzt, ohne überall genug zu investieren. Wir haben ein Rentensystem verteidigt, dessen demografische Probleme bekannt waren. Wir haben billige Energie genossen und Abhängigkeiten akzeptiert. Wir haben Schulden gemacht. Wenn ich von jungen Menschen Leistung fordere, muss ich deshalb fragen, was wir ihnen hinterlassen.

Die Antwort ist gemischt. Wir hinterlassen ein wohlhabendes, demokratisches Land mit starken Institutionen, guter Infrastruktur im internationalen Vergleich, sozialer Sicherheit und enormem Wissen. Wir hinterlassen aber auch Sanierungsstau, demografische Lasten, hohe Abgaben und ökologische Probleme. Junge Menschen haben jedes Recht, uns daran zu erinnern. Was ich von ihnen erwarte, ist dasselbe, was ich von meiner Generation erwarte: Verantwortung statt Opferrolle. Jede Generation bekommt Probleme vererbt. Unsere Eltern bekamen Trümmer und Kriegstraumata. Wir bekamen Kalten Krieg und wirtschaftliche Krisen. Junge Menschen bekommen Klimawandel, Demografie und geopolitische Unsicherheit. Keine Generation startet bei null. Die Frage ist, was sie daraus macht.

Kapitel 47: Ost und West - Eine Einheit, die noch immer Arbeit braucht

Mehr als drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung sprechen wir noch immer von Ost und West. Manche halten das für Beweis eines Scheiterns. Ich sehe es nüchterner. Vierzig Jahre Teilung verschwinden nicht in einer Generation. Wirtschaftliche Unterschiede bestehen. Vermögen ist im Osten niedriger. Unternehmenszentralen sitzen häufiger im Westen. Viele Familien erlebten nach 1990 Brüche, die westdeutsche Familien nicht kannten. Gleichzeitig hat sich enorm viel angeglichen. Städte wurden saniert. Infrastruktur modernisiert. Einkommen stiegen. Eine neue Generation kennt die DDR nur aus Erzählungen. Politisch bleibt die Distanz teilweise groß. Misstrauen gegenüber Institutionen ist in manchen ostdeutschen Regionen stärker. Parteienlandschaften unterscheiden sich. Wer darauf nur mit moralischer Belehrung reagiert, verschärft das Problem.

Man muss nicht jede Protestwahl verstehen, um ihre Ursache ernst zu nehmen. Menschen wollen nicht erklärt bekommen, warum ihre Wahrnehmung falsch ist. Sie wollen, dass Politik ihre Erfahrungen kennt. Deutschland braucht mehr Neugier auf sich selbst.

Kapitel 48: Europa - Heimat Deutschland, Verantwortung Europa

Ich bin Deutscher und Europäer. Für mich ist das kein Widerspruch. Europa war die Antwort auf einen Kontinent, der sich über Jahrhunderte immer wieder selbst zerstört hat. Die Europäische Union hat Frieden nicht allein geschaffen, aber sie hat ehemalige Gegner wirtschaftlich und politisch so eng verbunden, dass Krieg zwischen ihnen kaum vorstellbar wurde. Das ist eine historische Leistung. Trotzdem darf man die EU kritisieren. Sie neigt zu Regulierung, komplizierten Kompromissen und institutioneller Distanz. Entscheidungen wirken weit weg. Verantwortung ist schwer zuzuordnen. Die Antwort darauf kann aber nicht nationale Romantik sein. Deutschland allein ist in einer Welt aus USA, China und großen geopolitischen Blöcken zu klein, um alle Interessen durchzusetzen.

Europa muss stärker werden. Nicht zwingend zentralistischer, aber handlungsfähiger. Außenpolitik, Verteidigung, Energie, Forschung und gemeinsame Infrastruktur brauchen mehr europäische Schlagkraft. Gleichzeitig sollten Dinge, die lokal besser entschieden werden, lokal bleiben. Subsidiarität war einmal ein großes europäisches Prinzip. Es könnte wiederentdeckt werden.

Kapitel 49: Künstliche Intelligenz - Die nächste Veränderung wartet nicht auf Deutschland

Während wir über Faxgeräte, Formulare und Datenschutz streiten, verändert künstliche Intelligenz gerade die Arbeitswelt. Software kann Texte schreiben, programmieren, Bilder erzeugen, Daten analysieren und Prozesse automatisieren. In Fabriken werden Robotik und KI Produktivität verändern. In Verwaltungen könnten Routinearbeiten automatisiert werden. In Medizin und Forschung entstehen neue Möglichkeiten. Diese Entwicklung wird nicht warten, bis Deutschland jede ethische Kommission abgeschlossen hat. Das heißt nicht, dass wir keine Regeln brauchen. KI kann Arbeitsplätze verändern, Desinformation verstärken, Überwachung erleichtern und Macht konzentrieren. Datenschutz und Sicherheit bleiben wichtig. Aber eine Gesellschaft, die bei jeder neuen

Technologie zuerst nur Risiken sieht, importiert später die Produkte anderer. Deutschland war einmal ein Land, das Technologien exportierte.

Wir sollten wieder den Ehrgeiz entwickeln, Neues selbst zu schaffen. Innovation braucht Fehlerkultur. Wer nur Technologien zulässt, deren Risiken vollständig bekannt sind, lässt keine Innovation zu. Risiken sind bei Neuem definitionsgemäß nicht vollständig bekannt. Die Aufgabe ist nicht Risikofreiheit. Die Aufgabe ist kluges Risikomanagement. Auch das ist eine Form von Erwachsensein.

Kapitel 50: Was ich den Jungen sagen möchte

Wenn ein fast Siebzigjähriger ein Buch über den Zustand Deutschlands schreibt, besteht die Gefahr, dass es klingt wie: Früher war alles besser. Das möchte ich ausdrücklich nicht sagen. Früher war vieles schlechter. Frauen hatten weniger Rechte und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Homosexuelle Menschen wurden diskriminiert. Umweltverschmutzung wurde stärker hingenommen. Medizin konnte weniger. Arbeitsplätze waren teilweise gefährlicher. Autoritäten wurden zu selten hinterfragt. Gesellschaftliche Außenseiter hatten es schwerer. Ich möchte nicht zurück. Ich möchte vorwärts. Aber vorwärts bedeutet nicht, jede alte Tugend wegzuwerfen. Fleiß ist nicht reaktionär. Pünktlichkeit ist nicht spießig. Verantwortung ist nicht neoliberal. Patriotismus ist nicht automatisch nationalistisch. Respekt ist nicht Unterordnung. Sparen ist nicht Geiz. Leistung ist nicht Menschenverachtung.

Und Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wenn ich den jungen Menschen in meiner Familie etwas mitgeben dürfte, dann dies: Wartet nicht darauf, dass der Staat euch ein perfektes Leben organisiert. Nehmt Hilfe an, wenn ihr sie braucht. Helft anderen, wenn ihr könnt. Aber baut etwas Eigenes auf. Lernt einen Beruf, eine Fähigkeit, ein Handwerk, eine Wissenschaft. Seid neugierig. Reist. Lest Menschen, denen ihr widersprecht. Lasst euch nicht von sozialen Medien erklären, wen ihr hassen sollt. Und wenn ihr demonstriert, dann wisst wofür. Nicht nur wogegen.

Teil VIII - Was wir verloren haben - und was noch da ist

Kapitel 51: Respekt - Das unsichtbare Fundament

Respekt ist kein Gesetz. Man kann ihn nicht verordnen. Vielleicht ist genau das sein Wert. Eine Gesellschaft kann tausend Regeln haben und trotzdem verrohen, wenn Menschen einander grundsätzlich verachten. Ich habe den Eindruck, dass Respekt in Deutschland brüchiger geworden ist. Nicht überall. Nicht bei jedem. Aber spürbar. Ein Lehrer wird von Eltern wie ein Dienstleister behandelt. Eine Pflegekraft wird beschimpft, weil jemand warten muss. Ein Polizist wird zum Gegner erklärt, noch bevor man weiß, was passiert ist. Eine Verkäuferin bekommt den Frust eines Kunden ab. Ein Politiker erhält Morddrohungen wegen einer Entscheidung. Ein Handwerker wird behandelt, als müsse er dankbar sein, überhaupt arbeiten zu dürfen.

Gleichzeitig begegnen Institutionen Bürgern manchmal ebenfalls respektlos: mit unverständlichen Briefen, endlosen Warteschleifen und dem Gefühl, der

Mensch müsse sich dem Verfahren anpassen, nicht das Verfahren dem Menschen. Respekt ist keine Einbahnstraße. Er beginnt für mich mit einer einfachen Erkenntnis: Der andere ist mehr als seine Funktion oder seine Meinung. Mein politischer Gegner ist vielleicht ein guter Vater. Der Beamte hinter dem Schalter hat vielleicht hundert schwierige Fälle am Tag. Der Unternehmer, den ich für gierig halte, trägt vielleicht Verantwortung für zweihundert Familien. Der Bürgergeldempfänger, über den jemand schimpft, pflegt vielleicht ein krankes Familienmitglied oder kämpft mit einer Krankheit, die man ihm nicht ansieht. Respekt bedeutet nicht, Kritik zu vermeiden.

Ich schreibe ein Wutbuch. Kritik ist sein Zweck. Aber Kritik ohne Entmenschlichung ist möglich. Das sollten wir wieder lernen.

Kapitel 52: Ehrenamt - Das Deutschland, das noch funktioniert

Wenn ich zu negativ über Deutschland schreibe, brauche ich nur in einen Sportverein, eine freiwillige Feuerwehr, ein Tierheim, eine Kirchengemeinde oder eine Nachbarschaftshilfe zu schauen. Dort sehe ich ein anderes Land. Menschen trainieren Kinder nach Feierabend. Sie löschen Brände. Sie organisieren Feste. Sie fahren ältere Nachbarn zum Arzt. Sie retten Tiere. Sie sammeln Spenden. Sie sitzen im Gemeinderat. Sie helfen bei Hochwasser. Oft ohne Bezahlung. Das ist gesellschaftliches Kapital. Es taucht in keiner BIP-Statistik vollständig auf. Ehrenamt widerspricht meiner These vom reinen Jammerland. Und das ist gut. Ein ernsthaftes Buch muss Gegenbeweise zulassen. Deutschland besitzt noch immer eine starke Zivilgesellschaft. Millionen Menschen übernehmen Verantwortung, ohne dass der Staat sie dazu zwingt.

Vielleicht liegt genau dort die Hoffnung. Der Staat sollte dieses Engagement unterstützen, aber nicht ersticken. Wer ein Vereinsfest organisiert, sollte nicht zum Halbjuristen werden müssen. Wer ehrenamtlich Verantwortung übernimmt, braucht einfache Regeln und Versicherungsschutz, keine Papierberge. Ehrenamt zeigt, dass Solidarität nicht vom Staat erfunden wird. Sie entsteht zwischen Menschen.

Kapitel 53: Eigentum - Warum Besitz mehr ist als Gier

Eigentum wird in politischen Debatten häufig verdächtig behandelt. Wer ein Haus besitzt, gilt schnell als privilegiert. Wer Vermögen hat, soll erklären, warum. Wer ein Unternehmen besitzt, wird an seinem Gewinn gemessen. Natürlich verpflichtet Eigentum. Das steht schon im Grundgesetz. Aber Eigentum schafft auch Unabhängigkeit. Ein Mensch, der etwas besitzt, hat Verantwortung und Freiheit. Ein eigenes Haus kann Sicherheit im Alter bedeuten. Ein Betrieb kann über Generationen Arbeitsplätze schaffen. Ersparnisse geben Familien die Möglichkeit, Krisen zu überstehen. Meine Generation sparte oft mit dem Ziel, etwas zu besitzen. Heute ist Eigentum für viele junge Menschen schwerer erreichbar, besonders in attraktiven Regionen. Das ist ein Problem. Die Antwort kann nicht nur sein, Eigentum stärker zu besteuern.

Wir sollten fragen, wie mehr Menschen Eigentum bilden können. Weniger Kaufnebenkosten. Mehr Bauland. Einfacheres Bauen. Kapitalbildung. Finanzbildung. Eine Gesellschaft aus Eigentümern hat aus meiner Sicht etwas Stabilierendes. Menschen, die etwas aufgebaut haben, denken häufiger langfristig. Das ist keine Garantie für Moral. Aber es schafft Bindung.

Kapitel 54: Konsum - Wir besitzen mehr und sind nicht automatisch zufriedener

Als ich jung war, besaßen Menschen weniger Dinge. Das war nicht romantisch. Viele hätten gern mehr gehabt. Heute können wir Produkte aus der ganzen Welt mit einem Klick bestellen. Elektronik, Kleidung, Möbel, Lebensmittel - vieles ist relativ zum Einkommen günstiger und leichter verfügbar als früher. Trotzdem scheint die Zufriedenheit nicht im gleichen Maß gestiegen zu sein. Vielleicht liegt ein Teil unseres Jammerns auch darin, dass Erwartungen schneller wachsen als Wohlstand. Wer ständig sieht, was andere besitzen, fühlt sich leichter arm. Soziale Medien verstärken diesen Vergleich. Früher kannte ich den Urlaub meines Nachbarn. Heute sehe ich täglich hunderte inszenierte Leben. Das verändert Maßstäbe. Wir reden politisch viel über

materielle Verteilung, aber wenig über Erwartungskultur.

Ein Staat kann nicht garantieren, dass jeder denselben Lebensstil erreicht. Er sollte Chancen ermöglichen, Armut bekämpfen und faire Regeln schaffen. Zufriedenheit kann er nicht verordnen.

Kapitel 55: Verantwortung - Das Wort, um das sich dieses Buch dreht

Je länger ich schreibe, desto klarer wird mir: Dieses Buch handelt weniger von Wut als von Verantwortung. Verantwortung des Staates, seine Kernaufgaben zu erfüllen. Verantwortung der Politik, ehrlich über Kosten zu sprechen. Verantwortung der Wirtschaft, nicht jeden Gewinn zu privatisieren und jedes Risiko zu sozialisieren. Verantwortung der Bürger, nicht bei jedem Problem nach dem Staat zu rufen. Verantwortung meiner Generation gegenüber der nächsten. Verantwortung junger Menschen, ihr Leben nicht nur als Ergebnis fremder Entscheidungen zu betrachten. Verantwortung ist unbequem, weil sie die Schuldfrage verändert. Es ist leicht, „die Politik“ verantwortlich zu machen. Aber Politik reagiert auch auf Bürger. Wenn jede Reform Protest auslöst, wenn jeder Einschnitt abgestraft wird, wenn jede neue Straße gewünscht, aber jede Baustelle abgelehnt wird, dann ist

Besitzstandswahrung keine Eigenschaft der Regierung.

Sie ist gesellschaftlich. Wir bekommen nicht immer die Politik, die wir verdienen. Aber wir bekommen häufig die Politik, die unsere Widersprüche widerspiegelt.

Kapitel 56: Heimat - Ein Wort, das wieder normal werden darf

Heimat ist für mich kein völkischer Begriff. Heimat ist der Ort, an dem Erinnerungen wohnen. Gerüche. Dialekte. Landschaften. Familiengeschichten. Fußballvereine. Straßen, die man seit Jahrzehnten kennt. Ein Bäcker. Ein Friedhof. Ein Bahnhof. Menschen können mehr als eine Heimat haben. Ein syrischer Deutscher kann Damaskus vermissen und Köln lieben. Ein Ostdeutscher kann sich regional stärker identifizieren als national. Ein Bayer empfindet Heimat anders als ein Hamburger. Das ist keine Bedrohung. Gefährlich wird es erst, wenn wir Menschen einreden, Heimat sei peinlich oder dürfe nur einer Gruppe gehören. Ich möchte, dass Deutschland Heimat sein kann. Für Menschen, deren Familien seit Jahrhunderten hier leben. Und für Menschen, die sich heute bewusst für dieses Land entscheiden.

Heimat entsteht nicht durch einen Pass allein. Aber ein Pass kann Ausdruck einer gewachsenen Zugehörigkeit sein.

Kapitel 57: Was der Staat zuerst tun sollte

Wenn ich morgen eine Regierung beraten dürfte, würde ich nicht mit hundert Maßnahmen beginnen. Ich würde mit fünf Fragen beginnen. Erstens: Welche Kernaufgaben muss der Staat zuverlässig erfüllen? Sicherheit, Justiz, Bildung, Infrastruktur, äußere Verteidigung, ein tragfähiges soziales Netz und klare Rahmenbedingungen für Wirtschaft gehören für mich dazu. Zweitens: Welche Aufgaben kann der Staat streichen oder an Bürger, Kommunen und Unternehmen zurückgeben? Drittens: Welche Verfahren können radikal vereinfacht werden? Viertens: Welche staatlichen Leistungen sind langfristig finanzierbar? Fünftens: Wie messen wir Erfolg? Politik liebt Input: Wir geben zehn Milliarden aus. Mich interessiert Output: Was funktioniert danach besser? Eine Schule wird nicht besser, weil ihr Etat steigt, wenn Lehrer fehlen.

Eine Bahn wird nicht pünktlicher, weil ein Sondervermögen verkündet wird. Eine Verwaltung wird nicht digitaler, weil eine Strategie beschlossen ist. Deutschland braucht eine Ergebnisgesellschaft.

Kapitel 58: Zehn Reformen, über die wir streiten sollten

Ich erhebe keinen Anspruch, das perfekte Regierungsprogramm zu besitzen. Aber ich möchte konkrete Debatten statt allgemeiner Sehnsucht. Erstens: Ein umfassender Bürokratieabbau mit Verfallsdatum für Vorschriften. Neue Regeln sollten automatisch überprüft werden und auslaufen, wenn ihr Nutzen nicht nachgewiesen wird. Zweitens: Genehmigungsfristen mit klaren Verantwortlichen. Behörden müssen entscheiden, nicht endlos prüfen. Drittens: Ein Steuer- und Transfersystem, in dem zusätzliche Arbeit spürbar mehr Netto bringt. Viertens: Flexible Rentenübergänge und bessere Anreize für freiwillige längere Beschäftigung. Fünftens: Massive Vereinfachung des Bau- und Planungsrechts. Sechstens: Einheitliche digitale Standards für Bund, Länder und Kommunen. Siebtens: Bildung mit bundesweit transparenten

Leistungsstandards bei regionaler Gestaltung. Achtens: Qualifizierte Zuwanderung einfacher, Asyl- und Rückkehrverfahren schneller.

Neuntens: Energiepolitik mit Versorgungssicherheit und Preis als gleichberechtigten Zielen neben Klimaschutz. Zehntens: Eine jährliche öffentliche Bilanz, welche Gesetze, Förderprogramme und Behördenaufgaben abgeschafft wurden. Keiner dieser Punkte ist revolutionär. Vielleicht ist gerade das das Problem.

Kapitel 59: Warum ich trotz allem optimistisch bin

Nach all den Seiten der Kritik könnte man glauben, ich hätte Deutschland aufgegeben. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn ich das Land aufgegeben hätte, würde ich dieses Buch nicht schreiben. Deutschland hat enorme Stärken. Gut ausgebildete Menschen. Forschung. Unternehmen. Infrastruktur, die trotz aller Probleme im globalen Vergleich stark ist. Rechtsstaat. Demokratie. Kommunen. Vereine. Soziale Sicherung. Eine Kultur, die gelernt hat, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Vor allem besitzt Deutschland die Fähigkeit zur Veränderung. Wir haben nach 1945 aufgebaut. Wir haben die Demokratie stabilisiert. Wir haben die Wiedervereinigung bewältigt. Wir haben Millionen Menschen integriert. Wir haben schwere Wirtschaftskrisen überstanden. Warum sollten wir ausgerechnet heute behaupten, Reform sei unmöglich?

Das Problem ist nicht fehlende Fähigkeit. Das Problem ist fehlender Mut. Mut bedeutet nicht, keine Angst zu haben. Mut bedeutet, trotz Angst zu entscheiden.

Kapitel 60: Schluss - Vom Jammerland zum Land der Veränderer

Ich bin fast siebzig Jahre alt. Ich weiß nicht, wie viele politische Jahrzehnte ich noch bewusst erleben werde. Aber ich weiß, welches Deutschland ich meinen Kindern und Enkeln wünsche. Kein Deutschland der Vergangenheit. Kein Museum meiner Jugend. Ein modernes Land. Technologisch stark. Sozial. Sicher. Offen. Wehrhaft. Frei. Ein Land, das Menschen hilft, wenn sie Hilfe brauchen, und Menschen etwas zutraut, wenn sie handeln können. Ein Land, in dem ein Unternehmer nicht als verdächtig gilt, weil er Gewinn macht, und ein Arbeitsloser nicht als minderwertig, weil er Hilfe braucht. Ein Land, in dem ein Migrant Deutscher werden kann, ohne seine Herkunft verleugnen zu müssen, aber in dem deutsche Identität auch nicht als peinliche Altlast behandelt wird.

Ein Land, in dem Umweltschutz und Industriepolitik miteinander sprechen, statt sich gegenseitig zu blockieren. Ein Land, in dem Gerichte Recht sprechen können, bevor ein Fall historisch wird. Ein Land, in dem Behörden Bürgern dienen, statt ihre Geduld zu testen. Ein Land, in dem Protest laut sein darf, aber Verantwortung leise nicht übersehen wird. Ein Land, in dem man wieder sagen darf: Ich bin stolz, Deutscher zu sein. Nicht weil Deutschland perfekt ist. Sondern weil es unser gemeinsames Projekt ist. Dieses Buch heißt WUTBUCH. Aber Wut allein baut nichts. Am Ende braucht Wut Richtung. Meine Richtung heißt Veränderung. Wir waren einmal ein Land, das aus Ruinen eine Demokratie und eine starke Volkswirtschaft gebaut hat. Wir waren ein Land, das seine Teilung friedlich überwunden hat. Wir waren ein Land, das politische und wirtschaftliche Krisen nicht dadurch löste, dass es sie für unzumutbar erklärte.

Wir können das wieder sein. Dafür müssen wir aufhören, jede Veränderung als Verlust zu betrachten. Wir müssen wieder lernen, dass Freiheit Pflichten hat,

Solidarität Gegenleistung kennen darf und Wohlstand erarbeitet werden muss. Wir müssen uns weniger moralisch sortieren und mehr miteinander reden. Wir müssen uns trauen, Prioritäten zu setzen. Und wir müssen akzeptieren, dass Zukunft nicht kostenlos ist. Ich liebe dieses Land genug, um wütend auf seinen Zustand zu sein. Und ich glaube an dieses Land genug, um es noch lange nicht aufzugeben.

Nachwort: An meine Kinder und Enkel

Wenn ihr dieses Buch irgendwann lest, hoffe ich, dass manche Sorgen darin altmodisch wirken. Vielleicht lacht ihr darüber, dass Behörden einmal Faxgeräte benutzten. Vielleicht fragt ihr euch, warum wir so lange über Digitalisierung gesprochen haben, statt sie einfach zu machen. Vielleicht ist die Bahn zuverlässig, die Rente reformiert und die Verwaltung schneller. Vielleicht werdet ihr aber auch über neue Probleme streiten, die ich heute noch gar nicht kenne. Das ist das Leben einer Gesellschaft. Jede Generation bekommt ihre Aufgaben. Ich wünsche euch nicht, dass ihr keine Probleme habt. Ich wünsche euch den Mut, sie anzupacken. Macht es besser als wir. Und wenn ihr dabei Fehler macht, lernt daraus.

Mehr kann eine Generation der nächsten eigentlich nicht sagen.

Anhang I - Deutschland 1970 bis 2026: Eine persönliche Chronik

1970 bis 1974 - Ostpolitik, Aufbruch und der erste große Energieschock

1970 steht Willy Brandt im Zentrum einer Bundesrepublik, die sich außenpolitisch neu orientiert. Die Verträge mit Moskau und Warschau markieren eine Politik, die die Realität der Nachkriegsordnung anerkennt, ohne die Hoffnung auf Veränderung aufzugeben. Brandts Kniefall in Warschau wird zum Symbol eines anderen Deutschlands: eines Landes, das Verantwortung für die Verbrechen seiner Vergangenheit übernimmt und trotzdem politisch handlungsfähig sein will. Innenpolitisch ist die Gesellschaft in Bewegung. Hochschulen öffnen sich, Bildung wird zum Aufstiegsthema, gesellschaftliche Autoritäten werden stärker hinterfragt. Die Bundesrepublik erlebt eine kulturelle Modernisierung, die viele ältere Menschen

als Verlust von Ordnung und viele Jüngere als Befreiung empfinden. 1972 gewinnt Brandt die Bundestagswahl mit einem starken Ergebnis. Zwei Jahre später tritt er nach der Guillaume-Affäre zurück. Helmut Schmidt übernimmt. Bereits 1973 hat die Ölkrise gezeigt, dass wirtschaftlicher Wohlstand verletzlich ist. Autofreie Sonntage und Energieknappheit werden zu Bildern einer neuen Zeit. Der Nachkriegsoptimismus bekommt erste Risse.

Für meine Generation ist das eine wichtige Erfahrung: Wachstum ist nicht selbstverständlich. Energiepolitik ist Sicherheitspolitik. Internationale Krisen können den Alltag in Deutschland unmittelbar verändern.

1975 bis 1979 - Terror, Wirtschaftssorgen und die Frage nach staatlicher Stärke

Die zweite Hälfte der siebziger Jahre ist geprägt vom Terror der RAF. Der „Deutsche Herbst“ 1977 stellt den Staat vor eine extreme Bewährungsprobe. Entführung, Mord und die Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ zeigen,

dass eine Demokratie gleichzeitig frei und wehrhaft sein muss. Helmut Schmidt verkörpert diese staatliche Härte. Er wird für seine Nüchternheit bewundert und kritisiert. Die Bundesrepublik lernt, dass Toleranz nicht bedeutet, Gewalt hinzunehmen. Wirtschaftlich bleibt die Lage schwieriger als in den goldenen Nachkriegsjahrzehnten. Arbeitslosigkeit und Inflation werden stärker wahrgenommen. Die zweite Ölkrise Ende des Jahrzehnts verschärft die Unsicherheit. Gleichzeitig wachsen neue soziale Bewegungen. Anti-Atomkraft-Proteste, Umweltinitiativen und Friedensgruppen organisieren sich. Aus Bürgerinitiativen entsteht langsam eine politische Kraft, die später als Partei der Grünen in den Bundestag einziehen wird.

Die Bundesrepublik ist unruhiger geworden - aber auch politischer.

1980 bis 1984 - Raketen, Friedensbewegung und Regierungswechsel

Die frühen achtziger Jahre sind für mich eng mit der Friedensbewegung verbunden. Der NATO-Doppelbeschluss spaltet das

Land. Hunderttausende protestieren gegen neue atomare Mittelstreckenraketen. Die Angst vor einem Atomkrieg ist real. 1982 zerbricht die sozialliberale Koalition. Helmut Kohl wird durch ein konstruktives Misstrauensvotum Bundeskanzler. Ein Jahr später bestätigt die Bundestagswahl den Machtwechsel. 1983 ziehen die Grünen erstmals in den Bundestag ein. Turnschuhe, basisdemokratische Verfahren und eine bewusst andere politische Kultur verändern das Parlament. Themen wie Umwelt, Atomkraft und Gleichberechtigung bekommen neue Sichtbarkeit. Deutschland wird wirtschaftlich wieder stabiler. Gleichzeitig beginnt ein gesellschaftlicher Konflikt darüber, welche Form von Fortschritt wir wollen. Technik ist nicht länger automatisch positiv besetzt. Wachstum wird stärker mit Umweltfolgen verbunden.

Diese Debatte ist bis heute nicht beendet.

1985 bis 1989 - Wohlstand, Umweltbewusstsein und das Ende einer Ordnung

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wirkt die Bundesrepublik vergleichsweise stabil. Helmut Kohl regiert, die Wirtschaft entwickelt sich, Konsum und Reisen nehmen zu. Für viele Westdeutsche erscheint die Teilung Deutschlands als dauerhafter Zustand. 1986 verändert die Katastrophe von Tschernobyl die Atomdebatte. Radioaktive Belastungen werden plötzlich nicht mehr als theoretisches Risiko wahrgenommen. Eltern überlegen, ob Kinder draußen spielen dürfen, Lebensmittel werden kontrolliert. Die grüne Bewegung erhält zusätzlichen Rückenwind. Gleichzeitig beginnt sich im Osten Europas etwas zu bewegen. Michail Gorbatschow steht für Glasnost und Perestroika. In Polen, Ungarn und anderen Ländern wachsen Reformbewegungen. 1989 geht dann alles schneller, als Experten vorausgesagt hatten. DDR-Bürger fliehen über Ungarn und die Tschechoslowakei. In Leipzig

wächst die Montagsdemonstration. Am 9. November fällt die Mauer.

Ein System, das Jahrzehnte unerschütterlich wirkte, zerbricht innerhalb weniger Monate. Das ist vielleicht die stärkste Lektion dieser ganzen Chronik: Geschichte ist nicht linear. Dinge können lange unveränderlich wirken - und plötzlich sehr schnell anders werden.

1990 bis 1994 - Einheit und wirtschaftlicher Schock

Am 3. Oktober 1990 wird Deutschland wiedervereinigt. Die politische Euphorie ist groß. Die wirtschaftliche Herausforderung ist noch größer. Die DDR-Wirtschaft wird in kürzester Zeit in die Marktwirtschaft überführt. Die Treuhand übernimmt Tausende Betriebe. Privatisierungen, Schließungen und Arbeitsplatzverluste prägen viele Regionen. Millionen Menschen erleben einen vollständigen Bruch ihres Arbeitslebens. Gleichzeitig fließen enorme Summen in Infrastruktur. Straßen, Schienen, Telekommunikation, Städte und Wohnungen werden modernisiert. Der Aufbau Ost verändert

das Land sichtbar. Die frühen neunziger Jahre bringen aber auch gesellschaftliche Spannungen. Rechtsextreme Ausschreitungen in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen erschüttern das Land. Die Asyldebatte eskaliert. 1993 wird das Grundrecht auf Asyl durch den sogenannten Asylkompromiss verändert. Deutschland lernt, dass nationale Einheit nicht automatisch gesellschaftliche Harmonie bedeutet.

1995 bis 1999 - Globalisierung, Europa und eine neue Normalität

Die zweite Hälfte der neunziger Jahre ist geprägt von Globalisierung und europäischer Integration. Lieferketten werden internationaler, Unternehmen erschließen neue Märkte. Das Internet beginnt, aus Universitäten und Büros in den Alltag zu wandern. 1998 endet nach sechzehn Jahren die Kanzlerschaft Helmut Kohls. Gerhard Schröder führt eine rot-grüne Bundesregierung. Joschka Fischer wird Außenminister - eine symbolische Entwicklung für eine Partei, die einst aus Protestbewegungen entstanden war. 1999

beteiligt sich Deutschland im Rahmen der NATO am Kosovo-Krieg. Für die Grünen und die deutsche Nachkriegsgesellschaft ist das eine historische Zäsur. Die Frage, ob militärische Gewalt zur Verhinderung humanitärer Katastrophen eingesetzt werden darf, zerreißt alte Gewissheiten. Deutschland ist endgültig außenpolitisch erwachsener geworden - und muss feststellen, dass Erwachsensein Entscheidungen verlangt, bei denen jede Option moralische Kosten hat.

2000 bis 2004 - Internet, Reformstau und Agenda 2010

Das neue Jahrtausend beginnt mit Technikoptimismus und wirtschaftlichen Sorgen. Die Dotcom-Blase platzt. Deutschland kämpft mit hoher Arbeitslosigkeit und schwachem Wachstum. Die Anschläge vom 11. September 2001 verändern die Sicherheitslage weltweit. Deutschland beteiligt sich am Einsatz in Afghanistan, lehnt aber 2003 den Irakkrieg ab. Im selben Jahr präsentiert Gerhard Schröder die Agenda 2010. Arbeitsmarkt und Sozialstaat werden reformiert. Die Hartz-

Gesetze lösen erbitterte Debatten aus. Deutschland erlebt, wie schwierig Reformen werden, wenn sie konkrete Besitzstände treffen. Die SPD verliert einen Teil ihrer traditionellen Bindung. Gleichzeitig verändert sich der Arbeitsmarkt in den folgenden Jahren deutlich. Technisch beginnt das Internet den Alltag zu erobern. E-Mail, Onlinehandel und digitale Kommunikation verändern Arbeit und Privatleben. Noch ahnt kaum jemand, wie stark soziale Netzwerke später politische Öffentlichkeit prägen werden.

2005 bis 2009 - Merkel, Finanzkrise und die neue Mitte

2005 wird Angela Merkel Bundeskanzlerin. Eine ostdeutsche Physikerin führt erstmals die Bundesregierung. Ihr Stil ist nüchtern, vorsichtig und pragmatisch. Deutschland erlebt wirtschaftlich bessere Jahre, bevor 2008 die globale Finanzkrise zuschlägt. Banken geraten in Schieflage, Staaten greifen mit Garantien und Rettungsmaßnahmen ein. Die Krise erschüttert das Vertrauen in

Finanzmärkte. Gewinne waren zuvor privatisiert worden, Verluste drohen nun sozialisiert zu werden. Der Begriff „systemrelevant“ wird Teil des politischen Wortschatzes. Deutschland reagiert unter anderem mit Kurzarbeit und Konjunkturprogrammen. Im internationalen Vergleich kommt das Land relativ stabil durch die Krise. Die Erfahrung verstärkt aber ein Muster: In der Krise kann der Staat schnell enorme Mittel mobilisieren. Im normalen Alltag fehlt dasselbe Tempo bei Schulen, Brücken und Digitalisierung.

2010 bis 2014 - Eurokrise, Energiewende und das Smartphone-Land

Die Eurokrise dominiert die frühen 2010er Jahre. Griechenland und andere Staaten geraten unter Druck. Rettungspakete, Sparprogramme und EZB-Politik spalten Europa. 2011 führt die Reaktorkatastrophe von Fukushima in Deutschland zum beschleunigten Atomausstieg. Die Energiewende wird zu einem der größten Transformationsprojekte der Republik.

Gleichzeitig verändert das Smartphone das gesellschaftliche Leben. Facebook, Twitter und später weitere Plattformen machen jeden Bürger zum Sender. Politik wird unmittelbarer, aber auch nervöser. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich niedriger als Anfang des Jahrtausends. Deutschland gilt wirtschaftlich wieder als stark. Die Agenda-Reformen, die Weltkonjunktur, Exportstärke und moderate Lohnentwicklung tragen dazu bei. Das Land fühlt sich stabil. Diese Stabilität wird bald getestet.

2015 bis 2019 - Fluchtmigration, Polarisierung und Klimaprotest

2015 kommen außergewöhnlich viele Schutzsuchende nach Deutschland. Verwaltung und Zivilgesellschaft leisten enorme Arbeit, geraten aber vielerorts an Grenzen. Die politische Debatte verändert sich tiefgreifend. Die AfD gewinnt an Bedeutung, Migration wird zum dominierenden Konfliktthema. Vertrauen in etablierte Parteien nimmt bei Teilen der Bevölkerung ab. 2016 entscheidet Großbritannien für den Brexit. 2017 wird Donald Trump US-Präsident. Die liberale

internationale Ordnung wirkt weniger stabil. In Deutschland gewinnt gleichzeitig die Klimabewegung an Kraft. Fridays for Future bringt junge Menschen massenhaft auf die Straße. Klimapolitik wird stärker moralisch und generationell diskutiert. Die deutsche Industrie bleibt erfolgreich, aber erste strukturelle Risiken werden sichtbarer: Elektromobilität, Digitalisierung, China-Abhängigkeit und Fachkräftemangel. 2019 ahnt noch kaum jemand, dass eine Pandemie den gesamten Alltag verändern wird.

2020 bis 2022 - Pandemie und Zeitenwende

2020 bringt Corona. Lockdowns, Masken, Impfkampagnen, Schulschließungen und wirtschaftliche Hilfen bestimmen das Leben. Der Staat greift in einem Ausmaß in den Alltag ein, das sich vorher kaum jemand vorstellen konnte. Viele Maßnahmen sind aus damaliger Unsicherheit nachvollziehbar, andere werden später kritisch bewertet. Gesellschaftlich verschärft sich die Polarisierung. 2021 endet Merkels Kanzlerschaft. Olaf Scholz führt eine

Koalition aus SPD, Grünen und FDP. Am 24. Februar 2022 greift Russland die Ukraine an. Die deutsche Russland- und Energiepolitik wird erschüttert. Gaspreise steigen, Inflation wird zum Alltagsthema. Die Bundesregierung ruft eine „Zeitenwende“ aus. Deutschland muss in Monaten Entscheidungen treffen, die zuvor jahrelang vertagt wurden.

2023 bis 2024 - Inflation, Heizungsgesetz und Vertrauenskrise

Nach den akuten Schocks der Pandemie und Energiekrise bleibt die wirtschaftliche Lage schwach. Inflation belastet Haushalte, Zinsen steigen, Bauprojekte werden teurer. Das Gebäudeenergiegesetz wird zum Symbol misslungener politischer Kommunikation. Eine technisch komplexe Reform wird als Kulturkampf um Heizungen wahrgenommen. Vertrauen geht verloren, noch bevor viele Details verstanden sind. Die Wirtschaft stagniert. Industrieunternehmen warnen vor Energiepreisen und Bürokratie. Gleichzeitig bleibt der Fachkräftemangel groß. Die Ampelkoalition streitet öffentlich.

Haushaltsfragen, Schuldenbremse und ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verschärfen die Spannungen. Viele Bürger erleben Politik zunehmend als Dauerkrise.

2025 bis 2026 - Ein Land sucht wieder nach Richtung

2025 und 2026 stehen im Zeichen politischer Neuordnung, wirtschaftlicher Schwäche und wachsender geopolitischer Unsicherheit. Deutschland muss mehr für Verteidigung ausgeben, gleichzeitig Infrastruktur modernisieren und Sozialausgaben finanzieren. Die Bevölkerung altert weiter. Ende 2025 leben rund 83,5 Millionen Menschen in Deutschland, 31 Prozent sind sechzig Jahre oder älter. Die Zahl der Geburten sinkt auf den niedrigsten Stand der Nachkriegszeit. 2025 registrieren die Amtsgerichte mehr als 24.000 Unternehmensinsolvenzen. Die Industrieproduktion bleibt unter Druck, besonders in energieintensiven Bereichen. Die offene Zahl staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren liegt Ende 2024 bei rund 950.900 und zeigt die Belastung der Justiz. Gleichzeitig besitzt Deutschland weiterhin enorme Stärken. Beschäftigung

bleibt hoch, Forschung und Mittelstand sind leistungsfähig, demokratische Institutionen funktionieren.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob Deutschland am Ende ist. Die Frage lautet, ob Deutschland bereit ist, sich wieder zu verändern.

Anhang II - Deutschland in Zahlen: Was sich hinter dem Gefühl verändert hat

Bevölkerung und Alter

Ende 2025 lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 83,5 Millionen Menschen in Deutschland. 31 Prozent waren sechzig Jahre oder älter. Das Durchschnittsalter lag bei etwa 45 Jahren. Die demografische Verschiebung ist eine der wichtigsten Veränderungen der letzten Jahrzehnte. Sie betrifft fast jedes Politikfeld: Rente, Pflege, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt und Zuwanderung. Politische Debatten behandeln diese Bereiche oft getrennt. Demografie verbindet sie.

Geburten

Die zusammengefasste Geburtenziffer lag 1975 bei etwa 1,48 Kindern je Frau. 2025 lag sie bei rund 1,32. Zwischenzeitlich gab es Phasen leichter Erholung, aber dauerhaft blieb Deutschland unter dem

Niveau, das ohne Zuwanderung langfristig für eine stabile Bevölkerungszahl notwendig wäre. 2025 wurden etwa 654.000 Kinder geboren - der niedrigste Stand der Nachkriegszeit.

Arbeit und Arbeitszeit

2025 waren im Jahresdurchschnitt rund 46 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig. Die Zahl hatte seit Mitte der 2000er Jahre stark zugenommen, stagnierte zuletzt aber. Die durchschnittliche gewöhnliche Wochenarbeitszeit aller Erwerbstätigen sank von 38,4 Stunden 1991 auf 34,3 Stunden 2024. Der starke Anstieg der Teilzeitbeschäftigung ist ein wesentlicher Faktor. Der Teilzeitanteil stieg im selben Zeitraum von 14,1 auf 30,8 Prozent. Diese Zahlen sind kein moralisches Urteil. Sie zeigen aber die Herausforderung einer alternden Gesellschaft mit hohem Personalbedarf.

Migration

2015 war ein außergewöhnliches Migrationsjahr. Das Statistische Bundesamt schätzte den Wanderungsüberschuss

ausländischer Personen auf rund 1,14 Millionen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge registrierte 476.649 Asylanträge, während die damalige EASY-Registrierung zunächst mehr als eine Million Zugänge von Asylsuchenden auswies. Heute ist die ausländische Bevölkerung ein fester Bestandteil Deutschlands. Ende 2025 lag ihr Anteil nach Destatis bei knapp 15 Prozent. Migration verändert Altersstruktur und Arbeitsmarkt. Sie stellt gleichzeitig Anforderungen an Sprache, Bildung, Verwaltung und Integration.

Pflege

Ende 2023 gab es rund 5,7 Millionen Pflegebedürftige. 86 Prozent wurden zu Hause versorgt. Ein großer Teil davon überwiegend durch Angehörige. Pflege ist deshalb nicht nur ein professioneller Wirtschaftssektor, sondern Millionenfach private Familienarbeit. Mit dem Alter der Babyboomer wird der Bedarf weiter steigen.

Staatsverschuldung

Zum Jahresende 2025 lag die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts bei rund 2,66 Billionen Euro. Das entsprach etwa 31.900 Euro pro Einwohner. Die Zahl allein sagt wenig über Tragfähigkeit aus. Entscheidend sind Wirtschaftsleistung, Zinskosten und die Verwendung der Kredite. Für die politische Debatte bleibt aber wichtig: Schulden verschieben Finanzierung in die Zukunft.

Industrie

2025 sank die Produktion im Produzierenden Gewerbe im Jahresdurchschnitt um 1,1 Prozent gegenüber 2024. Die Industrieproduktion ging um 1,3 Prozent zurück. In energieintensiven Industriezweigen lag das Produktionsniveau 2025 nach Destatis rund 17,8 Prozent unter 2021. Diese Entwicklung hat unterschiedliche Ursachen: Energiepreise, schwache Weltkonjunktur, Strukturwandel, internationale Konkurrenz und technologische Veränderungen. Sie ist trotzdem ein Warnsignal für ein Land,

dessen Wohlstand stark auf industrieller Wertschöpfung beruht.

Insolvenzen

2025 registrierten deutsche Amtsgerichte 24.064 beantragte Unternehmensinsolvenzen. Das waren 10,3 Prozent mehr als 2024. Bereits 2023 und 2024 waren die Zahlen deutlich gestiegen. Insolvenzen gehören zu einer Marktwirtschaft. Steigende Zahlen über mehrere Jahre können aber wirtschaftlichen Anpassungsdruck sichtbar machen.

Justiz

Ende 2024 waren bei deutschen Staatsanwaltschaften rund 950.900 Ermittlungsverfahren offen. Das war der höchste Jahresendbestand der verfügbaren Zeitreihe seit 2014. Im Laufe des Jahres gingen rund 5,49 Millionen neue Ermittlungsverfahren ein. Etwa 5,46 Millionen wurden erledigt. Diese Größenordnung zeigt, dass Debatten über Justizüberlastung nicht nur subjektives Empfinden sind.

Soziale Medien

2025 nutzten 59 Prozent der Menschen zwischen 16 und 74 Jahren soziale Medien aktiv. Bei den 16- bis 24-Jährigen waren es 85 Prozent, bei den 65- bis 74-Jährigen 25 Prozent. Damit hat sich politische Kommunikation grundlegend verändert. Informationen verbreiten sich schneller, aber auch Falschinformationen, Empörung und persönliche Angriffe.

Umweltverbandsklagen

Nach Untersuchungen im Auftrag des Umweltbundesamtes waren Umweltverbandsklagen in den Jahren 2021 bis 2023 in rund 51 Prozent der entschiedenen Fälle vollständig oder teilweise erfolgreich. Für frühere Untersuchungszeiträume lagen die Erfolgsquoten ebenfalls hoch. Dieser Befund ist wichtig für eine faire Debatte. Er widerspricht der Vorstellung, Umweltverbände würden überwiegend aussichtslose Verfahren anstrengen. Gleichzeitig bleibt politisch die Frage legitim, ob Planungs- und Umweltrecht so komplex geworden sind, dass

Infrastrukturprojekte unnötig lange rechtlich angreifbar bleiben.

Öffentliche Förderung des BUND

Der BUND finanziert sich wesentlich über Mitgliedsbeiträge und Spenden, erhält aber für bestimmte Projekte auch öffentliche Zuwendungen. Das Lobbyregister des Deutschen Bundestages weist entsprechende Förderungen verschiedener Bundesbehörden aus. Eine Antwort der Bundesregierung aus der 20. Wahlperiode dokumentierte ebenfalls mehrjährige Haushaltsmittel für Projekte des BUND. Daraus folgt nicht, dass der Staat einzelne Klagen des Verbandes finanziert. Es zeigt aber, dass öffentliche Projektförderung und kritische Interessenvertretung desselben Verbandes nebeneinander bestehen - ein Verhältnis, das politisch diskutiert werden darf.

Teil IX - Gegenwartsdiagnosen

Kapitel 61: Der Preis des Wohlstands

Wohlstand verändert nicht nur den Kontostand. Er verändert Erwartungen. Eine Gesellschaft, die jahrzehntelang ärmer wird, lernt Verzicht. Eine Gesellschaft, die jahrzehntelang reicher wird, lernt Anspruch. Das ist keine moralische Anklage. Es ist Psychologie. Meine Generation erlebte, wie Dinge besser wurden. Wohnungen wurden größer und komfortabler. Autos sicherer. Medizin leistungsfähiger. Reisen normaler. Lebensmittel vielfältiger. Kommunikation billiger. Technik selbstverständlicher. Mit jeder Verbesserung verschiebt sich die Ausgangslinie. Was gestern Luxus war, gilt morgen als Grundausstattung. Das ist Fortschritt. Problematisch wird es, wenn wir glauben, Fortschritt sei ein Naturgesetz. Wohlstand ist ein empfindliches Geflecht aus Bildung, Eigentumsrechten, Energie, Infrastruktur, funktionierenden Institutionen, internationalem Handel, Innovation und

gesellschaftlicher Stabilität. Fällt eines davon aus, kann ein Land eine Weile von seiner Substanz leben.

Fallen mehrere gleichzeitig aus, wird es gefährlich. Deutschland lebt teilweise von Substanz. Brücken altern. Schienen altern. Schulen altern. Die Bevölkerung altert. Gleichzeitig verändern sich unsere wichtigsten Industrien. Das bedeutet nicht Untergang. Es bedeutet Investitionsbedarf. Und Investition ist Verzicht auf Konsum heute für Nutzen morgen. Genau damit tun sich Besitzstandsgesellschaften schwer. Wenn der Staat zehn Milliarden zusätzlich ausgeben kann, ist die politische Versuchung groß, sofort mehrere Gruppen zu entlasten. Eine neue Brücke bringt dagegen erst Jahre später Nutzen und wird bis dahin als Baustelle erlebt. Das erklärt, warum Demokratien zu kurzfristigem Denken neigen. Die Lösung kann nicht sein, Demokratie abzuschaffen. Die Lösung ist politische Führung. Führung bedeutet, Bürgern zu erklären, warum Geld heute nicht verteilt, sondern investiert wird.

Wer das überzeugend kann, verdient Vertrauen.

Kapitel 62: Stadt und Land - Zwei Deutschlands, die einander zu selten verstehen

—

Deutschland diskutiert häufig, als lebten alle Menschen in derselben Realität. Das tun sie nicht. Wer in einer Großstadt lebt, hat andere Probleme als jemand auf dem Land. In der Stadt sind Mieten hoch, Verkehr dicht und Wohnraum knapp. Auf dem Land schließen Geschäfte, Arztpraxen fehlen, Busse fahren selten und junge Menschen ziehen weg. Politische Vorschläge wirken deshalb unterschiedlich. Ein autofreies Stadtzentrum kann in einer Metropole sinnvoll sein. Für einen Dorfbewohner, der zwanzig Kilometer zur Arbeit fährt, klingt eine Politik gegen das Auto schnell wie Verachtung seiner Lebensrealität. Ein Deutschlandticket hilft dort wenig, wo kaum ein Bus fährt. Eine Wärmepumpe kann in einem modernen Neubau unkompliziert sein. In einem alten

Bauernhaus sieht die Rechnung anders aus.

Diese Unterschiede werden in politischen Debatten zu selten berücksichtigt. Städtische Milieus dominieren Medien, Universitäten und viele Parteiapparate. Ländliche Räume dominieren Fläche, Landwirtschaft, Energieerzeugung und einen erheblichen Teil industrieller Produktion. Beide brauchen einander. Trotzdem reden sie manchmal übereinander wie fremde Länder. Das fördert politischen Trotz. Wer möchte, dass Menschen Veränderungen akzeptieren, muss ihre Lebenswirklichkeit kennen. Politik, die nur auf Durchschnittswerte schaut, versteht Regionen nicht.

Kapitel 63: Kommunen - Dort, wo der Staat ein Gesicht bekommt

Für die meisten Menschen ist „der Staat“ nicht Berlin. Der Staat ist das Bürgeramt. Die Schule. Die Straße. Die Kita. Das Schwimmbad. Die Feuerwehr. Das Bauamt. Kommunen tragen einen großen Teil des Alltags. Gleichzeitig sind viele finanziell und personell unter Druck. Aufgaben werden von Bund und Ländern beschlossen, Umsetzung landet vor Ort. Förderprogramme bieten Geld, verlangen aber Anträge, Eigenanteile und Nachweise. Eine kleine Gemeinde muss dann Experten beschäftigen, um überhaupt Fördermittel zu beantragen. Das ist absurd. Der Staat fördert den Staat, der dafür Verwaltung braucht, um staatliche Förderung zu beantragen. Wenn ich Bürokratie kritisiere, meine ich genau solche Kreisläufe. Kommunen brauchen verlässlichere Finanzierung statt ständig neuer Töpfe.

Sie brauchen Spielräume und Verantwortung. Ein Bürgermeister, der vor Ort gewählt wird, kennt häufig genauer, welche Straße, Schule oder Halle dringend ist, als ein Ministerium zweihundert Kilometer entfernt. Dezentralität kann stark sein. Aber nur, wenn sie nicht durch zentrale Vorgaben erstickt wird.

Kapitel 64: Der öffentliche Dienst - Zu wenig Personal und zu viel Verwaltung zugleich

Deutschland beschäftigt viele Menschen im öffentlichen Dienst und hat trotzdem in wichtigen Bereichen Personalmangel. Das wirkt widersprüchlich. Die Erklärung liegt teilweise darin, was diese Menschen tun müssen. Ein Lehrer unterrichtet nicht nur. Er dokumentiert, organisiert, verwaltet. Ein Polizist ermittelt nicht nur. Er schreibt Berichte. Ein Arzt im öffentlichen Gesundheitsdienst behandelt nicht nur. Er dokumentiert. Ein Sachbearbeiter entscheidet nicht einfach. Er prüft komplexe Rechtslagen, Nachweise und Ausnahmen. Wir könnten einen Teil des Fachkräftemangels lindern, wenn qualifizierte Menschen mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit hätten. Das ist Produktivität im Staat. Digitalisierung allein reicht nicht. Ein schlechter Prozess wird durch Software zu einem schnelleren

schlechten Prozess. Zuerst muss man fragen: Brauchen wir diesen Schritt überhaupt?

Dann digitalisieren. Der öffentliche Dienst braucht außerdem eine Kultur der Entscheidung. Wer entscheidet, kann Fehler machen. Wer nichts entscheidet, macht formal oft keinen Fehler. Ein System, das Fehler härter bestraft als Untätigkeit, produziert Untätigkeit.

Kapitel 65: Unternehmer - Zwischen Heldenerzählung und Feindbild

Unternehmer sind keine besseren Menschen. Das muss ich vorausschicken, weil wirtschaftspolitische Debatten schnell in Helden- oder Feindbilder kippen. Es gibt verantwortungsvolle Unternehmer und verantwortungslose. Es gibt Firmen, die Mitarbeiter gut behandeln, und solche, die jeden Cent herauspressen. Es gibt Innovation und Abzocke. Aber ohne Unternehmertum gibt es keine soziale Marktwirtschaft. Jemand muss Kapital riskieren. Jemand muss eine Idee ausprobieren. Jemand muss Mitarbeiter einstellen, bevor sicher ist, ob genug Kunden kommen. Dieses Risiko wird in politischen Debatten unterschätzt. Ein Angestellter bekommt sein Gehalt monatlich. Ein Unternehmer muss es überweisen, auch wenn der Monat schlecht war. Das gibt ihm kein

moralisches Sonderrecht. Aber es erklärt, warum Planungssicherheit wichtig ist.

Wenn Steuern, Energiepreise und Regeln ständig verändert werden, steigt Risiko. Großkonzerne können Abteilungen beschäftigen, die neue Regeln analysieren. Der Mittelständler macht das abends. Bürokratie ist deshalb nicht neutral. Sie begünstigt große Organisationen, die sie bewältigen können. Wer Wettbewerb will, muss einfache Regeln wollen.

Kapitel 66: Klimaschutz - Ziel richtig, Methode streitbar

Ich halte es für falsch, den Klimawandel zu leugnen oder so zu tun, als könne Deutschland sich aus jeder Verantwortung heraushalten. Ein hochindustrialisiertes, reiches Land sollte Emissionen reduzieren und Technologien entwickeln, die auch andere Länder nutzen können. Aber genau deshalb stört mich symbolische Klimapolitik. Wenn eine Maßnahme teuer ist, gesellschaftlichen Widerstand erzeugt und global kaum Emissionen senkt, muss man über Alternativen sprechen dürfen. Klimaschutz braucht Wirkung pro eingesetztem Euro. Das klingt technokratisch. Ist aber entscheidend. Deutschland kann das Weltklima nicht allein steuern. Unser größter Beitrag kann darin liegen, Technologien so gut und günstig zu machen, dass andere Länder sie freiwillig übernehmen. Dafür brauchen wir Industrie.

Wenn energieintensive Produktion aus Deutschland in Länder mit schmutzigerem Strommix abwandert, kann die nationale Bilanz besser aussehen und das globale Klima verliert trotzdem. Diese Verlagerungseffekte müssen ernst genommen werden. Klimaschutz gegen Wirtschaft ist eine falsche Gegenüberstellung. Ohne Wirtschaftskraft fehlt Geld für Klimaschutz. Ohne Klimaschutz entstehen langfristig wirtschaftliche Schäden. Politik muss beides verbinden.

Kapitel 67: Landwirtschaft - Zwischen romantischem Bild und harter Realität

Viele Städter lieben das Bild vom Bauernhof. Kühe auf der Weide. Kleine Felder. Regionale Produkte. Familienbetrieb. Gleichzeitig möchten Verbraucher niedrige Lebensmittelpreise. Diese Wünsche passen nicht immer zusammen. Landwirtschaft ist hochreguliert, kapitalintensiv und vom Wetter abhängig. Landwirte investieren in Maschinen, Stallanlagen und Flächen. Gleichzeitig ändern sich Umwelt-, Tierwohl- und Düngevorschriften. Auch hier gilt: Ziele können richtig sein und Umsetzung trotzdem problematisch. Wenn Politik höhere Standards fordert, müssen Lebensmittel entsprechend bezahlt werden oder staatliche Unterstützung ist nötig. Wir können nicht gleichzeitig maximale Tierwohlstandards und dauerhaft niedrigste Preise erwarten. Die Wut vieler Landwirte ist für mich ein Beispiel dafür, wie Menschen reagieren,

wenn sie sich gesellschaftlich moralisch bewertet, wirtschaftlich unter Druck und politisch nicht verstanden fühlen.

Protest gehört dann zur Demokratie. Aber auch Landwirtschaft muss sich verändern. Boden, Wasser, Artenvielfalt und Klima sind reale Themen. Wieder lautet die Aufgabe nicht entweder-oder.

Kapitel 68: Verkehr - Das Auto ist nicht der Feind, aber auch nicht die einzige Antwort

Deutschland ist Autoland. Die Automobilindustrie ist Teil unserer Wirtschaftsgeschichte und unseres Selbstbildes. Millionen Menschen arbeiten direkt oder indirekt in diesem Bereich. Das Auto steht für individuelle Freiheit. Besonders auf dem Land ist es oft unverzichtbar. Trotzdem verändert sich Mobilität. Städte leiden unter Stau, Lärm und Flächenverbrauch. Elektromobilität wächst. Bahn und Fahrrad können in vielen Situationen besser sein. Was mich stört, ist die ideologische Debatte. Auto gegen Fahrrad. Stadt gegen Land. Verbrenner gegen Elektro. Technischer Wandel braucht Wettbewerb. Wenn Elektroautos besser und günstiger werden, werden Menschen sie kaufen. Wenn Bahn zuverlässig ist, wird sie genutzt. Wenn Radwege sicher sind, fahren mehr

Menschen Rad. Politik sollte Alternativen attraktiv machen, nicht Menschen moralisch bestrafen.

Verbote können notwendig sein, aber sie sollten letztes und nicht erstes Instrument sein.

Kapitel 69: Die Rolle der Kirchen - Vom moralischen Zentrum zur Stimme unter vielen

Kirchen spielten in der Bundesrepublik meiner Jugend eine größere gesellschaftliche Rolle. Gottesdienste, kirchliche Verbände, konfessionelle Milieus und moralische Autorität prägten das öffentliche Leben. Heute verlieren die großen Kirchen Mitglieder und Einfluss. Das hat viele Gründe: Säkularisierung, Missbrauchsskandale, veränderte Lebensformen und eine Gesellschaft, in der Institutionen generell weniger Bindung erzeugen. Ich bin nicht derjenige, der eine Rückkehr zu kirchlicher Autorität fordert. Aber mit dem Bedeutungsverlust von Kirchen ist auch ein Teil gemeinschaftlicher Struktur verschwunden. Vereine, Parteien und Gewerkschaften erleben ähnliche Probleme. Menschen sind individueller geworden. Das bedeutet mehr Freiheit. Es

bedeutet aber auch weniger Bindung. Vielleicht erklärt das, warum politische Identität für manche Menschen eine Ersatzgemeinschaft wird.

Wer keine Kirche, keinen Verein und keine feste Nachbarschaft hat, findet Zugehörigkeit in digitalen politischen Gruppen. Das kann gesellschaftliche Polarisierung verstärken.

Kapitel 70: Parteien - Vom Mitgliederverein zum professionellen Betrieb

Parteien sind unverzichtbar für unsere Demokratie. Sie bündeln Interessen, stellen Kandidaten auf und organisieren politische Willensbildung. Aber Parteien haben sich verändert. Mitgliedermilieus schrumpfen. Klassische Bindungen zwischen Arbeiterschaft und SPD, katholischem Milieu und CDU oder bestimmten Berufsgruppen und Parteien sind schwächer geworden. Gleichzeitig wurde Politik professioneller. Mitarbeiterstäbe, Kommunikationsberater, Social-Media-Teams und Strategen prägen den Betrieb. Das ist teilweise notwendig. Politik ist komplex. Aber Professionalität kann Distanz erzeugen. Wenn ein junger Mensch von Studium über Parteijugend und Abgeordnetenbüro direkt ins Parlament gelangt, hat er politische Erfahrung - aber vielleicht wenig Erfahrung außerhalb des politischen Systems. Ich wünsche mir mehr

Quereinsteiger. Handwerker. Unternehmer. Pflegekräfte. Lehrer. Wissenschaftler. Polizisten. Menschen, die wissen, wie Gesetze wirken, bevor sie selbst welche schreiben.

Politik darf ein Beruf sein. Sie sollte aber keine geschlossene Berufswelt werden.

Kapitel 71: Gewerkschaften - Solidarität und Besitzstand

Gewerkschaften haben Deutschland sozial geprägt. Tarifverträge, Arbeitszeiten, Urlaub, Mitbestimmung und Arbeitsschutz wären ohne organisierte Arbeitnehmerinteressen anders entwickelt worden. Ich respektiere diese Leistung. Gleichzeitig können auch Gewerkschaften zu Besitzstandswahrern werden. Wenn jede technische Veränderung zuerst als Bedrohung bestehender Stellen betrachtet wird, wird Anpassung schwer. Wenn notwendige Reformen nur akzeptiert werden, wenn niemand irgendeinen Vorteil verliert, ist Reform unmöglich. Die soziale Marktwirtschaft lebt von organisiertem Interessenausgleich. Arbeitgeber wollen Flexibilität und Rendite. Arbeitnehmer wollen Sicherheit und faire Beteiligung. Beides ist legitim. Problematisch wird es, wenn eine Seite

glaubt, ihre Interessen seien automatisch das Gemeinwohl. Das gilt für Gewerkschaften ebenso wie für Unternehmerverbände. Ich wünsche mir Tarifpartner, die gemeinsam Produktivität erhöhen, statt nur Verteilungskämpfe zu führen.

Denn ohne Produktivität gibt es langfristig nichts zu verteilen.

Kapitel 72: Wissenschaft - Expertise braucht Widerspruch

Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig Wissenschaft für politische Entscheidungen ist. Sie hat aber auch gezeigt, wie schwierig die Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik sein kann. Wissenschaft liefert keine fertigen politischen Entscheidungen. Sie liefert Daten, Wahrscheinlichkeiten und Modelle. Politik muss zusätzlich Werte, Kosten und gesellschaftliche Folgen abwägen. Wenn ein Wissenschaftler sagt, eine Maßnahme senke ein Risiko, beantwortet das noch nicht die Frage, ob die gesellschaftlichen Kosten angemessen sind. Das ist keine Geringschätzung von Expertise. Es ist ihre richtige Einordnung. Wissenschaft lebt vom Zweifel. Eine These muss kritisierbar sein. Erkenntnis verändert sich mit Daten. Wenn politische Lager „der Wissenschaft folgen“ zu einem moralischen Schlagwort machen, beschädigen sie genau diesen Prozess.

Umgekehrt ist es absurd, wissenschaftliche Ergebnisse nur deshalb abzulehnen, weil sie politisch unbequem sind. Wir brauchen mehr wissenschaftliche Bescheidenheit und mehr politische Bildung darüber, was Wissenschaft leisten kann.

Kapitel 73: Freiheit - Das Recht, auch falsche Entscheidungen zu treffen

Freiheit wird gern gefeiert, solange Menschen mit ihr das tun, was wir vernünftig finden. Echte Freiheit zeigt sich dort, wo jemand anders entscheidet. Ein Erwachsener darf sein Geld schlecht investieren. Er darf ungesund essen. Er darf eine politische Meinung vertreten, die ich unsinnig finde. Er darf sein Leben anders organisieren, solange er Rechte anderer respektiert. Der Staat kann informieren, Anreize setzen und Grenzen definieren. Aber wenn er jede unvernünftige Entscheidung verhindern will, wird er zum Vormund. Das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Fürsorge ist alt. In einem starken Sozialstaat wird es besonders schwierig, weil individuelle Risiken teilweise von der Gemeinschaft bezahlt werden. Wenn die Allgemeinheit Gesundheitskosten trägt, darf sie dann stärker in Lebensstil eingreifen?

Wenn sie Arbeitslosigkeit absichert, darf sie Arbeitspflichten verlangen? Wenn sie Hochwasserschäden ersetzt, darf sie Bauverbote in Risikogebieten aussprechen? Es gibt keine einfachen Antworten. Aber wir sollten diese Fragen offen stellen. Freiheit hat Konsequenzen. Wer sie will, muss einen Teil davon selbst tragen.

Kapitel 74: Deutschland 2035 - Eine Zukunft, die ich noch erleben möchte

Stellen wir uns ein Deutschland im Jahr 2035 vor, das seine Probleme ernst genommen hat. Eine Unternehmensgründung dauert Tage, nicht Monate. Behördengänge werden digital erledigt. Bürger müssen Daten nur einmal angeben. Bahnstrecken und Brücken werden nach verbindlichen Fristen geplant und gebaut. Umweltprüfungen bleiben streng, aber Verfahren sind klar und frühzeitig gebündelt. Arbeit lohnt sich spürbar. Das Steuer- und Transfersystem ist einfacher. Wer freiwillig länger arbeitet, behält mehr vom zusätzlichen Einkommen. Schulen haben gemeinsame Grundstandards. Lehrer verbringen mehr Zeit mit Unterricht und weniger mit Verwaltung. Zuwanderung wird nach klaren Regeln gesteuert. Fachkräfte finden schnelle Wege in Arbeit. Asylverfahren dauern Monate statt Jahre. Wer bleiben darf, erhält

Integration. Wer nicht bleiben darf, bekommt eine rechtsstaatliche Entscheidung, die auch umgesetzt wird.

Energie ist sauberer und gleichzeitig bezahlbar, weil Netze, Speicher, Erzeugung und Reservekapazitäten rechtzeitig gebaut wurden. Deutschland besitzt wieder eine wachsende industrielle Basis in Zukunftstechnologien: KI, Robotik, Pharma, Energietechnik, Maschinenbau, neue Werkstoffe. Das klingt optimistisch. Warum eigentlich nicht? Wir haben vieles davon selbst in der Hand.

Kapitel 75: Ein letzter Wutanfall

Vielleicht erwarten Leser am Ende eines Wutbuchs einen letzten großen Rundumschlag. Also gut. Mich macht wütend, wenn Politiker von „Entbürokratisierung“ sprechen und gleichzeitig neue Nachweispflichten beschließen. Mich macht wütend, wenn wir über Fachkräftemangel klagen und qualifizierte Menschen Monate auf Anerkennungen warten lassen. Mich macht wütend, wenn wir Wohnungsnot beklagen und Bauvorschriften so kompliziert machen, dass Projekte unwirtschaftlich werden. Mich macht wütend, wenn ein Gericht nach Jahren feststellt, dass eine Planung fehlerhaft war, und niemand fragt, warum der Fehler nicht am Anfang entdeckt wurde. Mich macht wütend, wenn jemand friedlichen Protest mit Demokratie verwechselt, aber Gewalt oder Einschüchterung als legitime Zuspitzung entschuldigt. Mich macht

wütend, wenn jemand alle Bürgergeldbezieher für faul hält.

Und mich macht genauso wütend, wenn jede Forderung nach Mitwirkung als sozial kalt diffamiert wird. Mich macht wütend, wenn nationale Symbole Rechtsextremen überlassen werden. Mich macht wütend, wenn Unternehmer jeden staatlichen Auftrag gern annehmen und anschließend über „den Staat“ schimpfen. Mich macht wütend, wenn Medien maximale Erregung produzieren und sich danach über gesellschaftliche Polarisierung wundern. Mich macht wütend, wenn Bürger jede Reform verlangen, solange sie selbst nichts kostet. Und wissen Sie, was mich am meisten wütend macht? Dass wir es besser könnten. Deutschland fehlt es nicht an Wissen. Es fehlt nicht an Geld. Es fehlt nicht an intelligenten Menschen. Es fehlt oft an Entscheidung. Deshalb endet dieses Buch nicht mit Verachtung.

Es endet mit einer Zumutung: Hören wir auf, nur von den anderen Veränderung zu verlangen. Fangen wir bei uns selbst an.

Quellen und Anmerkungen

Dieses Buch verbindet persönliche Erinnerung und politische Wertung mit historischen und statistischen Angaben. Die nachfolgenden Quellen dienen der Überprüfbarkeit zentraler Zahlen und Ereignisse. Sie sind keine vollständige Bibliografie der deutschen Geschichte.

1. Statistisches Bundesamt (Destatis), „Bevölkerung Deutschlands sinkt im Jahr 2025 um 0,1 %“, Pressemitteilung Nr. 203 vom 16. Juni 2026. Zum Jahresende 2025 lebten 83,5 Millionen Menschen in Deutschland; der Anteil der Bevölkerung ab 60 Jahren lag bei 31 Prozent. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/06/PD26_203_124.html

2. Statistisches Bundesamt, „Bevölkerung nach dem Gebietsstand“, Zeitreihe 1990 bis 2025. Für 2025 werden 83.467.117 Einwohner, ein Durchschnittsalter von 45,0 Jahren und ein Nichtdeutschen-Anteil von 14,9 Prozent ausgewiesen. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/bevoelkerungsstand-gebietsstand-werte-basis-2022.html

3. Statistisches Bundesamt, „Zusammengefasste Geburtenziffern je Frau“, GENESIS-Online Tabelle 12612-0009. Die Reihe reicht von 1972 bis 2025. Für

1975 werden rund 1,48 Kinder je Frau, für 2025 rund 1,32 ausgewiesen. https://genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/12612/table/12612-0009

4. Statistisches Bundesamt, „Zusammengefasste Geburtenziffer sinkt im Jahr 2025 auf 1,32 Kinder je Frau“, Pressemitteilung Nr. 230 vom 1. Juli 2026. Im Jahr 2025 wurden 654.241 Kinder geboren. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/07/PD26_230_12.html

5. Statistisches Bundesamt, „Wöchentliche Arbeitszeit“. Die gewöhnliche Wochenarbeitszeit aller Erwerbstätigen sank von 38,4 Stunden 1991 auf 34,3 Stunden 2024; der Teilzeitanteil stieg von 14,1 auf 30,8 Prozent. https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-3/woechentliche-arbeitszeitl.html

6. Statistisches Bundesamt, „Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,2 % gewachsen“, Pressemitteilung Nr. 017 vom Januar 2026. Im Jahresdurchschnitt 2025 waren rund 46,0 Millionen Menschen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/01/PD26_017_811.html

7. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, „Fortschreibung der Regelbedarfe in der Sozialhilfe und beim Bürgergeld“, 10. September 2025. Der Regelbedarf für alleinstehende Erwachsene blieb 2025 und 2026 bei 563 Euro monatlich. https://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/2025/fortschreibung-regelbedarfe-sozialhilfe-und-buergergeld.html

8. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, „Grundsicherung für Arbeitsuchende“. Seit 1. Juli 2026 wurde das Bürgergeld durch eine neu ausgestaltete Grundsicherung für Arbeitsuchende abgelöst. https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende/grundsicherung-fuer-arbeitsuchende.html

9. Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen, „Bürgergeld - in 2025 Anstieg der Leistungsminderungen“, 17. April 2026. Die regionale Statistik zeigt, dass nur ein kleiner Teil der Leistungsberechtigten von Leistungsminderungen betroffen war und Meldeversäumnisse den größten Anteil ausmachten. https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/rd-sat/presse/2026-25-sachsen-anhalt-burgergeld-in-2025-anstieg-der-leistungsminderungen

10. Bundeszentrale für politische Bildung, Beiträge zu Willy Brandt, Ostpolitik, NATO-Doppelbeschluss, Friedensbewegung und deutscher Einheit. Die bpb bietet umfangreiche historische Dossiers unter https://www.bpb.de/.

11. Bundeszentrale für politische Bildung, Marcus Böick, „Die Treuhand. Idee - Praxis - Erfahrung. 1990-1994“, Schriftenreihe Band 10334, Bonn 2019. Die Treuhand war zu Beginn für rund 8.000 DDR-Betriebe mit etwa vier Millionen Beschäftigten zuständig. https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/294506/die-treuhand/

12. Bundeszentrale für politische Bildung, „Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau“. Darstellung der wirtschaftlichen Transformation

Ostdeutschlands, der Privatisierung und der politischen Konflikte nach 1990. https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/315873/treuhandanstalt-und-wirtschaftsumbau/

13. Bundeszentrale für politische Bildung, Irene Dingeldey, „Agenda 2010: Dualisierung der Arbeitsmarktpolitik“, 2010. Überblick über Reformen und soziale Folgen der Agenda 2010. https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32347/agenda-2010-dualisierung-der-arbeitsmarktpolitik/

14. Statistisches Bundesamt, „Nettozuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern im Jahr 2015 bei 1,1 Millionen“, Pressemitteilung vom 21. März 2016. Für 2015 wurde ein Wanderungssaldo ausländischer Personen von etwa 1,14 Millionen geschätzt. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2016/03/PD16_105_12421.html

15. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Migrationsbericht 2015. 2015 wurden 476.649 Asylanträge registriert; im damaligen EASY-System wurden zunächst 1.091.894 Zugänge von Asylsuchenden erfasst, wobei die Zahl nicht mit der Zahl tatsächlich dauerhaft eingereister Personen gleichgesetzt werden kann. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2015.html

16. Statistisches Bundesamt, „59 % der Bevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren in Deutschland nutzen aktiv soziale Medien“, Pressemitteilung Nr. N014 vom 2. März 2026.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/03/PD26_N014_63.html

17. Statistisches Bundesamt, „Internetaktivitäten von Personen nach Alter“, Stand November 2025. 85 Prozent der 16- bis 24-Jährigen und 25 Prozent der 65- bis 74-Jährigen nahmen 2025 an sozialen Netzwerken teil. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/IT-Nutzung/Tabellen/nutzung-internet-privatezwecke-alter-mz-ikt.html

18. Statistisches Bundesamt, „5,7 Millionen Pflegebedürftige zum Jahresende 2023“, Pressemitteilung Nr. 478 vom Dezember 2024. 86 Prozent der Pflegebedürftigen wurden zu Hause versorgt. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/12/PD24_478_224.html

19. Statistisches Bundesamt, „Pro-Kopf-Verschuldung steigt im Jahr 2025 auf 31.887 Euro“, Pressemitteilung Nr. 267 vom 29. Juli 2026. Der öffentliche Schuldenstand lag Ende 2025 bei 2.662,2 Milliarden Euro. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/07/PD26_267_713.html

20. Statistisches Bundesamt, „Produktion im Dezember 2025: -1,9 % zum Vormonat“, Pressemitteilung Nr. 043 vom 6. Februar 2026. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe sank 2025 um 1,1 Prozent; energieintensive Industriezweige lagen 17,8 Prozent unter dem Niveau von 2021. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/02/PD26_043_421.html

21. Statistisches Bundesamt, „Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2025: +10,3 % zum Vorjahr“, Pressemitteilung Nr. 085 vom 13. März 2026. Im Jahr 2025 wurden 24.064 beantragte Unternehmensinsolvenzen registriert. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/03/PD26_085_52411.html

22. Statistisches Bundesamt, „950.900 offene staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren am Jahresende 2024“, Pressemitteilung Nr. 360 vom 6. Oktober 2025. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/10/PD25_360_2421.html

23. Umweltbundesamt, „Wie erfolgreich sind die Umweltverbände mit ihren Klagerechten nach dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz?“. Die Erfolgsquote wird für untersuchte Verfahren mit rund 48,6 Prozent angegeben; neuere Auswertungen 2021 bis 2023 liegen um 51 Prozent. https://www.umweltbundesamt.de/service/uba-fragen/wie-erfolgreich-sind-die-umweltverbaende-ihren

24. Umweltbundesamt, „FAQs - Rechtsschutz/Verbandsklage“. Für 2021 bis 2023 wird eine Erfolgsquote der Umweltverbandsklagen von etwa 51 Prozent genannt. In der Untersuchung wurde kein Fall festgestellt, in dem die gesetzliche Missbrauchsklausel für die gerichtliche Entscheidung erheblich war. https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/umweltrecht/rechtsschutz-verbandsklage/faqs-rechtsschutzverbandsklage

25. Umweltbundesamt, „Wissenschaftliche Unterstützung des Rechtsschutzes in Umweltangelegenheiten in der 20. Legislaturperiode“, Texte 37/2025. Monitoring der Umweltverbandsklagen 2021 bis 2023. https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/wissenschaftliche-unterstuetzung-des-rechtsschutzes-0

26. Deutscher Bundestag, Drucksache 20/7148. Antwort der Bundesregierung mit Angaben zu Haushaltsmitteln beziehungsweise Finanzierungszusagen an Umwelt- und Verkehrsverbände, darunter BUND, Deutsche Umwelthilfe und VCD. https://dserver.bundestag.de/btd/20/071/2007148.pdf

27. Lobbyregister beim Deutschen Bundestag, Eintrag „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)“. Der Eintrag dokumentiert Mitgliedsbeiträge, Spenden und öffentliche Zuwendungen für konkrete Projekte. https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R002287

28. BUND, Jahresbericht 2024 und Jahresbericht 2025. Eigendarstellung der Aktivitäten und Finanzen des Verbandes. https://www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/bund-jahresbericht-2024/ und https://www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/bund-jahresbericht-2025/

29. Deutsche Bundesbank, statistische Fachreihen zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung. Langfristige Reihen zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. https://www.bundesbank.de/de/statistiken/statistische-fachreihen/-/1-bruttoinlandsprodukt-und-

bruttowertschoepfung-ausgewaehlter-wirtschaftsbereiche-805774

30. Bundeszentrale für politische Bildung, Nils C. Kumkar, „Polarisierung. Über die Ordnung der Politik“, Bonn 2026. Der Ansatz unterscheidet zwischen wahrgenommener Polarisierung und tatsächlichen politischen Einstellungsunterschieden. https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/580750/polarisierung/

Schlussbemerkung zu den Quellen

Zahlen ändern sich mit neuen Veröffentlichungen und Revisionen. Für dieses Buch wurde der Informationsstand September 2026 zugrunde gelegt. Historische Wertungen sind bewusst als persönliche Interpretation formuliert. Wo über gesellschaftliche Gruppen gesprochen wird - etwa Bürgergeldbezieher, Demonstranten, Migranten, Unternehmer oder Umweltverbände - soll keine pauschale Schuldzuweisung erfolgen. Die Kritik richtet sich an Strukturen, politische Anreize und konkrete Verhaltensweisen.
Herausgeber und Copyright: Thomas Bremer © 2026 Thomas Bremer. Alle Rechte vorbehalten.

Teil X - Demokratie unter Druck

Kapitel 76: Volksparteien - Wenn die großen Lager ihre Bindung verlieren

Die Bundesrepublik wurde über Jahrzehnte von großen Volksparteien geprägt. CDU und CSU auf der einen, SPD auf der anderen Seite. Man konnte darüber streiten, ob dieses System zu träge war, aber es hatte einen Vorteil: Parteien mussten sehr unterschiedliche Interessen zusammenbringen. Eine Volkspartei konnte nicht nur für Akademiker in Großstädten oder nur für Arbeiter in Industriegebieten Politik machen. Sie musste Rentner, Familien, Unternehmer, Gewerkschafter, Kirchenmitglieder und junge Menschen gleichzeitig ansprechen. Das zwang zu Kompromiss. Heute zerfällt diese Bindung. Parteien erreichen kleinere Milieus, Wechselwähler werden wichtiger, neue Parteien entstehen. Das ist demokratisch nicht automatisch schlecht. Wettbewerb belebt Politik. Aber Fragmentierung hat Folgen. Koalitionen werden komplizierter. Programme werden

widersprüchlicher. Kleine Gruppen können bei knappen Mehrheiten großen Einfluss gewinnen.

Vor allem fehlt eine gemeinsame Sprache. Wenn Parteien ihre Stammwähler verlieren, reagieren sie häufig mit schärferer Profilierung. Jede versucht, ihr eigenes Milieu zu mobilisieren. Das kann Polarisierung verstärken. Ich wünsche mir keine Rückkehr zum alten Zwei-Lager-System. Aber ich wünsche mir Parteien, die wieder den Ehrgeiz haben, Menschen außerhalb ihrer eigenen Blase zu verstehen. Eine sozialdemokratische Partei sollte Arbeiter verstehen, die wegen Migration oder Kriminalität Sorgen haben, ohne sie sofort moralisch zu sortieren. Eine konservative Partei sollte Klimaschutz ernst nehmen, ohne ihre wirtschaftliche Basis zu verleugnen. Grüne sollten Industriearbeiter nicht nur als Zielgruppe der Transformation sehen. Liberale sollten Freiheit nicht auf Steuersenkungen reduzieren. Und Protestparteien sollten erklären, wie ihre einfachen Antworten in der Realität funktionieren sollen.

Demokratie braucht Parteien, die Verantwortung übernehmen wollen, nicht nur Empörung verwalten.

Kapitel 77: Das Bundesverfassungsgericht - Stärke des Rechts und Grenze der Politik

Das Bundesverfassungsgericht gehört zu den Institutionen, auf die Deutschland stolz sein kann. Es hat Regierungen Grenzen gesetzt, Grundrechte geschützt und politische Mehrheiten daran erinnert, dass Demokratie mehr ist als fünfzig Prozent plus eine Stimme. Gleichzeitig zeigt seine Bedeutung ein deutsches Problem: Immer mehr politische Konflikte landen vor Gericht. Haushalte, Wahlrecht, Klimapolitik, europäische Integration, Grundrechtseingriffe - nahezu jede große Reform wird juristisch überprüft. Das ist Rechtsstaat. Aber Politik darf sich nicht daran gewöhnen, schwierige Entscheidungen an Gerichte auszulagern. Richter sind keine Ersatzregierung. Sie prüfen Recht, nicht politische Zweckmäßigkeit. Wenn Gesetze immer wieder verfassungsrechtlich scheitern,

muss man bessere Gesetze schreiben. Und wenn politische Parteien schon vor einer Entscheidung darauf warten, dass Karlsruhe ihnen Verantwortung abnimmt, wird Demokratie schwächer.

Ein starker Rechtsstaat braucht starke Politik.

Kapitel 78: Eigentumsbildung für junge Menschen - Der verlorene Aufstiegstraum

Für viele Menschen meiner Generation war das eigene Haus ein Lebensziel. Man sparte Eigenkapital, nahm einen Kredit auf und zahlte jahrzehntelang ab. Heute ist dieser Weg für viele junge Familien schwieriger. Immobilienpreise in Ballungsräumen, hohe Kaufnebenkosten, Baukosten und zeitweise höhere Zinsen machen Eigentum schwer erreichbar. Das verändert Gesellschaft. Wer kein Vermögen aufbauen kann, bleibt stärker von Miete und staatlichen Systemen abhängig. Vermögensungleichheit verfestigt sich zwischen Familien, die Immobilien vererben können, und solchen, die nie Eigentum erwerben. Eine Politik, die soziale Mobilität ernst nimmt, sollte deshalb Vermögensbildung fördern. Nicht durch neue Subventionsprogramme mit zwanzig Bedingungen, sondern durch

einfache Rahmenbedingungen. Grunderwerbsteuer für den ersten selbstgenutzten Erwerb reduzieren. Baukosten senken. Genehmigungen beschleunigen. Kapitalbildung in jungen Jahren erleichtern.

Eigentum ist nicht für jeden das richtige Ziel. Aber es sollte wieder ein realistisches Ziel sein.

Kapitel 79: Innovation - Warum Deutschland Erfinder liebt und Gründer misstrauisch macht

Deutschland ist stolz auf seine Erfindertradition. Automobil, Chemie, Maschinenbau, Medizintechnik - unsere Wirtschaftsgeschichte ist voll von Menschen, die etwas Neues ausprobierten. Heute sprechen wir viel über Innovation und schaffen gleichzeitig Rahmenbedingungen, in denen neue Unternehmen schnell mit Datenschutz, Arbeitsrecht, Steuerrecht, Genehmigungen und Förderlogik konfrontiert sind. Ein etabliertes Unternehmen hat Juristen. Ein Gründer hat vielleicht einen Laptop und eine Idee. Regeln treffen beide formal gleich, praktisch aber nicht. Wenn Europa und Deutschland bei KI, Biotechnologie, Plattformen oder Software international mithalten wollen, müssen wir Risiko

wieder anders bewerten. Nicht jedes Scheitern ist Skandal. In den USA gilt ein gescheitertes Start-up oft als Erfahrung. In Deutschland klingt Insolvenz schnell wie persönliches Versagen.

Dabei entsteht Innovation durch Experimente. Natürlich braucht es Regeln gegen Betrug, gefährliche Produkte und Missbrauch. Aber Regulierung sollte proportional sein. Wer einen Prototyp testet, darf nicht behandelt werden wie ein Weltkonzern.

Kapitel 80: Die neue Sicherheitsordnung - Europa muss erwachsen werden

Die Welt meiner Jugend war gefährlich, aber in gewisser Weise übersichtlich. Zwei große Blöcke standen sich gegenüber. Die heutige Welt ist unübersichtlicher. China steigt auf. Russland führt Krieg. Die USA diskutieren stärker über ihre eigenen Interessen. Regionale Mächte gewinnen Bedeutung. Cyberangriffe und Desinformation ergänzen klassische militärische Bedrohungen. Europa muss darauf reagieren. Deutschland kann nicht gleichzeitig von den USA mehr Engagement verlangen und jede eigene Verteidigungsausgabe als verlorenes Sozialgeld betrachten. Sicherheit kostet. Die Frage ist, wie effizient das Geld eingesetzt wird. Eine europäische Verteidigungsindustrie könnte Beschaffung bündeln und Doppelstrukturen verringern. Gemeinsame Standards wären sinnvoller

als nationale Sonderwege. Auch hier braucht Europa weniger Sonntagsreden und mehr Umsetzung.

Ich hätte mir vor vierzig Jahren nicht vorstellen können, einmal für stärkere europäische Verteidigungsfähigkeit zu argumentieren. Das ist kein Verrat an meiner Friedensüberzeugung. Es ist ihre Anpassung an die Realität.

Kapitel 81: Die AfD und die Verantwortung der anderen Parteien

Der Aufstieg der AfD ist eine der tiefsten Veränderungen des deutschen Parteiensystems seit Jahrzehnten. Man kann und muss sich kritisch mit Positionen, Personal und Radikalisierungstendenzen der Partei beschäftigen. Rechtsextremismus darf nicht verharmlost werden. Aber eine demokratische Analyse darf an dieser Stelle nicht enden. Wenn Millionen Menschen eine Protest- oder Oppositionspartei wählen, reicht es nicht, ihnen zu erklären, sie hätten falsch gewählt. Parteien müssen fragen, warum Vertrauen verloren gegangen ist. Migration, Energiepolitik, Corona, wirtschaftliche Sorgen, Ost-West-Erfahrungen und das Gefühl kultureller Entfremdung spielen unterschiedliche Rollen. Nicht jeder AfD-Wähler ist rechtsextrem. Nicht jede Kritik an der AfD ist undemokratisch. Wer beides

gleichzeitig sagen kann, beginnt die Realität zu verstehen.

Ich möchte politische Auseinandersetzung statt moralischer Abkürzungen. Wenn eine Partei schlechte Vorschläge macht, muss man bessere Vorschläge machen. Demokratie wird nicht dadurch stabil, dass man unangenehme Wähler beschimpft. Sie wird stabil, wenn Institutionen funktionieren und etablierte Parteien Probleme lösen.

Kapitel 82: Meinungsfreiheit - Nicht das Recht auf Widerspruchslosigkeit

Meinungsfreiheit bedeutet, dass der Staat eine Meinung nicht einfach verbieten darf, nur weil sie unbequem ist. Sie bedeutet nicht, dass jeder Beifall bekommen muss. Diese Unterscheidung geht in Debatten verloren. Die einen sprechen bei jeder Kritik von „Cancel Culture“. Die anderen tun so, als könne soziale Ausgrenzung niemals ein Problem sein, solange der Staat niemanden verhaftet. Die Wahrheit liegt dazwischen. Eine freie Gesellschaft braucht auch eine Kultur, in der Menschen unpopuläre Fragen stellen können, ohne sofort beruflich oder sozial vernichtet werden zu sollen. Gleichzeitig hat jeder andere ebenfalls Meinungsfreiheit und darf widersprechen, boykottieren oder kritisieren. Das Ziel kann nicht

Widerspruchslosigkeit sein. Das Ziel ist eine robuste Debattenkultur.

Ich möchte, dass ein linker Professor und ein konservativer Unternehmer miteinander diskutieren können, ohne dass beide Seiten zuerst prüfen, ob die Veranstaltung wegen Protest abgesagt werden muss. Universitäten sollten Orte des Streits sein. Medien sollten Orte des Streits sein. Parlamente sowieso. Wenn wir nur noch mit Menschen reden, die unsere Voraussetzungen teilen, brauchen wir keine Demokratie.

Kapitel 83: Der Wert von Ordnung

Ordnung klingt für viele altmodisch. Für mich ist Ordnung eine Voraussetzung von Freiheit. Eine Straße mit Verkehrsregeln ermöglicht Mobilität. Ein Vertragssystem ermöglicht Handel. Eigentumsrechte ermöglichen Investitionen. Eine verlässliche Verwaltung ermöglicht Planung. Ordnung ist nicht dasselbe wie Autoritarismus. Sie ist der Rahmen, in dem Freiheit berechenbar wird. Wenn Regeln nicht durchgesetzt werden, profitieren nicht automatisch die Schwachen. Häufig profitieren die Rücksichtslosesten. Das gilt im Straßenverkehr, im öffentlichen Raum, bei Steuern und bei Migration. Ein Staat, der Regeln beschließt und systematisch nicht umsetzt, erzieht Bürger zur Missachtung. Warum soll jemand eine Vorschrift ernst nehmen, wenn er ständig erlebt, dass andere folgenlos dagegen verstoßen? Rechtsstaat braucht Vollzug. Nicht jede Kleinigkeit muss hart sanktioniert werden.

Aber Regeln, die niemand durchsetzen will, sollte man abschaffen.

Kapitel 84: Was konservativ für mich bedeutet

Ich benutze das Wort konservativ vorsichtig, weil es politisch mit vielen Bedeutungen aufgeladen ist. Für mich bedeutet konservativ nicht, jede Veränderung abzulehnen. Im Gegenteil. Wer etwas bewahren möchte, muss es manchmal verändern. Ein Unternehmen, das sein Geschäftsmodell nie anpasst, verschwindet. Eine Demokratie, die ihre Institutionen nicht modernisiert, verliert Vertrauen. Ein Sozialstaat, der seine Finanzierung nicht reformiert, gefährdet genau die Sicherheit, die er bewahren will. Konservativ bedeutet für mich: Prüfen, was sich bewährt hat. Nicht alles Alte wegwerfen. Aber auch nicht so tun, als könne die Welt stehen bleiben. In diesem Sinn ist mein Wutbuch vielleicht konservativer, als ich früher von mir gedacht hätte. Ich möchte Frieden, sozialen Ausgleich und Umweltschutz.

Gleichzeitig möchte ich Leistung, Ordnung, Eigenverantwortung und nationale Zugehörigkeit nicht als verdächtige Begriffe behandeln. Diese Kombination passt in keine einfache Schublade. Gut so.

Kapitel 85: Die größte Reform beginnt im Kopf

Gesetze können vieles verändern. Mentalität nur begrenzt. Wenn Deutschland wieder ein Land der Veränderer werden soll, reicht keine Regierungsreform. Wir müssen unsere Haltung ändern. Wir müssen akzeptieren, dass nicht jeder Verlust kompensiert werden kann. Dass ein neuer Arbeitsplatz manchmal einen alten ersetzt. Dass eine neue Technologie Berufe verändert. Dass eine Rentenreform nicht allen gefallen kann. Dass eine neue Stromleitung irgendwo entlanglaufen muss. Dass eine Wohnung nur gebaut wird, wenn eine Baustelle entsteht. Dass Zuwanderung Regeln und Integration braucht. Dass Klimaschutz Geld kostet. Dass Verteidigung Geld kostet. Dass Sozialstaat Geld kostet. Und dass all dieses Geld erwirtschaftet werden muss. Vielleicht ist das die einfachste und härteste Botschaft des ganzen Buches:

Wir können nicht alles behalten und gleichzeitig alles verändern. Zukunft verlangt Entscheidungen.

Teil XI - Wie sich der Alltag verändert hat

Kapitel 86: Das erste Auto und der Wert einer Anschaffung

Für viele junge Menschen ist ein Auto heute entweder Gebrauchsgegenstand, Kostenproblem oder politisches Symbol. Für meine Generation war das erste eigene Auto oft etwas anderes: ein Stück Freiheit. Nicht unbedingt ein schönes Auto. Nicht unbedingt neu. Aber selbst verdient. Diese beiden Worte - selbst verdient - waren wichtig. Man sparte auf größere Anschaffungen. Man überlegte, was man wirklich brauchte. Kredit gab es, aber nicht für jede Kleinigkeit per Mausklick. Konsum war stärker mit Warten verbunden. Ich idealisiere das nicht. Wer wenig Geld hatte, konnte sich schlicht weniger leisten. Heute ermöglichen günstige Produkte vielen Menschen einen höheren materiellen Lebensstandard. Trotzdem hat Warten einen psychologischen Wert. Wenn man Monate auf etwas spart, besitzt der Gegenstand eine Geschichte. Wenn alles

sofort verfügbar ist, verliert Besitz schneller seinen Reiz.

Diese Veränderung prägt auch Politik. Eine Gesellschaft, die sofortige Lieferung gewohnt ist, wird ungeduldig mit langfristigen Projekten. Eine Bahnstrecke dauert zehn Jahre. Eine Rentenreform wirkt über Jahrzehnte. Bildungspolitik zeigt Ergebnisse erst in einer Generation. Politik passt schlecht zur Sofortkultur. Vielleicht erklärt das, warum wir ständig neue Programme fordern und selten abwarten, ob alte funktionieren.

Kapitel 87: Arbeitswelt - Vom Betrieb zur mobilen Login-Adresse

Arbeit bedeutete früher häufiger einen konkreten Ort. Werkhalle, Büro, Baustelle, Laden, Krankenhaus. Kollegen sahen sich jeden Tag. Beziehungen entstanden nebenbei. Heute kann Arbeit digital, mobil und flexibel sein. Das ist für viele Menschen ein Gewinn. Pendelzeit sinkt, Familienleben lässt sich besser organisieren, internationale Teams arbeiten zusammen. Aber auch hier gibt es eine Kehrseite. Arbeit verliert soziale Bindung. Ein Bildschirm ersetzt die Kaffeeküche nicht vollständig. Ein Videocall ersetzt kein zufälliges Gespräch auf dem Flur. Unternehmen merken, dass Produktivität nicht nur aus individuell erledigten Aufgaben besteht. Wissen entsteht auch informell. Die Debatte über Homeoffice wird oft ideologisch geführt. Arbeitgeber gelten als kontrollsüchtig, wenn sie Präsenz verlangen. Arbeitnehmer

als bequem, wenn sie zu Hause arbeiten wollen.

Die Wahrheit hängt vom Beruf ab. Ein Softwareentwickler kann anders arbeiten als eine Pflegekraft. Ein Konstrukteur anders als ein Maurer. Was mich stört, ist wieder die Suche nach einer Regel für alle. Moderne Arbeit braucht Flexibilität - in beide Richtungen.

Kapitel 88: Fernsehen - Als Millionen dieselbe Nachricht sahen

Es gab eine Zeit, in der ein großer Teil des Landes abends dieselbe Nachrichtensendung sah. Das hatte Nachteile. Wenige Redaktionen besaßen enorme Deutungsmacht. Themen, die nicht in großen Medien vorkamen, blieben unsichtbar. Aber es gab auch eine gemeinsame Öffentlichkeit. Menschen stritten über dieselben Fakten. Heute leben wir in Medienwelten. Der eine liest klassische Zeitung. Der andere schaut YouTube. Der nächste bekommt Politik über TikTok. Wieder jemand folgt nur bestimmten Telegram-Kanälen oder Facebook-Seiten. Damit verändert sich die Grundlage des Streits. Wir haben nicht nur unterschiedliche Meinungen. Wir haben unterschiedliche Wirklichkeiten. Wenn zwei Menschen völlig andere Quellen nutzen, können sie sich nicht einmal darüber einigen, was passiert ist.

Das ist gefährlicher als normale politische Meinungsverschiedenheit. Demokratie braucht ein Minimum gemeinsamer Tatsachen. Deshalb ist Medienkompetenz heute so wichtig wie früher Lesen und Schreiben.

Kapitel 89: Reisen - Wie Europa vom Ausland zum Alltag wurde

Europa ist für jüngere Menschen oft selbstverständlich. Grenze überqueren, bezahlen, telefonieren - vieles funktioniert ohne großes Nachdenken. Meine Generation kennt ein anderes Europa. Grenzkontrollen gehörten zum Reisen. Währungen mussten gewechselt werden. Telefonieren im Ausland war teuer. Nationale Unterschiede waren im Alltag sichtbarer. Der europäische Binnenmarkt und Schengen veränderten dieses Lebensgefühl tiefgreifend. Das ist ein Erfolg, über den wir zu wenig sprechen. Europa ist nicht nur eine Verordnung aus Brüssel. Europa ist, dass ein junger Mensch in Spanien studiert, ein Handwerker in Österreich arbeitet und eine Familie ohne Grenzkontrolle nach Frankreich fährt. Wer die EU kritisiert, sollte diese Freiheit nicht kleinreden. Ich kritisiere Brüsseler Bürokratie gerade deshalb, weil ich Europa erhalten möchte.

Institutionen verlieren Akzeptanz, wenn Bürger sie nur noch mit Regeln verbinden. Europa muss wieder stärker als Freiheit erlebt werden.

Kapitel 90: Nachbarschaft - Vom geliehenen Werkzeug zur Paketstation

Früher war Nachbarschaft oft enger, manchmal auch lästiger. Man kannte sich. Man wusste, wer krank war, wer ein neues Auto hatte und wer sich gestritten hatte. Privatsphäre war kleiner. Aber gegenseitige Hilfe war selbstverständlicher. Heute leben Menschen anonymer. Das kann befreiend sein. Niemand muss sich dem sozialen Druck eines Dorfes oder Viertels unterwerfen. Doch Anonymität kostet Gemeinschaft. Wir bestellen Dinge online, statt den Laden an der Ecke zu besuchen. Pakete landen in Stationen. Banking passiert in Apps. Beratung wird zum Chat. Alles effizient. Und ein bisschen einsamer. Vielleicht kann Politik Gemeinschaft nicht herstellen. Aber Stadtplanung, Vereine und öffentliche Räume können Begegnung ermöglichen. Eine Gesellschaft braucht

Orte, an denen Menschen nicht nach politischer Meinung sortiert sind.

Sportvereine waren solche Orte. Kneipen. Kirchengemeinden. Betriebe. Je weniger davon bleiben, desto wichtiger werden digitale Blasen.

Kapitel 91: Vater sein - Was sich verändert hat und was gleich bleibt

Vatersein hat sich verändert. Männer meiner Generation waren häufig stärker auf Erwerbsarbeit konzentriert. Viele heutige Väter beteiligen sich intensiver an Betreuung, nehmen Elternzeit, bringen Kinder in die Kita und teilen Hausarbeit. Das begrüße ich. Familie wird nicht schwächer, wenn Verantwortung gerechter verteilt wird. Was gleich geblieben ist, ist die Sorge. Man möchte Kinder schützen und weiß gleichzeitig, dass man sie loslassen muss. Politisch ist das ähnlich. Ein Staat kann Bürger schützen, aber er darf sie nicht dauerhaft wie Kinder behandeln. Gute Erziehung bedeutet, Selbstständigkeit aufzubauen. Vielleicht sollte Sozialpolitik denselben Anspruch haben. Hilfe soll Menschen stärker machen, nicht abhängig. Das ist leichter gesagt als getan. Aber das Ziel sollte klar sein.

Kapitel 92: Die D-Mark und der Euro - Vertrauen auf Münzen und Scheinen

Die D-Mark war mehr als eine Währung. Für viele Westdeutsche war sie Symbol des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Stabilität. Der Euro löste deshalb emotionale Reaktionen aus. 2002 verschwanden Mark und Pfennig aus dem Alltag. Preise wurden umgerechnet, Menschen suchten alte Scheine in Schubladen, und viele hatten das Gefühl, Produkte seien plötzlich teurer geworden. Statistisch war die Realität differenzierter, psychologisch war der Eindruck stark. Währung ist Vertrauen. Menschen müssen glauben, dass Geld morgen noch Wert hat. Die Inflationsjahre nach 2021 erinnerten daran. Wenn Lebensmittel, Energie und Dienstleistungen sichtbar teurer werden, verändert sich Stimmung. Inflation trifft besonders Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, weil sie einen größeren Teil ihres Budgets für Grundbedürfnisse ausgeben.

Deshalb ist Preisstabilität Sozialpolitik.

Kapitel 93: Der 11. September - Als Sicherheit global wurde

Die Anschläge vom 11. September 2001 gehören zu den Ereignissen, bei denen viele Menschen wissen, wo sie die Bilder sahen. Flugzeuge trafen das World Trade Center. Türme stürzten ein. Tausende Menschen starben. Die Weltpolitik veränderte sich. Terrorismus, Afghanistan, Sicherheitsgesetze und später der Irakkrieg bestimmten die Jahre. Für Deutschland stellte sich erneut die Frage militärischer Verantwortung. Unsere Sicherheit ließ sich nicht mehr nur territorial denken. Gleichzeitig zeigte die Reaktion des Westens, wie gefährlich Angst für politische Entscheidungen sein kann. Der Irakkrieg basierte auf Behauptungen über Massenvernichtungswaffen, die sich nicht bestätigten. Deutschland beteiligte sich militärisch nicht. Das war aus meiner Sicht richtig. Die Lektion lautet: Sicherheitsbedrohungen müssen ernst

genommen werden, aber gerade in Angstzeiten braucht Politik Skepsis.

Kapitel 94: 2006 - Als Deutschland seine Fahne wieder leichter trug

Die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 war gesellschaftlich bemerkenswert. Plötzlich hingen Deutschlandfahnen an Autos, Balkonen und Fenstern, ohne dass jede davon politisch interpretiert wurde. Menschen feierten Fußball, Gäste aus aller Welt und ein entspanntes nationales Selbstgefühl. Für mich war das „Sommermärchen“ deshalb mehr als Sport. Es zeigte, dass Patriotismus leicht sein kann. Nicht aggressiv. Nicht ausgrenzend. Einfach Freude am eigenen Land. Warum sollte dieses Gefühl im Alltag verdächtig sein? Natürlich löst ein Fußballturnier keine historischen Fragen. Aber es zeigte eine Möglichkeit: Deutschland kann seine Geschichte kennen und trotzdem die eigene Flagge feiern. Diese Normalität wünsche ich mir zurück.

Kapitel 95: 2008 - Wenn Experten plötzlich ratlos wirken

Die Finanzkrise 2008 erschütterte nicht nur Banken, sondern Vertrauen in Experten. Komplexe Finanzprodukte, Ratingagenturen, Investmentbanken und internationale Märkte hatten ein System geschaffen, das selbst viele Beteiligte nicht vollständig verstanden. Als es zusammenbrach, musste der Staat eingreifen. Die Botschaft für viele Bürger war bitter: Wenn ein normaler Mensch falsch wirtschaftet, trägt er Folgen. Wenn ein großes Institut fällt, wird es gerettet, weil sonst alle betroffen sind. Systemrelevanz ist ökonomisch nachvollziehbar. Politisch fühlt sie sich unfair an. Dieses Gefühl hat populistische Bewegungen weltweit gestärkt. Vertrauen leidet, wenn Bürger glauben, Regeln gälten unterschiedlich je nach Macht. Deshalb müssen Rettungen immer mit Konsequenzen verbunden sein.

Marktwirtschaft bedeutet nicht nur Freiheit zum Gewinn.

Sie bedeutet auch Verantwortung für Verlust.

Kapitel 96: Das Smartphone - Die Welt in der Hand und keine Ruhe mehr

Das Smartphone ist vielleicht das mächtigste Alltagsgerät, das meine Generation erlebt hat. Kamera, Karte, Zeitung, Bank, Telefon, Fernseher, Bibliothek und Marktplatz passen in die Hosentasche. Das ist faszinierend. Und anstrengend. Arbeit kann uns jederzeit erreichen. Nachrichten erreichen uns jederzeit. Empörung erreicht uns jederzeit. Früher gab es Pausen, weil technisch keine Verbindung bestand. Heute müssen wir Pausen selbst schaffen. Das gelingt nicht immer. Die politische Folge ist ständige Reaktion. Ein Ereignis geschieht. Innerhalb von Minuten gibt es Videos, Kommentare, Schuldzuweisungen und Forderungen. Bevor Fakten geklärt sind, sind Lager gebildet. Das Smartphone beschleunigt Öffentlichkeit schneller, als menschliches

Urteil mithalten kann. Wir brauchen neue kulturelle Regeln des Zögerns.

Nicht jede Nachricht muss sofort geteilt werden.

Kapitel 97: Die Pandemie im Privaten - Nähe wurde zum Risiko

Corona war politisch, aber vor allem menschlich. Plötzlich wurde Nähe zum Risiko. Großeltern sollten Enkel nicht sehen. Freunde trafen sich draußen mit Abstand. Geburtstage fielen aus. Sterbende Menschen konnten teilweise nur eingeschränkt besucht werden. Diese Erfahrungen hinterlassen Spuren. Man kann über konkrete Regeln streiten. Aber wir sollten nicht vergessen, was Isolation mit Menschen macht. Gesundheit ist mehr als Infektionsschutz. Sie umfasst psychisches Wohlbefinden, soziale Beziehungen und Würde. Wenn wir zukünftige Pandemien bewältigen, muss diese umfassendere Sicht stärker berücksichtigt werden. Kinder und alte Menschen dürfen nicht wieder die stillsten Kosten tragen.

Kapitel 98: Inflation - Wenn der Kassenbon Politik macht

Inflation ist ein wirtschaftlicher Begriff, bis man an der Kasse steht. Dann wird sie persönlich. Ein paar Euro mehr hier, eine höhere Stromrechnung dort, teureres Tanken, höhere Miete - einzeln vielleicht verkraftbar, zusammen spürbar. Politische Statistiken arbeiten mit Durchschnittswerten. Haushalte leben nicht im Durchschnitt. Ein Rentner mit alter günstiger Wohnung erlebt Inflation anders als eine junge Familie mit neuem Mietvertrag. Ein Pendler anders als jemand im Homeoffice. Deshalb entstehen politische Missverständnisse, wenn Regierungen sagen, Inflation sinke, während Preise hoch bleiben. Sinkende Inflation bedeutet nur, dass Preise langsamer steigen. Sie bedeutet nicht, dass sie auf das alte Niveau zurückkehren. Wer das nicht klar erklärt, verliert Vertrauen.

Kapitel 99: Wenn Eltern alt werden

Eine Gesellschaft altert nicht in Diagrammen. Sie altert in Familien. Irgendwann merkt man, dass Eltern Hilfe brauchen. Dinge, die früher selbstverständlich waren, werden schwieriger. Termine, Einkauf, Haushalt, Mobilität. Dann wird Pflegepolitik plötzlich persönlich. Meine Generation erlebt heute, was jüngere Generationen in noch größerem Umfang erleben werden. Pflege ist emotional und organisatorisch belastend. Sie zeigt, dass Sozialstaat und Familie keine Gegensätze sind. Der Staat kann professionelle Hilfe finanzieren und organisieren. Nähe kann er nicht ersetzen. Auch deshalb halte ich starke Familienstrukturen für wichtig. Nicht als moralisches Pflichtmodell, sondern als menschliches Netzwerk.

Kapitel 100: Freundschaft - Ein Wort, das Facebook entwertet hat

Facebook nennt Kontakte Freunde. Ich halte das bis heute für eine kulturell folgenreiche Wortwahl. Ein Freund ist für mich jemand, dem ich vertrauen kann. Jemand, der nicht nur auf „Gefällt mir“ klickt, sondern anruft, wenn etwas schiefläuft. Digitale Kontakte können echte Freundschaften ergänzen und sogar neue ermöglichen. Aber die Zahl der Kontakte ist kein Maß für Nähe. Vielleicht haben wir diese Unterscheidung gesellschaftlich verloren. Wir leben in Netzwerken und sind trotzdem manchmal einsamer. Wir kennen Meinungen von Menschen, deren Lebensgeschichte wir nicht kennen. Dann urteilen wir schnell. Ein bisschen mehr echte Begegnung würde unserer politischen Kultur guttun.

Kapitel 101: Der Supermarkt als Spiegel der Welt

Ein deutscher Supermarkt erzählt Globalisierung besser als jedes Lehrbuch. Obst aus verschiedenen Kontinenten, Kaffee, Gewürze, Elektronikzubehör, internationale Marken - Lieferketten enden im Regal. Wir haben uns an diese Verfügbarkeit gewöhnt. Pandemie und Krieg zeigten, wie abhängig sie von Transport, Energie und internationalen Beziehungen ist. Leere Regale bei einzelnen Produkten lösten sofort Unruhe aus. Das zeigt, wie selbstverständlich Überfluss geworden ist. Versorgungssicherheit ist eine Leistung. Landwirtschaft, Logistik, Handel und Industrie arbeiten im Hintergrund, bis etwas nicht funktioniert. Vielleicht sollten wir funktionierende Systeme stärker wertschätzen, bevor sie ausfallen.

Kapitel 102: Bargeld und digitales Bezahlen - Vertrauen in zwei Welten

Ich zahle heute anders als vor Jahrzehnten. Karten und Smartphone machen den Alltag bequem. Geld wird unsichtbarer. Bargeld dagegen ist konkret. Man sieht, was man ausgibt. Die Debatte darüber wird schnell ideologisch. Die einen sehen Bargeld als Freiheit, die anderen digitales Bezahlen als Fortschritt. Ich sehe keinen Grund, warum beides nicht nebeneinander existieren kann. Wieder ist es die deutsche Neigung zum Entweder-oder, die mich stört. Digitalisierung muss nicht bedeuten, bewährte Optionen sofort abzuschaffen. Fortschritt ist stärker, wenn Menschen Wahlmöglichkeiten behalten.

Kapitel 103: Der Sonntag - Eine Pause, die ihren Wert behält

Deutschland hat sich verändert, aber der Sonntag besitzt noch immer eine besondere kulturelle Stellung. Geschäfte sind vielerorts geschlossen, Arbeit ruht stärker als an anderen Tagen. Ökonomisch könnte man argumentieren, längere Öffnungszeiten schafften Flexibilität. Trotzdem sehe ich einen Wert in gemeinsamer Ruhezeit. Eine Gesellschaft braucht Rhythmen, in denen nicht alles Markt ist. Familie, Vereine, Spaziergänge, Freunde - solche Dinge brauchen Zeit. Leistungsgesellschaft bedeutet für mich nicht Dauerarbeit. Leistung braucht Erholung. Auch darin sollte dieses Buch nicht missverstanden werden. Ich fordere nicht, dass Menschen leben, um zu arbeiten. Ich fordere, dass Arbeit und Verantwortung gesellschaftlich anerkannt bleiben.

Kapitel 104: Humor - Die Fähigkeit, sich selbst nicht zu wichtig zu nehmen

Politik ist humorloser geworden. Vielleicht täusche ich mich. Vielleicht war jede Generation überzeugt, früher habe man mehr lachen können. Aber ich erlebe eine Empfindlichkeit, bei der Witze schnell als politische Bekenntnisse bewertet werden. Natürlich kann Humor verletzen. Natürlich gab es früher Witze, die heute zu Recht kritisch gesehen werden. Aber eine Gesellschaft, die überhaupt nicht mehr über sich selbst lachen kann, wird steif. Humor schafft Abstand. Er erlaubt, Widersprüche auszuhalten. Helmut Schmidt konnte trocken sein. Franz Josef Strauß konnte polemisch sein. politische Debatten waren hart und oft unterhaltsam. Heute klingt vieles wie von Rechtsabteilungen geprüft. Vielleicht brauchen wir wieder mehr Gelassenheit.

Kapitel 105: Was bleiben soll

Wenn ich aus fünfzig Jahren gesellschaftlicher Veränderung auswählen müsste, was Deutschland bewahren soll, wäre meine Liste nicht nostalgisch. Demokratie. Rechtsstaat. Soziale Marktwirtschaft. Offenheit zur Welt. Erinnerung an die eigene Geschichte. Europäische Zusammenarbeit. Starke Familien und freiwillige Gemeinschaften. Bildung. Wissenschaft. Unternehmertum. Soziale Sicherung für Menschen, die Hilfe brauchen. Und eine Kultur, in der Leistung, Verantwortung und Respekt keine verdächtigen Wörter sind. Veränderung bedeutet nicht, alles Alte zu zerstören. Veränderung bedeutet, das Wertvolle so anzupassen, dass es Zukunft hat. Das ist der Kern meiner Wut. Ich will nicht zurück. Ich will, dass wir wieder vorwärtskommen.